

Senat der Freien Hansestadt Bremen

Erhöhte Wachsamkeit

Sechster Bericht

über

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

im Land Bremen

(2013 – 2018)

EINLEITUNG	5
TEIL A BESTANDSAUFNAHME: „RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT“	10
1. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb des demokratischen Rechtsstaats	12
2. Rechtsextremistische Szene-Strukturen im Land Bremen	19
2.1 Rechtsextremistische Einflussnahme auf gewaltaffine Fußballfanggruppierungen („Hooligan-Szene“)	20
2.2 „Hammerskin-Nation Chapter Bremen“	26
2.3 „Nordic 12“	27
2.4 Rechtsextremistische Musikszene	28
2.5 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	30
2.6 „Die Rechte - Landesverband Bremen“ (DRHB)	34
2.7 „Freie Kräfte“	35
2.8 „Europäische Aktion“ (EA)	36
2.9 „Identitäre Bewegung Bremen“ (IBB)	39
2.10 Rechtsextremisten innerhalb des Spektrums der „Reichsbürger und Selbstverwalter“	46
2.11 Rechtsextremistische Vertriebe	47
2.12 „Junge Alternative Bremen“ (JA Bremen) und „Der Flügel“	48
3. Rechtsextremisten in heterogenen Netzwerken: „Populismus“ als Propagandastrategie zur Steigerung der Anschlussfähigkeit	52
3.1 Rechtsextremistische Interaktionen in Facebook-Communities mit Bremen-Bezug	54
3.2 Interaktionen auf den Profilen rechtsextremistischer Organisationen	55
3.3 Linguistische Analysen: Wortfrequenzmessungen zur Diskursverschiebung	63
3.4 Fazit/Diskussion	69
4. Entwicklung der Straftaten im Bereich rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierter Kriminalität	71
4.1 Propagandadelikte	72
4.2 „Hasspostings“	73
4.3 Hasskriminalität	74
4.4 Gewaltdelikte	75
4.5 Straftaten im Zusammenhang mit der Flüchtlings-/Asylthematik	75
4.6 Antisemitische Straftaten	76
4.7 Konfrontationsdelikte/Politische Einstellung	77
4.8 Politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ im Land Bremen	78
5. Ausgewählte Gerichtsverfahren und Urteile	79
5.1 Urteil zur Brandstiftung in Woltmershausen	79

5.2	Waffenbesitzverbot für NPD-Funktionär rechtmäßig	80
TEIL B RECHTSSTAATLICHE STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS		81
1.	Im Bund	81
1.1	Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR)	81
1.2	Informations- und Analysestelle - Rechtsextremismus (NIAS-R/PIAS-R)	81
1.3	Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR)	82
1.4	Rechtsextremismusdatei (RED)	82
2.	Im Land Bremen	83
2.1	Der „7-Punkte-Plan“	83
2.2	Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz	84
2.3	Maßnahmen der Polizei Bremen	86
TEIL C: PRÄVENTION – MAßNAHMEN UND PROJEKTE		88
1.	Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	88
1.1	Demokratiezentrum Land Bremen	88
1.2	Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“	88
1.3	Beratungsangebote der Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“	91
1.3.1	Mobile Beratung	91
1.3.2	Distanzierungsberatung	92
1.3.3	Ausstiegsberatung von Funktionären, Führungskräften und Kadern	93
1.3.4	Betroffenenberatung	94
1.4	„Partnerschaften für Demokratie“	97
1.4.1	„Partnerschaften für Demokratie“ Bremen-Mitte, Östliche Vorstadt, Findorff und Bremen Nord	98
1.4.2	„Partnerschaften für Demokratie Bremerhaven“	101
1.5	Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“	102
1.6	Weitere Maßnahmen des Landes und der Kommune im Bereich Kinder- und Jugendförderung	103
1.6.1	Land	104
1.6.2	Kommune	109
1.7	Maßnahmen im Bereich Sport	115
2.	Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	117
2.1	Abteilung Wissenschaft	117
2.2	Universität Bremen	117

2.3	Weiterbildung	120
2.4	Hochschule Bremen	120
2.5	Hochschule Bremerhaven	121
2.6	Hochschule für Künste	121
3.	Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Kinder und Bildung	122
3.1	Abteilung Frühkindliche Bildung, Förderung von Kindern und Fachkräfteentwicklung	122
3.2	Abteilung Schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung	122
3.2.1	Schulische Bildung	122
3.2.2	Projektarbeit und Programme gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	125
3.2.3	Weiterbildung	129
3.3	Landesinstitut für Schule	132
3.4	Landeszentrale für politische Bildung	134
4.	Maßnahmen im Bereich des Senators für Kultur	138
4.1	Exemplarische Projekte	139
4.2	Kulturprojekte gegen Rechts	142
4.3	Referat 10 „Tanz, Theater und Musik“	145
4.4	Bürgerdialog „Kolonialismus und seine Folgen“	146
TEIL D	BEWERTUNG UND AUSBLICK	148

Einleitung

Am 5. Dezember 2017 erging durch die Bremische Bürgerschaft auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgender Beschluss¹:

Erhöhte Wachsamkeit: Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen

Fremdenfeindlichkeit scheint salonfähig geworden zu sein. Nicht mehr hinter vorgehaltener Hand, sondern öffentlich werden rechtsextreme und menschenverachtende Positionen zur Schau getragen. Ohne Scham, sondern im Gegenteil, mit Stolz und seit dem Einzug der AfD auch von Abgeordneten² des Deutschen Bundestages. Rechtsextreme Aussagen und offene Fremdenfeindlichkeit: Was vor einigen Jahren noch für einen empörten Aufschrei gesorgt hat, verursacht heute oftmals nur noch ein Kopfschütteln, das nach wenigen Tagen vergessen ist. Oder – schlimmer noch – fremdenfeindliche und rechtsextreme Ansichten treffen auf offene Zustimmung und zeigen Wirkung bei Politikerinnen und Politikern, die nun ankündigen, die „rechte Flanke schließen“ zu wollen.

Aber es hat sich weit mehr geändert als nur die Diskussionskultur: Wir haben es zunehmend mit inakzeptablen, offen antisemitischen, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Äußerungen zu tun, die unsere demokratische, vielfältige Gesellschaft bedrohen. Deshalb ist es nach fünf Jahren an der Zeit für eine Neuauflage des Berichts über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen. Denn auch in unseren beiden Städten fassen zunehmend rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen Fuß.

So ist Antisemitismus als wesentlicher Bestandteil einer rechtsextremen Ideologie auch in Bremen keineswegs überwunden. Antisemitismus schwingt bei Boykott-Aktionen gegen israelische Waren mit, die in Bremen Unterstützung fanden. Antisemitismus ist es, der unbekannte Täter dazu gebracht hat, am Holocaust-Gedenktag ein Grab auf dem alten jüdischen Friedhof mit einem Hakenkreuz zu beschmieren. Eine Demonstration im Jahr 2014, bei der antisemitische Symbole

¹ Drucksache Drs. 19/1438

² Bei Verwendung des generischen Maskulinums beziehen sich die Angaben in diesem Bericht auf Angehörige beider Geschlechter.

mitgeführt wurden, Veranstaltungen, auf denen Israel das Existenzrecht abgesprochen wurde – all dies hat es in Bremen gegeben. Und es handelt sich nicht um Ausnahmereischeinungen: Zahlreiche Studien haben mittlerweile die weite Verbreitung eines latenten oder gar offenen Antisemitismus nachgewiesen. Deshalb muss das Thema auf der Tagesordnung bleiben und verdient eine ständige Beobachtung, um angemessen, aber deutlich reagieren zu können.

Nicht nur im Zusammenhang mit antisemitischen Äußerungen stellen zudem auch neuere, rechte Phänomene wie etwa die so genannten Reichsbürger ein zunehmendes Problem dar. Unter dieser Bezeichnung sammeln sich verschiedene Gruppierungen, die sich als „Angehörige“ eines „Deutschen Reiches“ in den Grenzen von 1937 oder früherer Jahre wähen. Ihre revisionistische Einstellung und ihr erklärtes Ziels der Nichtanerkennung und Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung machen deutlich: Die sogenannten Reichsbürger sind trotz ihrer teils abstrusen Thesen keinesfalls harmlos, sondern eindeutig extremistisch und eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung (vgl. Senatsvorlage „Neue Strategien und Maßnahmen gegen Antisemitismus“). Das Bundeskriminalamt geht davon aus, dass Mitglieder der Reichsbürger-Bewegung auch zu Terroranschlägen bereit sind. Allein rund 13.000 Straftaten werden dieser Szene, die bundesweit über eine ähnlich hohe Zahl von Anhängern verfügt, zugerechnet. Auffallend dabei: Viele von ihnen scheinen eine Affinität zu Waffen zu haben. Und manche von ihnen schrecken nicht davor zurück, sie zu benutzen: So erschoss ein Reichsbürger in Bayern einen Polizisten als ein Spezialeinsatzkommando ihm wegen seiner staatsfeindlichen Gesinnung seine legal erworbenen Waffen abnehmen wollte. Ein im Vergleich zu den Reichsbürgern noch „höheres Eskalationspotential“ geht laut BKA von den sogenannten Selbstverwaltern aus, die jegliche staatliche „Fremdbestimmung“ ablehnen und zum „zum Teil bereit (seien), ihre Autonomie auch mit Waffengewalt zu verteidigen“.

Als weitere, relativ neue rechte Gruppierung macht zudem die Identitäre Bewegung von sich reden – auch in Bremen: Im Mai dieses Jahres besetzte etwa eine Handvoll IB-Anhänger das Segelschiff „Alexander von Humboldt“ an der Schlachte und hisste dort ein Banner mit der Aufschrift: „Festung Europa! Grenzen schützen – Leben retten. Hilfe vor Ort statt Asylwahn“. Die Anhänger der IB bedienen sich des Konzepts des so genannten Ethnopluralismus. Mit dem Begriff postulieren sie, dass „jedes Volk für sich“ bleiben müsse. Die Konsequenz ist der eigens erfundene Begriff

der „Remigration“, also die grundsätzliche Rückführung von Migranten. Diese Form des Nationalismus ist hochgradig gefährlich und ebnet den Boden für Hass und rechtsextremistische Übergriffe. Erkenntnisse des Bremer Verfassungsschutzes zeigen darüber hinaus, dass sich in den Reihen der Bremer Identitären auch Neonazis tummeln. Insgesamt erscheint die rechte Szene in Bremen zunehmend als eine Mischszene, in der sich die Akteure fließend und parallel in verschiedenen – auch parteinahen - Gruppierungen engagieren.

Besorgniserregend ist insbesondere das wechselseitige Engagement von Mitgliedern der „Identitären Bewegung“ (IB) und der Jungen Alternative (JA) – der Jugendorganisation der AfD. So wurde die JA unlängst auf rechten Demonstrationen gesichtet: Trotz des so genannten Unvereinbarkeitsbeschlusses der AfD marschierten unter anderem der Bremer JA-Vorsitzende und sein Stellvertreter im Juni mit „Identitären“ durch Berlin. Der JA-Vorsitzende Teske äußerte daraufhin, dass die Identitären „gute Aktionen“ machten und „zu Unrecht“ vom Verfassungsschutz beobachtet würden. Auch Petr Byston, mittlerweile für die AfD im Bundestag, sprach sich dafür aus, dass seine Partei ein „Schutzschild für diese Organisation“ - gemeint sind die Identitären – sein müsse. Ähnlich äußerte sich der JA-Vorsitzende Frohniauer, der den Identitären gar direkte Unterstützung zusicherte. Der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes sieht auch in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines bundesweiten Lagebilds zur AfD. Geleakte Mitgliederdaten legten zuletzt im Sommer Verbindungen der JA in Niedersachsen zu rechtsextremen Gruppen offen. Auch die Bremer AfD hat sich im Wahlkampf von Menschen unterstützen lassen, die dabei werbende Kleidung der rechtsradikalen IB trugen. Zudem demonstrierten erst im August der heutige Bremer AfD-Bundestagsabgeordnete und -Landesvorsitzende Magnitz zusammen mit JA-Mitgliedern und Anhängern der IB bei einer Wahlkampfveranstaltung der CDU in Bremen. Anhänger beider Gruppen verteilten dort gemeinsam Flugblätter gegen die Asylpolitik der „Merkel-CDU“. Die Verbindungen zwischen AfD-Anhängern und der IB sind auch in Bremen offenkundig. In dem nunmehr anzufertigenden Bericht, sollen daher neben den bisher schon beachteten Grundsätzen neuere Bewegungen sowie ihre Zusammenarbeit und personellen Überschneidungen Beachtung finden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum Jahresende 2018 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000, 2008 und 2013 stehenden sechsten Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen vorzulegen. Dabei sollen insbesondere auch neu entstandene Phänomene und Gruppierungen wie die Reichsbürger sowie die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative beleuchtet und Gegenstrategien dargestellt werden. Zudem gilt es personelle Überschneidungen zwischen der Jungen Alternative, der Identitären Bewegung und Reichsbürgern aufzudecken und generell den Einfluss rechtsextremer Gruppierungen wie der Identitären Bewegung auf politisch rechte Jugendorganisationen zu untersuchen.

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die aus dem Beschluss hervorgehende Aufgabenstellung wurde im folgenden Bericht unter Federführung des Senators für Inneres mit der/dem

- Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport,
- Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz,
- Senator für Justiz und Verfassung,
- Senatorin für Kinder und Bildung,
- Senator für Kultur und
- Magistrat der Seestadt Bremerhaven

erarbeitet.

Der Bericht umfasst die offen verwertbaren Informationen des Landesamtes für Verfassungsschutz. Einige Erkenntnisse und Bewertungen können aus Rechtsgründen oder wegen besonderer Geheimhaltungsbedürfnisse nicht in den Bericht aufgenommen werden, die zuständigen parlamentarischen Gremien werden hierüber aber fortlaufend unterrichtet. Ergänzend wird außerdem auf den in Kürze zu veröffentlichenden Verfassungsschutzbericht 2018 verwiesen.

Die aufgeworfenen Fragen, wie z. B. nach einer veränderten Diskussionskultur bzw. salonfähig erscheinender fremdenfeindlicher – insbesondere antisemitischer – Positionen oder nach der rechtsextremistischen Einflussnahme auf politisch rechte Jugendorganisationen, bilden gesellschaftliche Veränderungsprozesse ab, die unsere demokratische, vielfältige Gesellschaft in besonderem Maße bedrohen. Um die hieraus erwachsenden Gefahren im Sinne der Aufgabenstellung untersuchen und darstellen zu können wird in diesem Bericht zunächst darauf eingegangen, was aus sicherheitsbehördlicher Perspektive unter Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verstehen ist, wie die hiesigen Szenestrukturen und das hieraus hervorgehende Gewaltpotential erfasst werden und ein Überblick über die Ansätze, Strategien und Aktivitäten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im Land Bremen vermittelt.

Hierbei wird insbesondere auf die Bedeutung sozialer Medien eingegangen, in denen es Rechtsextremisten zunehmend gelingt, andere Menschen zu beeinflussen und ihre menschenverachtenden Ideologeme in die Gesellschaft zu tragen.

Teil A BESTANDSAUFNAHME: „RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT“

Rechtsextremisten ist es in den letzten Jahren zunehmend gelungen, anschlussfähige Themenfelder wie z. B. den islamistischen Terrorismus, die Straftaten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen oder linksextremistische Gewalt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mit subtiler Propaganda konnten sie erfolgreich Zustimmung aus den Sorgen und Ängsten vieler Menschen generieren und auf diese Weise neue und heterogene Netzwerke erschließen. Die zunehmende Auflösung der klassischen Formen fester rechtsextremistischer Organisationsstrukturen ging hierbei mit einer informellen Vernetzung ihrer Protagonisten in breit aufgestellten Kampagnen, Gruppierungen oder Initiativen einher. Dies führte zu einer Entgrenzung der sich in der Vergangenheit eher im „gesellschaftlichen Abseits“ befindlichen Szene. Mit den klassischen Erscheinungsformen rechtsextremistischer Organisationsstrukturen und offen erkennbaren rassistischen oder nationalistischen Parolen gelang es Rechtsextremisten kaum mehr, andere Menschen zu überzeugen. Die immer latenter werdenden Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, das bewusste Verdeckthalten von Szenebezügen und die populistische Aufbereitung breitentauglicher Feindbildszenarien ermöglichten es Rechtsextremisten, Zustimmung zu generieren und dadurch größeren gesellschaftlichen Rückhalt zu erfahren.

Für viele Menschen wird es daher immer schwieriger, zu erkennen, ob und inwiefern sie ggf. den manipulativen Einflüssen von Rechtsextremisten unterliegen. Dabei können sich die Impulse von Rechtsextremisten deutlich auf die Zweckmäßigkeit ganzer Communities³ auswirken. Die für eine gelebte Demokratie notwendigen politischen Meinungsbildungsprozesse können durch eine Flut gleichgelagerter Inhalte so sehr beeinflusst werden, dass darin deutlich übersteigerte Bedrohungsszenarien gezeichnet werden. Es entstehen diffamierende

³ Der Begriff „Community“ umfasst in diesem Zusammenhang alle formellen oder informellen Organisationen, Foren, Gruppen, Initiativen, Kampagnen oder Netzwerke, in denen Menschen miteinander kommunizieren und sich insbesondere an politischen Meinungsbildungsprozessen beteiligen, sowohl in „realweltlicher“ als auch „virtueller“ Atmosphäre.

Stereotypenbilder: Wenn jeder Flüchtling pauschal zum „Vergewaltiger“, jeder Muslim zum „islamistischen Terroristen“ oder jeder „Alternative“ zum „autonomen Gewalttäter“ gemacht wird, dann können sich daraus Atmosphären menschenunwürdiger Diffamierungen ergeben, die einen Nährboden für Hass und Gewalt bilden. An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Grenzen von legitimer und auch notwendiger und gewünschter politischer Kritik über das Vertreten radikaler Ansichten und das Aufbereiten populistischer Thesen hinaus, bis hin zum rechtsstaatlichen Verständnis von Extremismus fließend verlaufen. Hier gilt es nicht nur, Menschen über latente rechtsextremistische Beteiligungsverhältnisse in bzw. Einflussnahme auf politische(n) Communities zu informieren, sondern auch die Foren zur politischen Meinungsbildung davor zu schützen, dass sie unerkannt von Rechtsextremisten dafür genutzt werden, um darin Hass zu schüren und damit demokratische Meinungsbildungsprozesse zu stören.

Den folgenden Ausführungen über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen wird daher zunächst ein kurzer Abriss über die rechtsstaatliche Bedeutung von Extremismus und seinen definitorischen Abgrenzungen vorangestellt. Hieraus soll ersichtlich werden, was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist, welche Rolle das Frühwarnsystem Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang einnimmt, wie sich der gesetzliche Auftrag der Polizei hiervon unterscheidet, welche hohen rechtsstaatlichen Anforderungen hieran zu stellen sind und warum diese, so wie eine gesamtgesellschaftliche Positionierung gegen Rechtsextremismus, so wichtig für eine funktionierende Demokratie sind.

1. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb des demokratischen Rechtsstaats

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind rechtsextreme Einstellungen in allen Teilen der Gesellschaft vorzufinden. Sie zeigen sich z. B. dann, wenn Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen, rassischen, religiösen oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmten Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden.⁴ Sie spiegeln sich u. a. in Haltungen wider, die darauf abzielen, ein totalitäres Staatssystem – wie das des Nationalsozialismus – in Deutschland zu etablieren und einer Volksgemeinschaft den Vorrang vor dem Einzelnen als Individuum einzuräumen. Zum Opfer rechtsextremer Einstellungen kann ein Mensch also beispielsweise aufgrund von Zuschreibungen bzgl. seiner vermeintlichen Herkunft oder einer angenommenen Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft werden, die von Rechtsextremisten als minderwertig empfunden wird. Die Entstehung rechtsextremer Denkmuster kann durch vielseitige subjektive Faktoren auf mehreren Ebenen begünstigt werden. Ängste, Gewaltaffinitäten und Vorurteile oder besondere Identitätsfragen aber auch persönliche Rahmenbedingungen, wie fehlender familiärer Rückhalt, beruflicher Misserfolg und Arbeitslosigkeit oder partnerschaftliche Probleme können hierbei eine Rolle spielen.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018⁵ zeigt, dass nach wie vor rechtsextreme und autoritäre Einstellungen große Zustimmung erfahren. Nachdem „Ausländerfeindlichkeit“ in den letzten Jahren zurück ging, vertritt heute (wieder) fast jeder Dritte ausländerfeindliche Positionen. Auch die Vorbehalte gegenüber Asylsuchenden sind auf einem hohen Niveau angesiedelt. Eine deutliche Mehrheit der Befragten plädierte beispielsweise für eine weniger großzügige Bearbeitung von Asylanträgen.

⁴ § 130 StGB Volksverhetzung

⁵ Die Leipziger Studien zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland werden seit 2002 durchgeführt. Alle zwei Jahre finden Repräsentativerhebungen statt.

Oliver Decker/Elmar Brähler (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag

Erschreckend hoch sei die Abwertung von Muslimen. Der Anteil der Deutschen, die sich „durch die vielen Muslime wie ein Fremder im eigenen Land fühlen“, sei im Jahr 2018 gestiegen.

Die aktuelle Studie zeigt außerdem, dass bis zu einem Drittel der Befragten antisemitischen Aussagen zumindest teilweise zustimmen – ein Beleg dafür, dass sich antisemitische Denkmuster nach wie vor in relevanten Größenordnungen bewegen. Positiv bewertet die Studie die leicht rückläufige Verbreitung des manifesten Antisemitismus. Weniger als fünf Prozent der Befragten hatten sich entsprechend geäußert. Allerdings: Die Aussage, „Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ erfuhr von einem Viertel der Westdeutschen volle oder zumindest teilweise Zustimmung. Dies lässt auf eine weite Verbreitung einiger Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Gesellschaft schließen. Der von der Bundesregierung beauftragte „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ bestätigt dies in seinem Bericht vom April 2017. In Deutschland sind verschiedenen Studien zufolge antisemitische Denkmuster bei etwa 20 Prozent der Bevölkerung verbreitet. Obwohl sie ganz überwiegend unterhalb der Strafbarkeitsebene sichtbar werden, gibt dieser Befund Anlass zur Sorge und sorgfältiger Beobachtung.

Nach einer von der Europäischen Kommission veranlassten Studie der EU-Agentur für Grundrechte bestand für 85 Prozent der befragten Juden im Antisemitismus das größte soziale oder politische Problem in Deutschland.⁶ 41 Prozent gaben an, während des vergangenen Jahres mindestens einmal belästigt worden zu sein. Dieser Wert liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stellen den Kern rechtsextremistischer Ideologie dar. Der Übergang von lediglich latenten, diffusen Ressentiments, wie sie vielfach in Erscheinung treten, und einer verfestigten, „harten“ rechtsextremistischen Einstellung, ist dabei fließend.

⁶ Hierfür wurden in zwölf EU-Staaten die jüdischen Gemeinschaften nach Antisemitismus-Erfahrungen befragt.

Der wissenschaftliche Diskurs darüber, an welcher Stelle aus soziologischer, politologischer oder juristischer Sicht „Rechtsextremismus“ beginnt, unterliegt einem fortwährenden Entwicklungsprozess und orientiert sich an den veränderten Anforderungen, die letztendlich durch die Gesellschaft vorgegeben werden. Auch wenn (rechts-) extreme Einstellungen und Denkweisen grundsätzlich unter die Meinungsfreiheit fallen und dadurch unter dem garantierten Schutz unserer Verfassung stehen, so finden sich ihre Grenzen in der Kollision mit anderen Grundrechten, die es ebenfalls staatlich zu schützen gilt.

Der nachrichtendienstliche Beobachtungsauftrag – nach dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Bremen (BremVerfSchG) – setzt dann ein, wenn eine Bestrebung das Ziel und den Zweck verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung, also die Summe aus den zentralen Wertprinzipien, den Stützpfeilern unserer Staats- und Verfassungsordnung, zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Hierzu gehören u. a. das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip sowie die Menschenwürde.

Erst wenn konkrete Anknüpfungspunkte dafür vorliegen, dass diese hohe Schwelle überschritten wird, kann eine nachrichtendienstliche Beobachtung erfolgen. Als Beleg hierfür kann ein sich im Gesamtverhalten artikulierender, nicht nur beiläufiger Wille einer Organisation, Kampagne oder Initiative dienen. Parteiprogramme, Satzungen, Profile in sozialen Medien, Flugblätter oder andere Druckerzeugnisse können ggf. zur Prüfung herangezogen werden. Gehäufte Meinungsäußerungen Einzelner, auch wenn es sich um führende Vertreter einer Gruppierung handelt, selbst wenn sie völkisch, rassistisch und homophob sind, begründen noch nicht den gesetzlich definierten Aufgabenbereich einer nachhaltigen Beobachtung durch den Verfassungsschutz.⁷ Wenn eine nachrichtendienstliche Beobachtung einsetzt, so ist damit in der Regel ein gesetzlicher Aufklärungsauftrag⁸ verbunden. Das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet in solchen Fällen beispielsweise die „Parlamentarische Kontrollkommission“, es informiert die Menschen in Bremen mit

⁷ § 3 Absatz 1 Nummer 1 BremVerfSchG

⁸ § 4 Absatz 2 BremVerfSchG

seinen jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzberichten und unterstützt Symposien, Seminare oder Schulungsveranstaltungen.

Wenn rechtsextremistische Verhaltensweisen strafrechtlich relevant werden – man spricht z. B. von „politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) – können seitens der Polizei- und Ordnungsbehörden einschränkende Maßnahmen eingeleitet werden. Häufig zeigen sich rechtsmotivierte Straftaten in der Erfüllung von Straftatbeständen wie § 86 a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) oder § 130 StGB (Volksverhetzung), weil eine politische Motivlage bereits äußerlich zu erkennen ist. Anders gestaltet es sich beispielsweise bei Delikten wie der Körperverletzung oder dem Landfriedensbruch. Bei solchen Straftaten wird eine subjektive Motivlage nicht unbedingt nach außen getragen und ist daher nicht eindeutig.

Terroristische Straftaten zielen demgegenüber – auf der Basis einer nach außen erkennbaren extremistischen Motivlage – darauf ab, Angst und Schrecken zu verbreiten. Das führt zu einer Beeinträchtigung der politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates. Terroristische Aktivitäten können sich sowohl gegen den Staat, also die Regierung oder ihre Vertreter, als auch gegen solche Menschen richten, die als Feindbild in den Fokus von Terroristen geraten sind.

Der gesetzliche Auftrag der Polizei besteht über die Strafverfolgung hinaus auch in der Abwehr von Gefahren, die sich beispielsweise aus einer politischen Motivlage heraus ergeben könnten. Hierfür müssen entsprechende Gefahrenprognosen erstellt werden. Diese stützen sich auf konkrete Erkenntnisse und lassen unter Hinzuziehung polizeilicher Erfahrungen einen Schaden für das zu schützende Rechtsgut als wahrscheinlich erachten. In der Folge können Maßnahmen nach dem Bremischen Polizeigesetz (BremPolG) eingeleitet werden.

Rechtsstaatliche Prinzipien bestimmen den Rahmen, in dem auch extreme Meinungen geschützt werden. Erst wenn die aufgezeigten Grenzen übertreten werden, können unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien staatliche Interventionen erfolgen und beispielsweise rechtsextremistische Bestrebungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet, politisch motivierte Straftäter mit

polizeilichen Maßnahmen belegt oder Organisationen gerichtlich verboten werden. Durch die Gewaltenteilung wird garantiert, dass jede staatliche Maßnahme von den Betroffenen rechtlich in Frage gestellt und – letztendlich bis hin zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) – juristisch überprüft werden kann.

Wie hoch die rechtstaatlichen Anforderungen sind, die an solche regulierenden Eingriffe gestellt werden, zeigte sich am Beispiel der Prüfung eines Verbots der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) durch das BVerfG. In seinem Urteil vom 17. Januar 2017 wurde die Verfassungsfeindlichkeit der rechtsextremistischen Partei bestätigt, weil diese – als Gegenmodell zum demokratischen Rechtsstaat – das Konzept einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ propagiert und sich damit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die Menschenwürde und den Schutz des Individuums, den Kern unseres Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips, richtet. Nach der neuen Rechtsprechung fehlte es jedoch an „konkreten Anhaltspunkten von Gewicht (...), die es zumindest möglich erscheinen ließen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein könnte („Potentialität“) (Urteil des BVerfG, 17.01.2017). Das BVerfG verlangt für ein Verbot einer Partei somit mehr als ihre bloße verfassungsfeindliche Gesinnung. In diesem Zusammenhang formulierte das Gericht einen neuen Maßstab, welcher sich maßgeblich von dem des im Jahr 1956 gesprochenen Urteils zum Verbot der KPD unterschied. Danach war es nicht erforderlich, dass eine Partei ihre verfassungswidrigen Absichten in absehbarer Zeit verwirklichen kann.

Das Bekanntwerden der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im Jahr 2011 hatte erneut die Diskussion um ein NPD-Verbot entfacht. Der Bundesrat reichte am 3. Dezember 2013 einen Antrag auf Verbot der NPD beim BVerfG ein. Nachdem die Innenministerkonferenz (IMK) die Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens positiv beurteilt hatte, entschloss sich der Bundesrat zu einem solchen Antrag. Die IMK traf ihre Einschätzung auf Grundlage einer Materialsammlung über die verfassungsfeindlichen Aktivitäten der NPD, die von einer eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppe von Bund und Ländern zusammengestellt wurde. Die in die Materialsammlung eingeflossenen Informationen und Belege stammten ausschließlich aus offen zugänglichen Quellen. Auf diese Weise ist auf das im Jahre

2003 gescheiterte Verbotverfahren reagiert worden. Damals hatte das BVerfG das Verfahren eingestellt, weil belastende Informationen von „Vertrauensleuten“ (V-Leuten) des Verfassungsschutzes stammten. Aus diesem Grund bescheinigten nunmehr die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern die Quellenfreiheit in Form von Testaten, die dem Verbotsantrag beilagen. In einem weiteren Testat wurde die Abschaltung aller V-Leute auf Führungsebene bestätigt und so die „Gegnerfreiheit“ auf Seiten der Antragsgegnerin garantiert mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die Prozessstrategie der NPD nicht durch V-Leute ausgeforscht werden konnte.

Um eine verfassungsfeindliche Partei, wie die NPD, nicht mit staatlichen Mitteln aus der Parteienfinanzierung zu unterstützen, beschloss der Bundesrat am 2. Februar 2018 einen entsprechenden Ausschluss der NPD beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu beantragen. Dies ist aufgrund einer Grundgesetzänderung möglich geworden, die nach dem Ende des NPD-Verbotsverfahrens 2017 verabschiedet wurde.

Die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen hohen rechtlichen Maßstäbe, die an staatliche Interventionen gegen Extremismus in Deutschland zu setzen sind, spiegeln die zentrale Bedeutung der freien politischen Meinungsbildung für unsere Demokratie wider. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Bremen nimmt in diesem Kontext seine Rolle als Frühwarnsystem ein. Adäquate Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sollen das gesellschaftliche Bewusstsein stärken und Menschen die Möglichkeit bieten, sich selbst ein Bild von den Gefahren zu machen, die von (rechts-) extremistischen Bestrebungen ausgehen.

Insbesondere in den Grenzbereichen zum Rechtsextremismus gilt es daher stets auf der einen Seite sorgsam abzuwägen, ob eine Organisation, Initiative oder Kampagne die rechtsstaatlichen Voraussetzungen für eine nachrichtendienstliche Beobachtung erfüllt, andererseits aber auch frühestmöglich das Gefahrenpotential zu erkennen, das aus den Radikalisierungsprozessen in heterogenen Communities erwächst. Diese Kontroverse wird besonders deutlich am Beispiel der Straftatenentwicklung zum Nachteil von Flüchtlingen oder deren Unterkünften. Nur wenige der in diesem Zusammenhang identifizierten Täter waren zuvor wegen rechtmotivierter Straftaten in Erscheinung getreten oder ließen sich rechtsextremistischen

Organisationsstrukturen zurechnen. An diesem Beispiel zeigt sich, welches Gefahrenpotential aus der Entgrenzung des Rechtsextremismus erwachsen kann und warum es gerade deshalb so wichtig ist, rechtsextremen Haltungen konsequent entgegenzutreten, Menschen auf pauschale Diffamierungen anzusprechen, mit ihnen darüber zu diskutieren und ihnen die Schwachstellen ihrer vermeintlich einfachen Lösungen für komplexe soziale Problemstellungen aufzuzeigen.

2. Rechtsextremistische Szene-Strukturen im Land Bremen

Im Land Bremen erfolgten innerhalb der letzten Jahre diverse Auflösungen, Umbenennungen oder Abspaltungen rechtsextremistischer Gruppierungen. Es formten sich immer wieder neue Foren, Netzwerke, Kampagnen oder Initiativen, an denen sich Rechtsextremisten beteiligen und in denen sie ihre gesellschaftliche Anschlussfähigkeit steigern konnten.

Diese Entwicklung zeigte sich nicht nur innerhalb des subkulturellen und besonders gewaltaffinen rechtsextremistischen Spektrums, wo gewaltaffine Fußballfanggruppierungen wie die „Standarte Bremen“, „Nordsturm Brema“ oder die „Farge Ultras“ ihre Auflösung erklärten, die „Nordic 12“ (N12) aus der „Brigade 8 Bremen Crew“ (B8HB) hervorging oder sich Protagonisten aus dem Umfeld der „HoGeSa Sektion Nord“ abspalteten und die „Gemeinsam Stark Deutschland – Ortsgruppe Bremen“ (GSD-HB) gründeten. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Bremen warnt daher seit mehreren Jahren insbesondere vor den Gefahren, die aus sogenannten „Mischszenen“ hervorgehen und die immer dann nach außen hin besonders deutlich werden, wenn es Rechtsextremisten gelingt, ihr Personenpotential mit gewaltaffinen Spektren anlass- und ereignisbezogen für rassistische und fremdenfeindliche Agitationen zu vervielfachen.

Sowohl innerhalb der „Freien Kräfte“, die ohnehin auf eine möglichst informelle Vernetzung ausgerichtet sind, als auch innerhalb des rechtsextremistischen Parteienspektrums, das aufgrund formeller Erfordernisse ein Mindestmaß an Organisationsstrukturen aufzuweisen hat – und dabei unter besonderem Grundrechtsschutz steht – setzte sich der Auflösungstrend fester Organisationsstrukturen fort und ging mit einer informellen Vernetzung von Rechtsextremisten in breit aufgestellten Communities einher.

Im Folgenden werden die komplexen Zusammenhänge und Entwicklungen der hiesigen Szene beispielhaft anhand von ausgewählten rechtsextremistischen Organisationsstrukturen dargelegt.

2.1 Rechtsextremistische Einflussnahme auf gewalttätige Fußballfanggruppierungen („Hooligan-Szene“)

Am 26. Oktober 2014 versammelten sich bis zu 5.000 „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in Köln. Die Organisation dieses Events erfolgte durch die Vernetzung verschiedener Gruppierungen und Initiativen in sozialen Medien. Auch Protagonisten der rechtsextremistisch beeinflussten Bremer Hooliganszene beteiligten sich maßgeblich hieran. Sie wirkten mit an der Organisation und Durchführung, warben auf Netzwerkprofilen und erschienen als Teilnehmer. Bei der Veranstaltung kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen u. a. ein Einsatzfahrzeug der Polizei umgeworfen wurde.

Die ursprünglich in Bremen gegründete rechtsextremistische Hooliganband „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC) präsentierte dort ihr gleichnamiges Lied „Hooligans gegen Salafisten“. Darin heißt es wörtlich:

„Islam will keinen Frieden, sondern Gottessklaverei. (...)

Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder. (...)

Wenn das Messer an der Kehle ist dann habt ihrs kapiert.“⁹

Bundesweit kam es zu weiteren Demonstrationen der HoGeSa, wie am 15. November 2014 unter dem Motto „Europa gegen den Terror des Islamismus“ in Hannover. Die zunächst verbotene Veranstaltung wurde vom Verwaltungsgericht Hannover unter bestimmten Auflagen erlaubt, die u. a. eine Standkundgebung statt einer sich fortbewegenden Demonstration, ein Alkoholverbot und ein Verbot für den Auftritt von KC vorschrieben. Ein massives Polizeiaufgebot stellte den friedlichen Verlauf der Demonstration sicher. Unter den 3.200 Teilnehmern befanden sich einige Hundert Angehörige der neonazistischen und der subkulturellen Szene, u. a. aus Bremen.

In ihrer Gesamtheit richten sich breit aufgestellte Initiativen – wie die HoGeSa – mit simplifizierenden Parolen vorgeblich gegen „Islamistischen Terrorismus“ und weisen

⁹ Bremischer Verfassungsschutzbericht 2014 S. 34

daher wenige ideologische Anhaltspunkte für ein geschlossenes ideologisches Weltbild auf. Darin können sowohl Protagonisten gewaltaffiner Fußballfanggruppierungen oder „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG) als auch Personen aus dem rechtskonservativen oder bürgerlichen Spektrum mit denen der rechtsextremistischen Szene zusammenfinden. Gegen bestimmte Bedrohungsszenarien gerichtet, die durch eine Flut gleichgelagerter Inhalte deutlich übersteigert erscheinen, kann sich dabei ein Fokus auf pauschalisierte Feindbilder – die vermeintlichen Verursacher der Gefahr – entwickeln, der sich letztendlich anlassbedingt in Hass entlädt.

Interne Differenzen auf Leitungsebene in der HoGeSa führten dazu, dass sich u. a. die Gruppierung „Gemeinsam Stark Deutschland“ (GSD) abspaltete. Beteiligte aus Bremen vereinigten sich sodann als „Gemeinsam Stark Deutschland – Ortsgruppe Bremen“ (GSDHB). Zwischen den hiesigen Angehörigen dieser Gruppierung und antifaschistischen Ultras kam es in der folgenden Zeit in Bremen wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. So auch im April 2015, als die Gewalt im Zusammenhang mit dem Nordderby zwischen dem „SV Werder Bremen“ und dem „Hamburger SV“ eskalierte. Verletzte und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Landfriedensbruchs waren die Folge; mehrere Monate Untersuchungshaft sowie Bewährungsstrafen zweier „Ultras“ waren das Ergebnis.

Bereits im Vorjahr wurde die Partie dieser beiden Bundesligavereine von Bremer Fans zum Anlass für eine öffentlichkeitswirksame Aktion genutzt: Etwa 130 maskierte Hooligans versuchten das Weserstadion mit einem Schiff zu erreichen. Darauf war ein Plakat mit der Aufschrift „Scheiß Hamburg!“ angebracht. Bereits in Höhe des Martinianlegers wurde das Schiff durch Polizeikräfte gestoppt. Auf dem Schiff konnten mehrere Rechtsextremisten identifiziert werden. 42 Personen wurden polizeilich kontrolliert. Als Initiator der Aktion galt eine Führungsfigur der

rechtsextremistischen Szene und Mitglied der inzwischen für aufgelöst erklärten „Standarte Bremen“.¹⁰



Abbildung 1: Aktion von Bremer Hooligans anlässlich des Nordderbys. Rechtsextremisten aus Bremen beteiligten sich an der Organisation dieses Events.

Auf einschlägigen Facebookprofilen konnten Erkenntnisse über die Beteiligung von diversen Protagonisten gewaltaffiner Fußball-Fangruppierungen aus Bremen festgestellt werden. Die gewaltaffine Fußballfanszene in Bremen wurde lange Zeit von rechtsextremistisch beeinflussten Hooligangruppierungen wie der „Standarte Bremen“, dem „Nordsturm Brema“, den „City Warriors“ sowie den „Farge Ultras“ dominiert.¹¹

¹⁰ Das Fan-Verhältnis beider Vereine steht unter einem besonderen Schatten: 1982 starb der Werder-Fan Adrian M. an den Folgen eines Angriffs Hamburger Fans. Er gilt als erstes Todesopfer von Hooligan-Gewalt in Deutschland.

¹¹ Die „Standarte Bremen“ verstand sich sceneintern als „Elite“ der „Hooligan-Kämpfer“. Etwa 30 Personen zählten zum näheren Umfeld der Gruppierung, deren Mitgliederstamm seit einigen Jahren unverändert war. Die „City Warriors“ und „Nordsturm-Brema“ galten als „Supporter“ der „Standarte“.

Äußerlich zeigen sich die Verbindungen von Hooligans zum Rechtsextremismus meist in der Verwendung bestimmter Codes und Symbole. Sie dienen als Erkennungszeichen, stiften Identität und Zusammengehörigkeit und eignen sich zur Provokation politischer Gegner. So erinnert der Name „Standarte“ an Regimenter der „Schutzstaffeln“ (SS), die als „Standarten“ bezeichnet wurden. In Bremen wurde im Jahr 1934 die 88. Standarte der „SS“ aufgestellt. Der Name zielt nach eigenen Angaben jedoch nicht auf deren Ideologie, sondern auf deren Kameradschaftsgeist ab. Die Zahl „88“ dient innerhalb der Szene auch als Code für die Verwendung des strafbaren symbolischen Grußes „Heil Hitler“ und steht in diesem Zusammenhang für den 8. Buchstaben des Alphabets – das „H“.

GSDHB-Anhänger machten vor allem in sozialen Netzwerken auf sich aufmerksam. In ihren Beiträgen wandten sie sich gegen islamistischen Terrorismus oder vermeintliche Gewalt von Links. In der Satzung bekannte sich GSD vorgeblich dazu, die demokratischen Grundwerte zu achten. Hinsichtlich der Zielsetzung wurde erklärt, „eine breite, öffentliche, offene und tabulose Diskussion über das Grundwesen des Islams anzustoßen, aus welcher sich die Erkenntnis ergibt, dass es sich beim Islam um eine religiös begründete totalitäre Ideologie handelt, die einer freien demokratischen Gesellschaft völlig konträr gegenüber steht“ (Fehler im Original, Internetseite von GSD, 21.06.2016). Das Ergebnis der „offenen“ Diskussion wurde hier also schon satzungsgemäß vorweggenommen.



Abbildung 2: „Wordcloud“ der häufigsten Wörter aus den Beiträgen des Facebookprofils „Gemeinsam Stark Deutschland“ (2016)

Zu den Führungspersonen von GSDHB gehörten u. a. langjährige Angehörige der rechtsextremistischen Musikszene Bremens. Der Gruppierung gelang es jedoch auch, Personen an sich zu binden, die nicht rechtsextremistischen Szene-Strukturen entstammten. Ihre Mitglieder präsentieren sich in sozialen Netzwerken als „kämpfende Patrioten“ für einen „ohnmächtigen Staat“, der vom Islamismus bedroht ist und der vermeintlichen Gewalt von Ausländern und Linksextremisten hilflos gegenübersteht. Für den „gemeinsamen Kampf“ wollte die Gruppe insbesondere gewaltbereite Rechtsextremisten, Hooligans und Rocker gewinnen. Mit übersteigerten Bedrohungsszenarien und pauschalisierenden Diffamierungen instrumentalisierte GSDHB Ängste und bekannte sich in diesem Zusammenhang offen zur Anwendung von Gewalt. Das Landesamt für Verfassungsschutz stufte den Bremer Ableger der Gruppierung als rechtsextremistische Bestrebung ein.

Im Juni 2016 trat die GSDHB öffentlich in Erscheinung, als Vermummte mit grün-weißen Sturmmasken – wie auf dem „Hooligan-Schiff“ – am Weserstadion „Spuckies“ (Abbildung 3: „Spuckies“ von GSD) verklebten oder mit Fackeln und Pyrotechnik an der Bremer Universität aufmarschierten. Dort wurden sie bei einem Videodreh von Einsatzkräften der Polizei kontrolliert. Neben Pyrotechnik, Fackeln, Quarzsandhandschuhen und Baseballschlägern konnten „Fuck Antifa“-Aufkleber und ein „Anti-Antifa“-Banner festgestellt werden. Von der GSDHB sind seitdem keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen mehr hervorgegangen. Die Gruppierung löste sich daraufhin auf. Das Facebookprofil wurde gelöscht. Der Hauptprotagonist blieb nach wie vor politisch aktiv, betrieb mehrere Profile in verschiedenen sozialen Netzwerken und engagierte sich insbesondere in der rechtsextremistischen Musikszene.

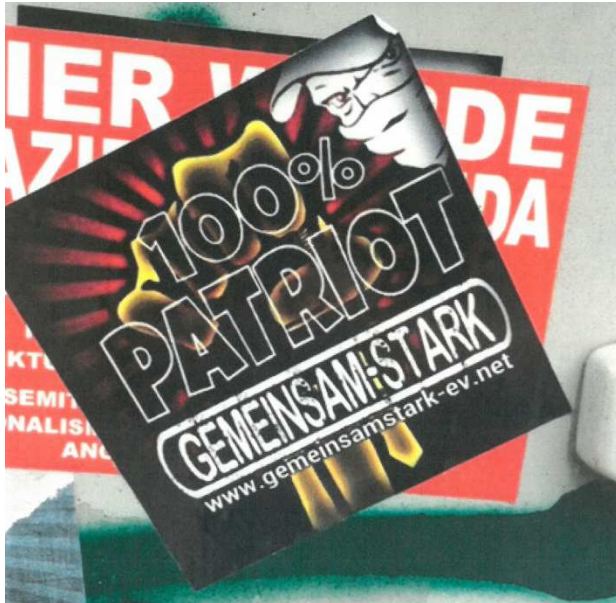


Abbildung 3: „Spuckies“ von GSD

Die Auflösung bestehender Organisationsstrukturen von Rechtsextremisten erscheint häufig taktisch motiviert und erfolgte meist aufgrund wachsender öffentlicher Kritik, z. B. wegen der Beteiligung von Rechtsextremisten oder der besonderen Gewaltaffinität ihrer Anhängerschaft. Rechtsextremistisch beeinflusste Hooligan-Gruppierungen aus Bremen erklärten im Januar 2015 ihre Auflösung. Vorausgegangen war ein Urteil des BGH, aus dem hervorging, dass sich Anhänger von Hooligan-Gruppierungen möglicherweise der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung strafbar machen könnten.¹² Die Protagonisten der vorgeblich aufgelösten Gruppierungen aus Bremen besuchen nach wie vor gemeinsam Fußballspiele, betreiben entsprechende Szene-Labels oder treffen sich mit befreundeten Gruppierungen, z. B. aus Essen.

Bei den „Farge Ultras“ verhielt es sich ähnlich: Als „Ultra“-Gruppierung drohte ihren Mitgliedern zwar keine strafrechtliche Verfolgung wegen einer potentiellen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“, die Beteiligung von Rechtsextremisten unter ihren Mitgliedern führte jedoch zu wachsender öffentlicher Kritik, der man sich beugte. Dennoch traten ihre „ehemaligen“ Anhänger an

¹² BGH, 22.01.2015 - 3 StR 233/14 (Sittenwidrigkeit von Körperverletzungen im Rahmen von verabredeten Schlägereien)

Spieltagen ihrer Fußballmannschaft aus Bremen-Nord gemeinsam in Erscheinung. Dabei trugen sie beispielsweise T-Shirts mit der Aufschrift „PERSONA NON GRATA“ oder hörten lautstark „Rechtsrock“, u. a. von rechtsextremistischen Szene-Bands.

Die definatorische Unschärfe des Arbeitsbegriffs „Hooligan“ erschwert die Bewertung des Gefahrenpotentials, das aus dieser Szene erwächst: Als Beispiel hierfür diene die enge Abgrenzung eines „gewaltsuchenden C-Fans“, der als „Hooligan“ die sogenannte „Dritte Halbzeit“ oder „Drittortauseinandersetzung“, also den Kontakt zu Gleichgesinnten des gegnerischen Vereins zur körperlichen Auseinandersetzung, sucht. Dieser Umstand erscheint wenig geeignet, um das Gefahrenpotential zu erfassen, dass faktisch von Angehörigen dieser Mischszene ausgeht, die sich vielmehr unter dem Label „Hooligan“ vereinen und auch zu anderen Anlässen gewaltsam agieren. Insofern impliziert dieser Begriff nicht mehr ausschließlich die deutlich sinkende Zahl aktiver (alternder) „Oldschool Hooligans“, die sich auch in ihrem verhältnismäßig hohen Alter noch an „Drittortauseinandersetzung“ beteiligen, sondern vor allem auch all diejenigen „Althools“, die sich, wie z. B. der Frontmann von KC, ehemalige Funktionäre der GSD-HB, Betreiber von Szene-Labels oder Veranstalter entsprechender Events, dafür einsetzen, „Hooliganism“ als „Image“ zu vermarkten und aktionsorientierte jüngere Menschen, als „kämpfende Patrioten“ für eine vermeintlich gerechte – und vor allem auch „nationale“ – Sache zu mobilisieren.

2.2 „Hammerskin-Nation Chapter Bremen“

Bei der Bremer Sektion der „Hammerskins“ handelt es sich um eines der ältesten Chapter in Deutschland. Darunter ist ein internationales Skinhead-Netzwerk zu verstehen, das in mehreren Ländern über Ableger verfügt. Ihre Ideologie ist von Rassismus und Neonationalsozialismus geprägt. Ziele sind die Erhaltung der „Reinheit der weißen Rasse“ sowie die Vereinigung aller rechtsextremistischen weißen Skinheads in einer weltweiten „Hammerskin Nation“. Das Bremer Chapter verfügte in der Vergangenheit über ein besonders großes personelles Einzugsgebiet. Es fungierte über mehrere Jahre als eine Art „Auffangbecken“ für Mitglieder aus verschiedenen norddeutschen Bundesländern. Nur wenige dieser „Members“ stammten tatsächlich aus Bremen oder dem unmittelbaren niedersächsischen Umland. In den letzten Jahren verzeichnete das Chapter einen Mitgliederrückgang. Dennoch gehen, auch wenn meist keine Öffentlichkeitswirkung hiermit verbunden ist,

Aktivitäten von der Bremer Sektion und ihren Protagonisten aus. So werden neben der aktiven Beteiligung an verschiedenen rechtsextremistischen Musikprojekten auch konspirativ Veranstaltungen organisiert und durchgeführt.

2.3 „Nordic 12“

In Bremen trat die rechtsextremistische Bruderschaft „Nordic 12“ in den letzten Jahren kaum mehr in Erscheinung. Die Gruppierung war aus der im Jahr 2012 gegründeten „Brigade 8“ hervorgegangen, die bis 2014 auch in Bremen über Anhänger und Mitglieder verfügte. Nach internen Differenzen wandten sich mehrere der aus der subkulturellen rechtsextremistischen Szene Bremens stammenden Anhänger dieser Gruppierung ab und agitierten seither unter dem Namen „Bruderschaft Nordic 12“. Die Zahl „12“ stand nach eigenen Angaben für die Strahlen der „Schwarzen Sonne“. Damit griff die Gruppierung auf rechtsextremistische Symbolik zurück. Das vielfach verwendete Symbol, auch als zwölfarmiges Hakenkreuz oder zwölffache „Sig“-Rune bezeichnet, steht in der Szene für die „Verbundenheit mit der eigenen Art“ und mit den „arteigenen Wertvorstellungen“. Ergänzt wird die „Schwarze Sonne“ durch die Zahlenkombination 12/14. Die „14“ steht dabei für den von Rechtsextremisten verwendeten Code „14 Words“.¹³

Gruppierungen wie die „Brigade 8“ oder „Nordic 12“ bedienen sich des martialischen Erscheinungsbilds und der Organisationsstrukturen von OMCG, ohne jedoch Motorradclub zu sein. Wie OMCG tragen auch ihre Anhänger beispielsweise mit Aufnähern versehene Westen, sogenannte „Kutten“ und unterscheiden ihre Mitglieder nach „Vollmitgliedern“ und „Unterstützern“. Anhänger der „Brigade 8“ und später der „Nordic 12“ beteiligten sich an verschiedenen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene, so z. B. an der Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln oder am 12. September 2015 anlässlich des in Hamburg verbotenen „Tag der deutschen Patrioten“. Protagonisten der Bremer Szene scheiterten bei dem Versuch, kurzfristig in Bremen eine Ersatzveranstaltung hierfür durchzuführen. Die Polizei erteilte den Rechtsextremisten ein

¹³ „We must secure the existence of our people and a future for White children.“ („Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für unsere weißen Kinder sichern.“ - David Eden Lane (White Supremacy).

Betretungsverbot für Bremen und verhinderte mit ihrer massiven Präsenz am Bremer Hauptbahnhof ein Aufeinandertreffen von Rechtsextremisten und Gegendemonstranten.

Protagonisten der Gruppe beteiligten sich an verschiedenen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene bundesweit und gründeten weitere Chapter außerhalb Bremens. In der Vergangenheit war „Nordic 12“ besonders in Bremen-Woltmershausen präsent. Im Juli 2015 nahmen Mitglieder der Gruppierung, bekleidet mit der in der Szene beliebten Marke „Thor Steinar“, an einer Einwohnerversammlung teil, um gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil zu protestieren. Außerdem beteiligten sich die N12 wiederholt an der Aktion „Schwarze Kreuze“, über die den Opfern vermeintlicher „Migrantengewalt“ durch das Aufstellen schwarzer Kreuze gedacht und auf ihr Schicksal aufmerksam gemacht werden sollte sowie bei den Gedenkveranstaltungen für Daniel S., einem Jugendlichen, der bei einer Auseinandersetzung am Bahnhof in Kirchweyhe getötet wurde, und dessen Tod seitdem von Rechtsextremisten für Propagandazwecke instrumentalisiert wurde.

Anhänger der Gruppierung engagierten sich bei dem Bandprojekt „Randgruppe Deutsch“, das mit dem Album „Köln 2.0“ überregional Bekanntheit in der Szene erlangte. Einzelne Mitglieder verfügten über Kontakte zum militanten „Combat 18“-Netzwerk. Im direkten Umfeld zur „Nordic 12“ entstand kurzzeitig „Nordic Valkyrien“, eine Gruppe, die sich ausschließlich aus Frauen rekrutierte. Der Zusammenschluss unterstützte „Nordic 12“, indem er sich an deren Aktionen oder Kampagnen beteiligte.

Im Land Bremen trat die rechtsextremistische Gruppierung „Nordic 12“ seit dem Jahr 2017 nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Nichtsdestotrotz sind ihre Anhänger weiterhin politisch aktiv. So bemühten sich Protagonisten der Gruppierung insbesondere um die strategische Vernetzung der rechtsextremistischen Szene Bremens im Kampf gegen das politische System.

2.4 Rechtsextremistische Musikszene

Die rechtsextremistische Musikszene bildet einen wichtigen Pfeiler, über den Menschen Zugang zur Szene erhalten. In Bremen waren in den vergangenen Jahren

insbesondere die Bands „Hetzjagd“, „Endlöser“, „Endstufe“ und „Strafmass“ über Deutschland hinaus bekannt. Sie traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf und gaben regelmäßig CDs heraus oder beteiligten sich an CD-Samplern. Im Jahr 2017 waren ihre Aktivitäten allerdings rückläufig. Durch die häufig wechselnde Beteiligung einschlägiger Szeneprotagonisten an verschiedenen Bandprojekten kann der Eindruck entstehen, es stünde ein großer Personenkreis dahinter. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine geringe Personenzahl, von der dennoch ein großes propagandistisches Gefahrenpotential ausgeht. Darüber hinaus hatte sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt der Aktivitäten etlicher Bremer Bands in andere Bundesländer verschoben; viele Bandmitglieder leben seit Jahren nicht mehr in Bremen. Aufnahmen und Proben der Bands finden in anderen Bundesländern statt. Einige Bands, wie „Strafmass“ und „Hetzjagd“ traten in den letzten Jahren kaum mehr öffentlich in Erscheinung.

Die ursprünglich 1997 in Bremen gegründete, bundesweit bekannte und aktive rechtsextremistische Hooligan-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC) gilt als Bindeglied zwischen der Hooligan- und der rechtsextremistischen Szene. Der Name bezieht sich auf die polizeiliche Einteilung von Fußballfans, wobei unter „Kategorie C“ gewaltsuchende Fans gefasst werden. Die Band hat sich nach außen lange als „unpolitische Hooliganband“ dargestellt und jeglichen Bezug zum Rechtsextremismus vehement abgestritten. Die Band behandelt in ihren Liedtexten vor allem Themen, wie: Fußball, Gewalt, Alkohol oder „Männerfreundschaften“. Vor allem wegen ihrer gewaltverherrlichenden Lieder ist KC in breitgefächerten Spektren, von Hooligans über Rocker bis in organisierte rechtsextremistische Szenestrukturen, beliebt und trägt insbesondere mit ihren Konzerten zum Zusammenhalt und zur Mobilisierung der Szene bei. Neben der HoGeSa-Demonstration in Köln im Jahr 2014 beteiligte sich KC auch am Leipziger PEGIDA-Ableger „LEGIDA“. Dort hatten mehr als 200 Hooligans den als „links“ geltenden Stadtteil Connewitz mit Steinen, Böllern und Baseballschlägern verwüstet. Konzerte von KC werden meist ohne konkreten Veranstaltungsort angekündigt und die Anreise der Konzertteilnehmer konspirativ über Schleusungspunkte organisiert. Dadurch werden Aufklärungsmaßnahmen politischer Gegner sowie behördliche Maßnahmen erschwert. Zum Teil erfolgen Konzerte der Band in grenznahen Bereichen im direkten europäischen Umland.

Mit der Wiederaufnahme des rechtsextremistischen Musik-Projektes „Nahkampf“ im Jahr 2014 bestätigte die KC ihre rechtsextremistische Ausrichtung. Ihre Aktivitäten und in diesem Rahmen getätigten Aussagen weisen offen rechtsextremistische Inhalte auf. Die Band „Nahkampf“ war Ende der 1980er-Jahre ebenfalls von dem KC-Bandleader gegründet worden und bis Mitte der 2000er-Jahre aktiv. In den letzten Jahren absolvierten die Protagonisten ihre Auftritte im Namen beider rechtsextremistischer Bands und vertrieben im großen Stile Merchandise mit „Kategorie-C“-Motiv, vom hölzernen Wandteller bis hin zur Hundejacke. In diesem Zusammenhang wird mit weiteren Bekleidungsfirmen der rechtsextremistischen Szene kooperiert.

Eine weitere populäre rechtsextremistische Band aus Bremen ist „Endstufe“, die bereits im Jahr 1981 gegründet wurde und damit eine der ältesten noch aktiven und international bekannten Szene-Bands in Deutschland ist. Unterstützt wird die Band von ihren „Supportern“ aus der so genannten „Endstufe-Crew“.

Die rechtsextremistische Musikszene in und um Bremen wies in den vergangenen Jahren einen hohen Fluktuationsgrad auf. Bandprojekte waren inaktiv, lösten sich auf oder fanden sich neu zusammen. Die Bremer Protagonisten dieser Szene sind meist seit vielen Jahren aktiv und daher bundesweit vernetzt.

2.5 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die Auflösung von Parteistrukturen in der rechtsextremistischen Szene lässt sich über einen längeren Zeitraum besonders deutlich am Beispiel der NPD aufzeigen. Innerhalb des Berichtszeitraumes war sie die einzige rechtsextremistische Partei, die sowohl bundesweit als auch in Bremen von Bedeutung war. Die neonazistisch ausgerichteten Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ verfügten zwar auch in Bremen vereinzelt über Anhänger oder Sympathisanten, wiesen jedoch lange Zeit keine oder nur geringe eigenständige funktionale Strukturen auf.

Die NPD stellt nach wie vor die mitgliederstärkste der rechtsextremistischen Parteien in Deutschland dar, wenngleich sie seit 2008 einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang verzeichnet. Die Partei verfügt derzeit über ein Mandat im Europäischen Parlament und ist bundesweit mit über 300 Mandaten auf kommunaler Ebene insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern vertreten. Die NPD vertritt

offen fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Positionen. Am 17. Januar 2017 bekräftigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Urteil zum Verbotsverfahren die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Ihr propagiertes Ziel, den demokratischen Rechtsstaat durch eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen, missachte die Menschenwürde und sei mit dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip unvereinbar. Während bundesweit die Zahl der NPD-Mitglieder von 5.500 (2013) auf 4.500 (2017) sank, so halbierte sich deren Zahl im Land Bremen von etwa 40 (2013) auf 20 (2017).

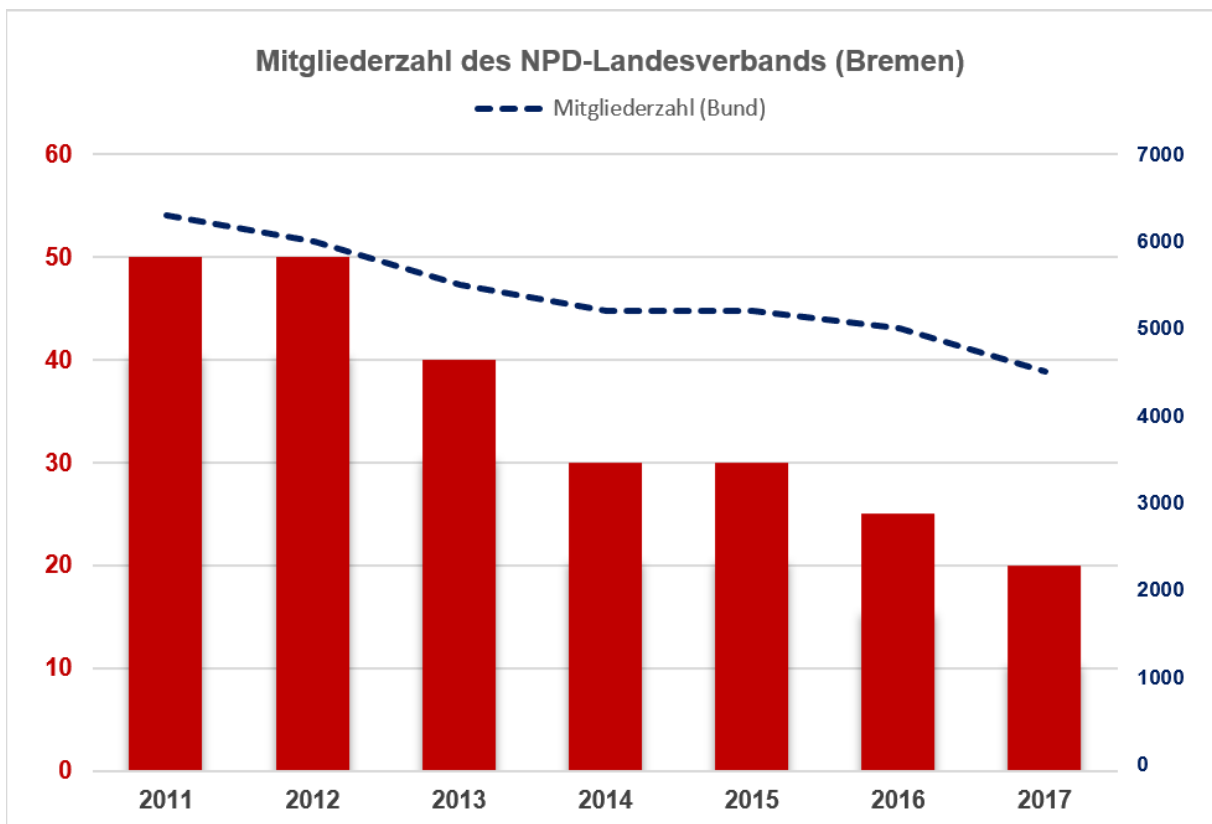


Abbildung 4: Mitgliederzahlen NPD

Ihre verfassungsfeindliche Ausrichtung kommt z. B. in dem 2010 verabschiedeten Parteiprogramm „Arbeit. Familie. Vaterland.“ zum Ausdruck. Darin wird allen politischen, ökonomischen und sozialen Themenbereichen oder Sachfragen das Konzept der „Volksgemeinschaft“ zugrunde gelegt und damit ein antiindividualistisches Menschenbild sowie ein „identitäres“ Politik- und Staatsverständnis. Unter „Volksgemeinschaft“ verstehen Rechtsextremisten ein streng hierarchisches Gemeinwesen, in dem der Staat und das ethnisch homogene Volk zu einer Einheit verschmelzen. Die „Volksgemeinschaft“ als Gegenentwurf zur

und 0,5 Prozent der Stimmen auf Bremerhaven entfielen. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 hatte die NPD im Land Bremen noch ein Ergebnis von 1,1 Prozent erreicht. Während die NPD in Bremen-Nord und Bremerhaven auf 1,5 Prozent der Stimmen kam, erzielte sie in Bremen-Stadt 0,8 Prozent der Stimmen.

Im Land Bremen trat die NPD erstmals im Jahr 1967 zur Bürgerschaftswahl an und konnte 8,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Bei den Bürgerschaftswahlen im Jahr 2011 erreichte sie allerdings nur 1,6 Prozent. Zur vergangenen Wahl 2015 war die Partei lediglich im Wahlbereich Bremerhaven vertreten und erzielte dort ein Ergebnis von 1,4 Prozent. Damit rutschte ihr landesweiter Stimmenanteil mit weniger als 0,2 Prozent in die Bedeutungslosigkeit ab. Derzeit verfügt die Partei über ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, welches der seit 2003 amtierende NPD-Landesvorsitzende innehat.

Der Bremer Landesverband der NPD trat in den vergangenen Jahren immer weniger öffentlich in Erscheinung. Auch wenn es sich bei seinen Mitgliedern um langjährige Szeneangehörige handelt, die zum Teil offen fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Positionen vertreten, so ging von der Partei in Bremen kaum Außenwirkung hervor. Die NPD spielte insofern keine wesentliche Rolle innerhalb der rechtsextremistischen Szene Bremens. Bereits 2013 war lediglich ein Mindestmaß an Aktivitäten anlässlich des Wahlkampfes zur Bundestagswahl entfaltet worden. Höhepunkt der Wahlkampfaktivitäten der NPD war eine vom NPD-Bundesverband ausgerichtete Informationsveranstaltung in Bremen-Vegesack. Auch in den folgenden Jahren entfaltete der weitgehend inaktive Landesverband, abgesehen vom vereinzelt Anbringen von Wahlplakaten oder der Veranstaltung von Informationsständen, kaum öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten. Ein Grund für seine Passivität ist der Mangel an geeigneten Führungspersonen und die damit verbundene intellektuelle sowie organisatorische Schwäche. So gelingt es dem Bremer Landesverband nicht, neue Interessenten für sich zu gewinnen, insbesondere junge Aktivisten an sich zu binden.

Im Juni 2018 war unter der URL des Facebookprofils der „NPD Bremerhaven“ eine Präsenz der Partei „Die Rechte Stützpunkt Bremerhaven“ abzurufen. Offensichtlich kehrte der Profilbetreiber und Funktionär der Bremerhavener Parteiuntergliederung

der NPD seinen Rücken und setzte sich für die Neugründung einer Untergliederung der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“ in Bremen ein.

2.6 „Die Rechte - Landesverband Bremen“ (DRHB)

Die 2012 von ehemaligen DVU-Mitgliedern und Neonazis gegründete rechtsextremistische Partei verfügt bundesweit über mehrere Kreis- und Landesverbände. Die ideologische Ausrichtung ist heterogen. Unter den Parteimitgliedern finden sich ehemalige NPD- und DVU-Mitglieder sowie Neonazis. Angetreten war die Partei 2012 mit dem Parteiprogramm der 2011 aufgelösten DVU, welches sie mit leichten Veränderungen übernommen hatte.

Bundesweit zählte die Partei im Jahr 2017 ca. 600 Mitglieder und war in verschiedenen Teilen Deutschlands durch zum Teil spektakuläre Aktionen aufgefallen. Dazu zählt der Versuch von Parteimitgliedern, das Dortmunder Rathaus zu stürmen, nachdem eines ihrer Mitglieder in das dortige Stadtparlament gewählt worden war.

Der organisatorische Schwerpunkt der Partei befindet sich in Nordrhein-Westfalen, wo sich ihr aktivster und mitgliederstärkster Landesverband befindet. Handlungsfähige Parteistrukturen existieren dort auch unterhalb der Ebene des Landesverbandes in den Kreisverbänden. Die Führungspositionen sind vor allem von früheren Aktivisten verbotener neonazistischer Kameradschaften besetzt. Insofern gilt der nordrhein-westfälische Landesverband als Auffangbecken für Neonazis, die ihre Aktivitäten und Veranstaltungen unter dem Deckmantel der Partei, d. h. unter Ausnutzung des Parteienprivilegs, fortführen können.

Die Bremer Landesgruppe der Partei „Die Rechte“ wies ebenfalls einen starken Bezug zur neonazistischen Szene auf. Wiederholt wurden in Bremen-Horn und anderen Stadtteilen Flyer verteilt, deren Inhalt sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richtete. Außerdem wurden Ausflüge zu Demonstrationen unternommen, wie beispielsweise im Jahr 2014 nach Köln zum Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten“. Darüber hinaus waren Mitglieder der Partei an der Organisation zweier Kundgebungen in den Jahren 2013 und 2014 in Kirchweyhe in Bezug auf den Tod von Daniel S. beteiligt und pflegten eine Facebook-Präsenz. In den Jahren 2016 und 2017 entfaltete die Bremer Landesgruppe keinerlei Aktivitäten mehr in Bremen. Seit

2017 wurde die Bremer Parteiuntergliederung nicht mehr auf der Internetseite¹⁴ der Partei aufgeführt. Das Facebook-Profil, auf dem die Landesgruppe ihre fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen verbreitete, war bereits 2015 von den Betreibern des sozialen Netzwerkes gelöscht worden.

Seit April 2018 konnten wieder vermehrt Aufkleber der Partei „Die Rechte“ im Stadtgebiet Bremerhavens, aber auch in Bremen-Nord festgestellt werden. Das Facebookprofil „NPD Bremerhaven“ wurde im Juni 2018 in „Die Rechte Stützpunkt Bremerhaven“ umbenannt. Diese Seite war bereits im Juli nicht mehr abrufbar. Ein ehemaliger Funktionär des NPD-Kreisverbands Bremerhaven setzte sich für die Neugründung eines Bremer Ablegers der Partei „Die Rechte“ ein und übernahm im August 2018 deren Vorsitz. Protagonisten dieser Gruppierung traten seitdem mehrfach mit Provokationen und Straftaten in Erscheinung. Für den kommenden Wahlkampf wurden Infostände der rechtsextremistischen Partei in Bremerhaven angekündigt.

2.7 „Freie Kräfte“

Das Spektrum der „Neonationalsozialisten“ (Neonazis) oder „Freien Kräfte“ weist, wie schon die Namensgebung andeutet, innerhalb der rechtsextremistischen Szene bereits seit Mitte der 1990er-Jahre auf die Strategie der Auflösung fester Organisationsstrukturen hin. Führungsfiguren der rechtsextremistischen Szene entwickelten zu dieser Zeit Konzepte, die wie das der „Freien Nationalisten“, darauf abzielten, repressiven Maßnahmen, strafrechtlicher Verfolgung, Organisationsverboten sowie gesellschaftlichem Druck aus dem Wege zu gehen. Die informelle Vernetzung soll weniger Angriffsfläche für staatliche Gegenmaßnahmen oder gesellschaftliche Kritik bieten. So begannen bereits zu dieser Zeit Protagonisten dieser Szene das Medium Internet für ihre Zwecke zu nutzen. Vermeintlich anonym, meist auf Servern im Ausland, wurde der einsetzende „Digitale Wandel“ von Rechtsextremisten propagandistisch zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie genutzt. Auch wenn die Positionierungen zu dieser Zeit verhältnismäßig eindeutig waren und rassistische und nationalsozialistische Konnotationen häufig im

¹⁴ <https://die-rechte.net/>

Vordergrund standen, so riefen Führungsfiguren der Szene zur Steigerung der gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit bereits dazu auf, möglichst breientaugliche Themenfelder zu besetzen.

Innerhalb des Berichtszeitraums konnten – vor allem in den heterogenen Communities sozialer Netzwerke – immer wieder Personen festgestellt werden, die ehemals verbotenen Organisationsstrukturen angehörten, wie beispielsweise der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Autonome Nationalisten“ (ANS/NA), der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), der „Nationalistischen Front“ (NF) oder der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) und sich an Foren, Initiativen oder Kampagnen beteiligten. Häufig wird in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Auflösung verbotener Organisationsstrukturen nicht zwangsläufig mit einer Deradikalisierung und politisch-extremistischer Inaktivität ihrer Anhänger einhergeht. Diese können auch außerhalb ihrer ehemaligen Strukturen weiterhin menschenverachtende rechtsextremistische Positionen vertreten und in die Gesellschaft tragen. Hierfür finden sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene Bremens vielerlei Beispiele, auf die im nachfolgenden exemplarisch eingegangen wird.

2.8 „Europäische Aktion“ (EA)

So hatte sich beispielsweise im Frühjahr 2018 ein Rechtsextremist das Leben genommen, der über viele Jahre als Führungsfigur in der Bremer Szene aktiv war und sich in der Vergangenheit als Führungsfunktionär für die FAP und später die HNG engagierte. In den letzten Jahren war dieser bestrebt, einen Stützpunkt der „Europäische Aktion“ (EA) in Bremen zu etablieren. Die EA wurde im Jahr 2010 unter Beteiligung ehemaliger Mitglieder der im Mai 2008 verbotenen Gruppierungen „Collegium Humanum“ (CH) und dem „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) u. a. von einem Schweizer Rechtsextremisten und Holocaustleugner gegründet. Die EA zielte auf einen Staatenbund ab, der unter dem Namen „Europäische Eidgenossenschaft“ die EU und NATO ablösen sollte. Ausweislich ihrer Internetpräsenzen, deren Beiträge eine islamfeindliche, stark revisionistische, antiamerikanische, antisemitische bis offen rassistische Programmatik aufwiesen, sah die EA ihre Aufgabe in der „Befreiung“ und dem „Kampf um die Selbständigkeit unseres Kontinents“. Die europäische Kultur sei

schrittweise zugrunde gegangen und der Anteil der weißen Weltbevölkerung sei von 30 Prozent gegen 10 Prozent gesunken. In typisch revisionistischer Manier wandte man sich gegen angebliche Denk- und Redeverbote, die ihren „gemeinsamen Mittelpunkt in den Gaskammern von Auschwitz“ hätten oder prangerte die angeblich „raumfremde Bevormundung“ des deutschen Volkes an.

Bedeutung erreichte die EA vor allem dadurch, dass unter ihrem organisatorischen und ideologischen Dach Rechtsextremisten mit unterschiedlichen Ausrichtungen zusammenarbeiteten. In die Führungsstruktur der EA waren namhafte Rechtsextremisten eingebunden, die über weitreichende Verbindungen in alle Spektren des deutschen und ausländischen Rechtsextremismus verfügten. Der EA gelang es mit einer aggressiven Rhetorik, Zugänge zu jüngeren rechtsextremistischen Führungspersonen und somit auch zum Umfeld der aktionsorientierten neonazistischen Kameradschaftsszene aufzubauen.

Nach eigenen Angaben unterhielt die EA Landesgruppen in Deutschland, England, Frankreich, Kroatien, Liechtenstein, Österreich, Russland, der Schweiz, Spanien, der Ukraine und Weißrussland. In Deutschland war die EA in allen Bundesländern vertreten und streng hierarchisch strukturiert. Ihre Mitstreiter sammelten sich in kleinen regionalen Gruppen – den „Stützpunkten“ – die von einem Gebietsleiter geführt wurden und der seinerseits der „Landesleitung“ im jeweiligen Staat unterstand. Als Landesleiter Deutschland fungierte ein früherer NPD-Mandatsträger und Publizist der rechtsextremistischen Szene aus dem niedersächsischen Umland.



Abbildung 6: „Wordcloud“ der häufigsten Wörter aus den Beiträgen des Facebookprofils „Europäische Aktion“ (2016)

Die EA wies mit ihren stark ausgeprägten revisionistischen, anti-imperialistischen Positionierungen besonders große ideologische Schnittmengen zu dem heterogenen Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ auf (vgl. 2.10).¹⁵

In Bremen konnten im Jahr 2012 erste Organisationsbezüge hiesiger Rechtsextremisten zur EA festgestellt werden. Mehrfach wurden Flugblätter verteilt, die als Kontaktadresse die „Informationsstelle Norddeutschland“ sowie den Landesleiter der EA auswiesen. Darüber hinaus zeichnete sich dieser auch als im Sinne des Presserechts für ein Flugblatt unter dem Motto „Eine Rose für Daniel“ verantwortlich, mit dem zum Gedenken an ein Tötungsdelikt in Kirchweyhe mobilisiert wurde und erschien neben dem damaligen Landesbeauftragten des Bremer Ablegers der Partei „Die Rechte“ bei der Anklageverlesung vor dem Landgericht Verden. Auf einschlägigen Facebookprofilen wurde Bildmaterial hierzu

¹⁵ Diese betrachten Deutschland als „besetztes Land“ und bestreiten aus unterschiedlichen Beweggründen die Souveränität der Bundesrepublik sowie die Legitimität von Verwaltungshandeln. Hierbei berufen sie sich z. B. auf den Fortbestand eines „Deutschen Reichs“ und wenden sich gegen den Bestand des Staates sowie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ein geringer Teil des heterogenen Spektrums der Reichsbürger und Selbstverwalter ist rechtsextremistischen Strukturen zuzurechnen oder positioniert offen rechtsextremistisch.

veröffentlicht. Am 10. Juni 2017 erklärte die EA ihre Auflösung. Rechtsextremisten aus Bremen, die sich an Treffen der EA beteiligten, sind nach wie vor in der Szene aktiv.

2.9 „Identitäre Bewegung Bremen“ (IBB)

Auch die „Identitäre Bewegung Bremen“ (IBB) ist unter maßgeblicher Beteiligung von Protagonisten ins Leben gerufen worden, die zuvor dem Spektrum der „Freien Kräfte“ zuzuordnen waren und u. a. als „Freie Nationalisten“, bei den „Jungen Nationaldemokraten“ sowie der NPD oder den „Autonomen Nationalisten“ in Erscheinung traten.

Zum Hintergrund: Die „Identitäre Bewegung“ (IB) ist im Jahr 2012 aus der französischen „Génération Identitaire“ hervorgegangen und hatte erstmals maßgeblich dazu beigetragen, dass sich europaweit Aktivisten der rechtsextremistischen Szene über soziale Medien vernetzten. Allen voran im Facebook, wo sich zeitweise über 100 „Identitären“-Profile abrufen ließen.¹⁶

Prägendes Element des ideologischen Unterbaus der Gruppierung sei nach ihrem Selbstverständnis die „Identität“, die sich aus dem Konzept des Ethnopluralismus herleite. Grundlegende Annahme des Ethnopluralismus ist die Verschiedenartigkeit der Völker, die durch Migrationsprozesse bedroht würden. Das würde Menschen entwurzeln und kulturelle Identitäten vernichten. Ethnivielfalt könne letztlich nur durch die Trennung der Völker bewahrt werden, wobei Ethnopluralisten in diesem Zusammenhang versuchen, sich von Rassismus zu distanzieren und darauf abzustellen, dass sich Menschen nicht nur aufgrund ihrer „Rasse“, sondern aufgrund kultureller, regionaler und geografischer Faktoren unterscheiden würden.

Den Auftakt ihres propagandistischen „Erfolges“ bildete u. a. die erfolgreiche Verbreitung eines Videoclips: In der sogenannten „Déclaration de Guerre“ („Kriegserklärung“) machten junge Menschen – in kurzen, emotional ansprechenden

¹⁶ Seit Mitte 2018 wurden die Facebookprofile der Gruppierungen von Facebook gelöscht, weil sie gegen die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ (AGB) verstoßen.

Sätzen – beispielsweise eine „aufgezwungene Vermischung der Rassen“ oder die Übervorteilung von „Fremden“ als Ursachen für soziale Probleme aus.

In den darauffolgenden Jahren führten „Identitäre“ Plakat-Aktionen oder „Flashmobs“ durch, verteilten Flugblätter und inszenierten sich medial. Öffentliche Bekanntheit erlangten sie 2016 mit der medial aufbereiteten „Besetzung“ des Brandenburger Tors. Verteilt auf zahlreichen Netzwerkprofilen gelang es ihnen, eine Vielzahl von Menschen zu erreichen, die sich ansonsten nicht mit der klassischen Propaganda von eindeutig erkennbaren rechtsextremistischen Organisationen auseinandergesetzt hätten.

Dafür gaben sich die Protagonisten „patriotisch“ und distanzieren sich vorgeblich vom Rechtsextremismus. Ideologische Positionen wurden zunehmend abstrahiert und in den Hintergrund gestellt. Der Fokus wurde immer mehr auf Bedrohungsszenarien und die Vermarktung ihrer Aktionen in den sozialen Medien gerichtet. Quantitativ lässt sich dies zum Beispiel anhand von Clusteranalysen¹⁷ oder Wortfrequenzmessungen abbilden: Die Entwicklung der relativen Worthäufigkeiten innerhalb der Textbeiträge auf dem Facebookprofil der „Identitären Bewegung Deutschland“ zeigen, gemessen am Vergleich der Jahresbeiträge aus 2013 und 2017, dass Begriffe, die inhaltlich vor allem dazu dienen, Bedrohungsszenarien und Feindbilder zu zeichnen sowie auf Rekrutierungs- und Unterstützungseffekte bei den

¹⁷ Unter „Clustern“ ist ein spezielles analytisches Verfahren zu verstehen, mit dem sich unstrukturierte textuelle Informationen in eine Ordnung bringen und dadurch visualisieren lassen. Dabei werden die Wörter nicht nur nach Häufigkeiten ausgezählt und sortiert, sondern auch durch ihr gemeinsames Aufkommen über verschiedene, individuell bestimmbare, mathematische Berechnungsverfahren untereinander in Verbindung gebracht, also „geclustert“. Die graphische Darstellung der textuellen Bezüge erfolgt daraufhin in sogenannten „Clusterdendogrammen“. Clusterdendrogramme zum IBD-Facebookprofil zeigen, dass in den Beiträgen 2013 Begriffe wie „Volk“, „Heimat“ oder „Kultur“ von zentraler Bedeutung waren. Im Jahr 2017 rückten bei den „Identitären“ Termini, wie z. B. „Aktivisten“, „Politik“, „Spenden“ oder „IBAN“ in den Vordergrund (vgl. Michael Adelmund/Ingmar Struck, „Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter rechtsextremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken, Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland“ (AfD), in: Armin Pfahl-Traughber: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I), Brühl 2018, S. 84-122)

Rezipienten abzielen zunehmend in das propagandistische Zentrum der „Identitären“ gerückt wurden (vgl. Abbildung 7).

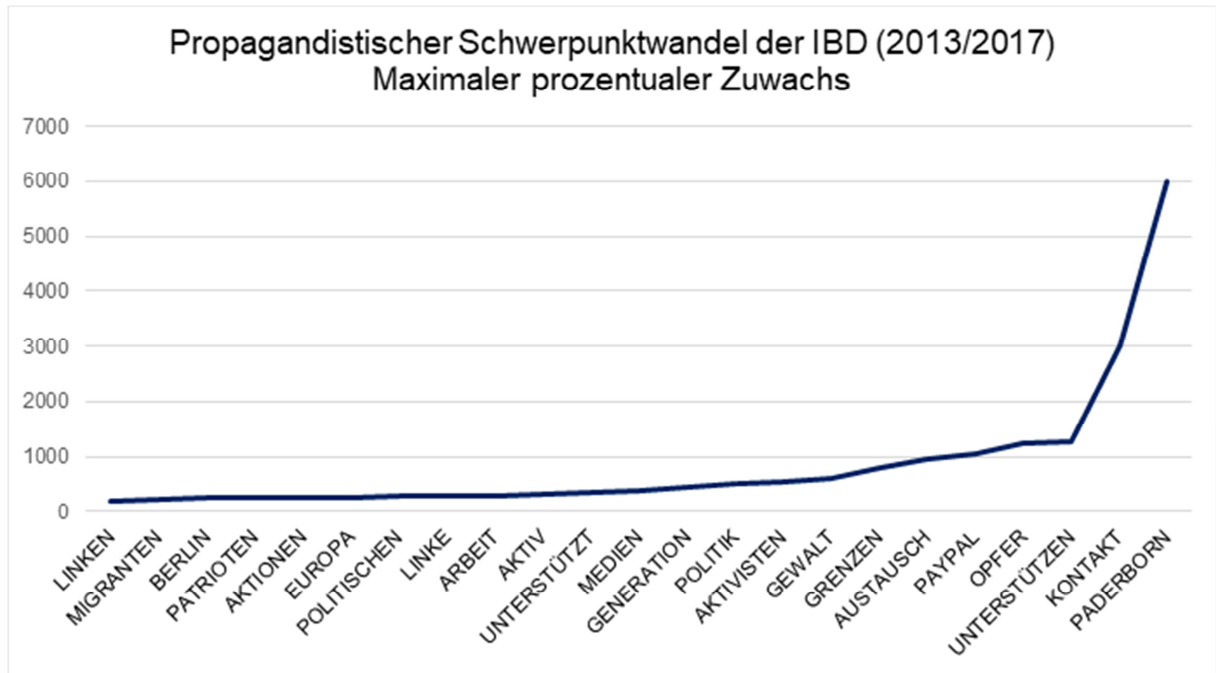


Abbildung 7: Wortfrequenzmessungen IBD (2013/2017). Maximale prozentuale Zuwachsraten der relativen Worthäufigkeiten.

Termini, aus denen sich der ideologische Unterbau der „Identitären“ erschließen lässt, wurden demgegenüber immer weiter in den Hintergrund gerückt (vgl. Abbildung 8).

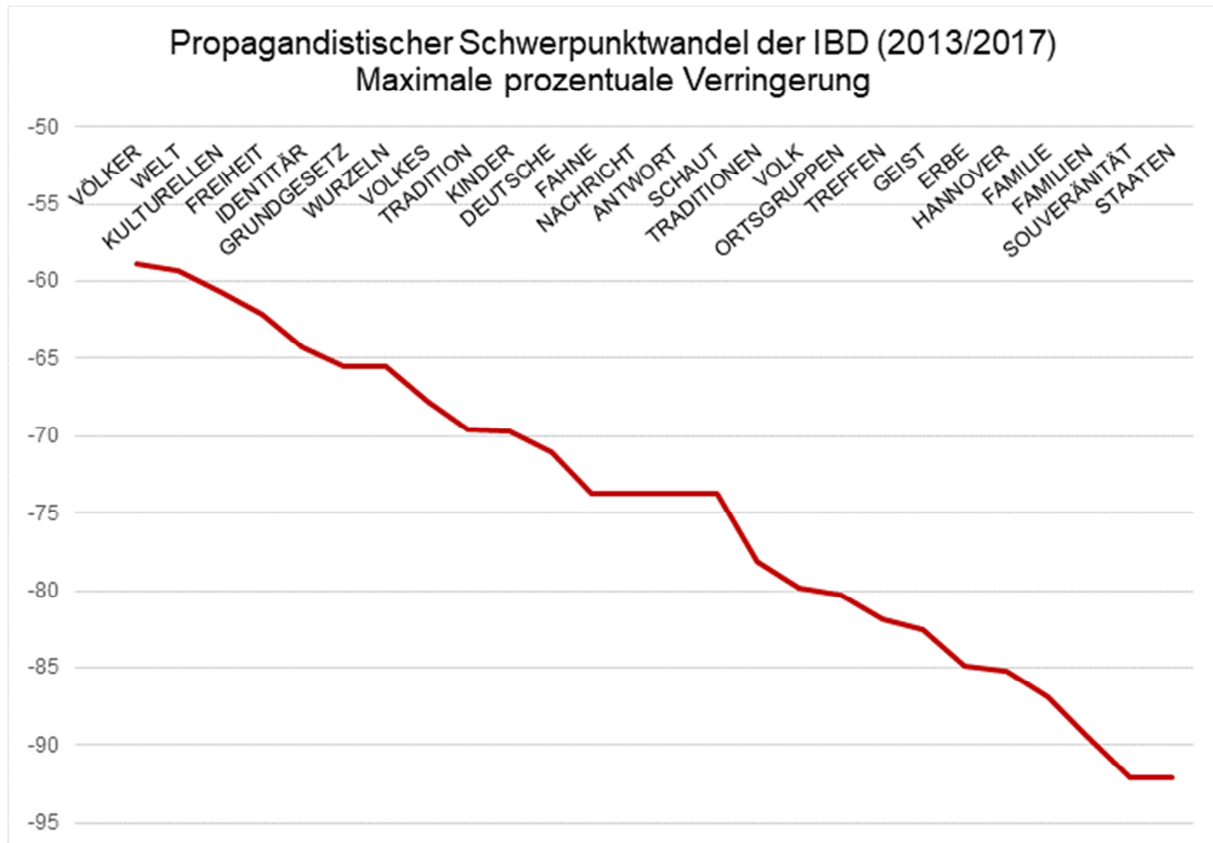


Abbildung 8: Wortfrequenzmessungen IBD (2013/2017). Maximale prozentuale Verringerung der relativen Worthäufigkeiten.

Mit ihrem Aktivismus, der Art ihrer Selbstinszenierung, der Beschränkung auf möglichst unverfängliche Kernaussagen und ihrer informellen Vernetzung übten „Identitäre“ eine vergleichsweise große Anziehungskraft aus. Wie sich diese strategische Anpassung auf die Verteilung von Beiträgen auswirkt, wird an einem konkreten Beispiel deutlich: Die „spannend“ aufbereiteten und musikalisch untermalten Videoclips von Kletteraktionen junger Menschen, in zum Teil schwindelerregender Höhe, weisen häufig nur in wenigen Sekunden auf ein politisches Statement hin, wie zum Beispiel „Remigration“. Was darunter zu verstehen sein soll, lässt sich erst nach der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Kampagnenbeschreibungen erahnen. Vieles wird in diesem Zusammenhang offengelassen. Besonders problematisch ist hierbei, dass gerade junge und aktionsorientierte Menschen solche Aktionen spannend finden, diese mit „Gefällt mir“ markieren oder „teilen“ und dadurch auch in Kauf nehmen, ggf. die Propaganda einer extremistischen Organisation in Umlauf zu bringen.

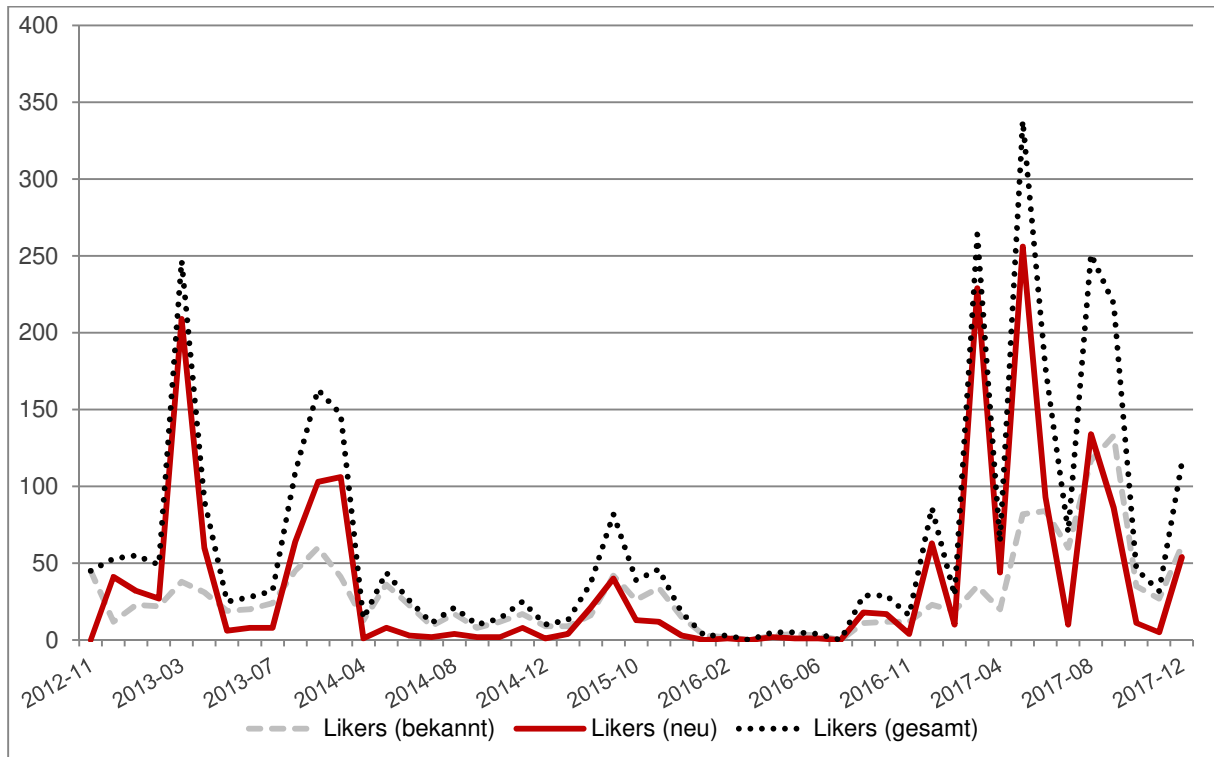


Abbildung 10: Zustimmungswerte am Beispiel der „Gefällt mir“-Markierungen der „Identitären Bewegung Bremen“ (IBB).¹⁸

Wachsende Kritik an der Gruppierung, ihren politischen Inhalten oder an der Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft führte wiederholt zu internen Differenzen und einer Abnahme der gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit der Bremer „Identitären“. Das Bremer Landesamt für Verfassungsschutz war bundesweit die erste Verfassungsschutzbehörde, die eine örtliche Gruppierung der „Identitären“ als rechtsextremistische Bestrebung einstufte.¹⁹ In seinen Verfassungsschutzberichten²⁰, im „5. Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen“ oder im Rahmen von Vortragsveranstaltungen²¹ wurde über die Gruppierung und

¹⁸ Die Grafik bildet die monatliche Gesamtzahl der aktiven „Gefällt mir“-Markierer ab und weist anhand einer kumulativen Betrachtung die Zahl „neuer“ und bereits „bekannt“er Likers aus.

¹⁹ In den meisten Bundesländern werden die Gruppierungen der „Identitären“ vom Verfassungsschutz beobachtet. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wird die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) als „Verdachtsfall“ geführt. Eine Klage der IBD ist anhängig.

²⁰ VSB 2012-2017

²¹ Konrad Adenauer Stiftung

Hintergründe dazu in Bremen informiert. Auch die lokale Presse berichtete wiederholt über die IBB oder deren Protagonisten.

Die „Identitären“ stellten sich hierauf ein, indem sie zunehmend die offenen Bezüge zum Rechtsextremismus verdeckten und ihre propagandistischen Aktionen nach außen möglichst unverfänglich gestalteten. Nichtsdestotrotz: Über mehrere Jahre haben Rechtsextremisten die IBB maßgeblich geprägt, dabei mitgewirkt, informelle „identitäre“ Strukturen in Bremen zu etablieren, sich breit zu vernetzen und die Idee des „Ethnopluralismus“ möglichst weit in die Gesellschaft zu tragen. Dabei können „Identitären“ keine Antwort auf die Frage vorweisen, wie sie ihre „ethnopluralistischen“ Positionen in die Tat umsetzen wollen. Sie präsentieren sich missverstanden und geben vor, sich von rassistischen oder extremistischen Haltungen zu distanzieren.

Unabhängig davon, welche Determinanten „Identitären“ heranziehen, um damit „Identität“ und Unterschiede zwischen Völkern bestimmen zu wollen: Das Ziel, ethnisch homogene Völker zu schaffen, impliziert zumindest eine Gesellschaftsordnung, in der sich das Individuum einem ethnisch determinierten Gemeinwohl unterzuordnen hätte. Gesellschaft würde in ihrer freien Entfaltung begrenzt, Menschen dadurch ungleich behandelt und in ihren Grundrechten beschränkt. Um dieses Ziel zu erreichen, propagieren die „Identitären“ aus Bremen Bilder von vermeintlich kriminellen Asylbewerbern oder islamistischen Terroristen, schüren Ängste, die mit verschwörungstheoretischen Ansätzen untermalt werden und machen Stimmung gegen Muslime und Migranten, gewählte Regierungsvertreter oder „Altparteien“.

2.10 Rechtsextremisten innerhalb des Spektrums der „Reichsbürger und Selbstverwalter“

Unter den sog. „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ werden Personen und Gruppierungen erfasst, die z. B. unter Berufung auf das Deutsche Reich – mit im Einzelnen unterschiedlichen Begründungen – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen. Als Folge hiervon werden das Grundgesetz, Bundes- und Landesgesetze sowie Bescheide von Behörden oder Urteile von Gerichten als nichtig erachtet. Demokratisch gewählte Repräsentanten der Bundesregierung verstehen „Reichsbürger“ als „Mitarbeiter“ einer „BRD GmbH“ und sprechen ihnen daher jegliche Legitimation ab. Dabei beziehen sich „Reichsbürger“ – je nach Gruppierung – auf unterschiedliche historische Situationen, z. B. 1871, 1914, 1918, 1933 oder 1937. Ihre Ideologie kann insofern stark revisionistische Bezüge aufweisen, die je nach Ausrichtung mit den verschiedensten Arten von Verschwörungstheorien angereichert werden. In Einzelfällen werden von „Reichsbürgern“ antisemitische Positionierungen vertreten. Auch wenn sich das Spektrum der Reichsbürger besonders heterogen darstellt, so ist den „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ gemein, dass sie die Bundesrepublik Deutschland als Staat sowie deren behördliche Vertreter ablehnen.

In Bremen stehen etwa 130 Personen im Verdacht, dem Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ anzugehören. Diese behindern die Arbeit von Behörden, Einrichtungen und Institutionen, und verfolgen hierbei das Ziel, gesetzliche Verpflichtungen nicht erfüllen zu müssen. Die Bandbreite der Störungen reicht dabei von der Leugnung der Existenz der Bundesrepublik Deutschland und der Gültigkeit ihrer Rechtsordnung über Störungen von Gerichtsverhandlungen, Drohungen, der Erhebung von vermeintlichen Ansprüchen gegenüber Verwaltungsbeamten, der Anfertigung heimlicher Ton- und/oder Filmaufnahmen bis hin zu Gewalt- und Tötungsdelikten. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aus Bremen engagieren sich an verschiedenen – zum Teil bundesweit aktiven – Gruppierungen. So konnten u. a. zunehmend Aktivitäten von Protagonisten aus Bremen festgestellt werden, die insbesondere in sozialen Netzwerken Aktivitäten entfalteten und zunehmend mit Mitarbeitern der bremischen Verwaltung in Kontakt traten, um beispielsweise die

„Feststellung ihrer Staatsangehörigkeit“, den sogenannten „Gelben Schein“²², zu beantragen, Ausweisdokumente abzugeben oder Steuer- und Bußgeldzahlungen zu verweigern. Innerhalb des Berichtszeitraums konnten im Bundesland Bremen verschiedene regelmäßig stattfindende Stammtische von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ festgestellt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, an Online-Stammtischen per Internettelefonie teilzunehmen.

Der Senator für Inneres informierte in Bremen über das Phänomen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“: Im Juni 2016 veröffentlichte das LfV ein Informationsschreiben nebst Handlungsempfehlungen im „Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterportal der Freien Hansestadt Bremen“ (MIP). Im Dezember 2016 erging ein Behördenerlass durch den Innensenator, wonach Anhänger dieses Spektrums ab sofort keine Waffenerlaubnisse mehr erhielten und bereits erteilte Genehmigungen aufgehoben wurden. Hinweise über „Reichsbürger und Selbstverwalter“ werden vom LfV entgegengenommen. Dieses bietet Vorträge zu der Thematik an oder beteiligt sich an der konzeptionellen Entwicklung von Handlungsstrategien in den Ressorts.

2.11 Rechtsextremistische Vertriebe

Die weite Vernetzung von Rechtsextremisten aus Bremen wird u. a. deutlich im Hinblick auf deren wirtschaftliches Agieren. Führungsfiguren der Bremer-Szene beteiligten sich innerhalb des Berichtszeitraums an unterschiedlichen Vertriebsstrukturen. Sie betrieben Szene-Labels wie z. B. „SF-Extremsport“, veröffentlichten Szene-Magazine, z. B. in dem Online-Shop „Soldatenbiographien“, veranstalteten „Zeitzeugenvorträge“, waren an der Organisation von „Kampfsportveranstaltungen“²³ beteiligt oder wirkten in privaten Sicherheitsdiensten mit. Immer dann, wenn mit der offenen Kommunikation rechtsextremistischer Ideologeme etwaige Umsatzeinbußen zu erwarten waren, präsentierten sich Rechtsextremisten nach außen eher distanziert und gaben sich als vermeintliche

²² „Feststellungen der deutschen Staatsbürgerschaft“ werden originär beispielsweise als Nachweise für Approbationen benötigt. Als Rechtsgrundlage für die Eintragung in das entsprechende Bundesregister wurde bis 2005 auf das „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ (RuStAG) verwiesen. Diesen Verweis bewerten Reichsbürger als Bestätigung für die vermeintliche Illegitimität der Bundesregierung. Den „Staatsangehörigkeitsausweis“ interpretieren sie insofern als neugewonnene Souveränität.

²³ So trat beispielsweise „SF-Extremsport“ als Sponsor für den „Kampf der Nibelungen“ in Erscheinung.

„Patrioten“. Lokalitäten für Veranstaltungen werden häufig von „Stroh Männern“ unter falschem Vorwand angemietet. Fehlende Öffentlichkeit bei geschlossener Gesellschaft soll behördliches Einschreiten erschweren.

2.12 „Junge Alternative Bremen“ (JA Bremen) und „Der Flügel“

Im Oktober 2016 wurde die JA Bremen als Teil des Bundesverbandes der JA in Bremen-Farge gegründet.²⁴ Seit diesem Zeitpunkt ergingen wiederholt Hinweise darauf, dass Anhänger der Parteiuntergliederung aus Bremen enge Verbindungen in die rechtsextremistische Szene aufwiesen. Bis zum September 2018 prüfte das LfV Bremen offen zugängliche Informationen über die Gruppierung auf tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass es sich um eine rechtsextremistische Bestrebung handeln könnte.

Im Rahmen des aufwendigen Prüfverfahrens ließen sich z. B. Belege dafür finden, dass führende Gründungsfunktionäre der JA Bremen bereits vor dieser Zeit in sozialen Netzwerken für die „Identitäre Bewegung“ in Erscheinung traten oder über Bezüge zu Personen verfügten, die in der Vergangenheit u. a. der NPD und deren Teilorganisationen sowie den „Autonomen Nationalisten“ zuzurechnen waren. Auch der weiter gefasste Personenkreis von Anhängern der Parteiuntergliederung aus Bremen wies enge Verbindungen zur IBB auf, die sich inhaltlich vor allem in der Übernahme „identitärer“ Kampagnen in den Profilbeiträgen der JA Bremen – vor allem im sozialen Netzwerk Facebook – widerspiegelte.

Eine Interaktionsanalyse am Beispiel der auf dem Facebookprofil der JA Bremen erfolgten „Gefällt mir“-Markierungen zeigte, dass die Bremer im Bundesvergleich die höchste gemeinsame Schnittmenge mit rechtsextremistischen Interaktionären von NPD und „Identitärer Bewegung“ aufwiesen.²⁵ Die Beiträge der JA Bremen in sozialen Medien stellen inhaltlich vor allem auf Bedrohungsszenarien zu „kriminellen

²⁴ JA (2015): Bundessatzung der Jungen Alternative für Deutschland. 10.01.2015 Internetseite: www.jungealternative.com; https://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel.-Bremer-Landesverband-der-AfDJugend-in-Farge-gegruendet-arid,1478266.html

²⁵ Michael Adelmund/Ingmar Struck, „Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter rechtsextremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken, Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland (AfD)“, in: Armin Pfahl-Traughber: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I), Brühl 2018, S. 84-122.

Ausländern“, „islamistischem Terrorismus“ oder „Linksextremismus“ ab. Mit Statements aufbereitet, wie z. B. „abschieben“²⁶ oder „Linken Terror stoppen!“²⁷ werden diffamierende Stereotypenbilder bedient, die sich gegen die Menschenwürde richten: Aufgrund eines Facebookbeitrags der JA Bremen, in dem Flüchtlinge als „Invasoren“, „nutzlos“ und „kriminell“ bezeichnet wurden, leitete die Staatsanwaltschaft Bremen ein Verfahren wegen § 130 StGB Volksverhetzung ein (vgl. 4.2 „Hasspostings“). Die JA Bremen nutzt ein breites Spektrum in der rechtsextremistischen Szene gängiger Argumentationsmuster. So wird z. B. auf die „Opferrolle“ Deutschlands im zweiten Weltkrieg abgestellt²⁸, ein drohender und von der Regierung geplanter „Volkstod“ propagiert²⁹ oder ein „froher Reichsgründungstag“ gewünscht und in diesem Zusammenhang zu „Nationalstolz“ aufgerufen.

Die personelle Nähe zwischen JA Bremen und IBB zeigt sich u. a. an folgendem Beispiel: Im August 2017 „outete“ sich ein ehemaliges Mitglied der JA Bremen als „Identitärer“ und gab vor, aus der AfD ausgetreten zu sein, weil dieser von der Parteiarbeit „desillusioniert“ wäre und über den Zeitraum seiner einjährigen Mitgliedschaft erkannt habe, dass Parteien und ihre „politische Trägheit“ nichts für ihn seien. Unter Beteiligung eines Führungsfunktionärs der JA Bremen engagierte sich dieser für den von der „Identitären Bewegung“ beworbenen „90Grad“-Podcast, der auf Youtube, Facebook und Twitter abrufbar war.³⁰ Hierfür wurden mehr als 15 Folgen mit meist etwa eineinhalb Stunden Laufzeit aufgenommen, in denen inhaltlich vor allem aktuelle Themen aus „neurechter“ Perspektive diskutiert wurden, wie beispielsweise die Wahl in den USA, die „Identitären-Demo“ im Juni 2017 in Berlin, Angriffe auf Infostände der „Alternative für Deutschland“ (AfD) oder das Massaker von Charlottesville. Einzelausgaben dieses Podcasts befassten sich unter anderem mit einer „neurechten“ Analyse von Computerspielen sowie der theoretischen Auseinandersetzung mit den Vordenkern der „neuen Rechten“, wie Renauld Camus.

²⁶ Facebook-Beitrag vom 18.02.2018

²⁷ Facebook-Beitrag vom 06.06.2017

²⁸ Facebook-Beitrag vom 13.02.2015

²⁹ Facebook-Beitrag vom 03.02.2018

³⁰ www.blog.identitaere-bewegung.de (gesehen am 02.01.2019)

Der Podcast ermöglichte es Interessierten, sich mit den Themen der „neuen Rechten“ auseinanderzusetzen, ohne Veranstaltungen der Gruppe zu besuchen. Die Sprecher gaben sich in den Gesprächsrunden freundlich und wenig elitär. Auch ohne bewegte Bilder erschien das Format gerade für junge Menschen sehr ansprechend. Die Inhalte machten deutlich, wie ähnlich sich „Junge Alternative“ und „Identitäre Bewegung“ auf theoretischer Ebene und in der inhaltlichen Ausrichtung sind. Die Facebook-Seite und der Twitter-Kanal sind inzwischen nicht mehr abrufbar. Ein Youtube-Kanal ist nach wie vor existent, enthält aber keine abrufbaren Videos mehr.³¹

Die JA Bremen ist aufgrund der festgestellten Tatsachen, die auf eine rechtsextremistische Bestrebungen hindeuten, seit September 2018 gem. § 3 BremVerfSchG Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz.³² Bremen und Niedersachsen waren – gefolgt von Baden-Württemberg – die ersten Bundesländer, in denen Landesverbände der JA in den Fokus der Verfassungsschutzbehörden rückten.³³ Im Verbund der Sicherheitsbehörden nahm daraufhin die Diskussion um die rechtsextremistische Einflussnahme auf Parteiuntergliederungen der AfD an Fahrt auf. Innerhalb der Partei wurde ein rechtswissenschaftliches Gutachten bestellt, in dem auf die Verwendung bestimmter Begriffe hingewiesen wurde, weil diese Anhaltspunkte für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz liefern könnten.³⁴ Der Landesverband der JA in Niedersachsen wurde aufgelöst und im Dezember 2018 empfahl der Landesverband der AfD Bremen der JA Bremen per Beschluss, sich ebenfalls aufzulösen.

Am 15. Januar 2019 erklärte das Bundesamt für Verfassungsschutz die „Junge Alternative“ (JA) zum Verdachtsfall und bestätigte in diesem Zusammenhang den Kurs, den das kleinste Bundesland bereits im September 2018 einleitete. Damit unterstrich das BfV die Position, die Bremen bei der Innenministerkonferenz im

³¹ Stand: 2. Januar 2018

³² Presseerklärung des Senators für Inneres vom 3. September 2018

³³ Zuvor waren es bundesweit lediglich Einzelpersonen, die als Parteimitglieder auch der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden konnten.

³⁴ www.sueddeutsche.de „Gutachten bringt AfD weiter in Bedrängnis“ (Artikel vom 4. November 2018)

November 2018 in Magdeburg einnahm: Der Innensenator wies dort auf die großen Überschneidungen zwischen Akteuren der AfD und rechtsextremistischen Gruppierungen hin und forderte hierzu dringend und rasch genauere Analysen.

Neben der JA wurde auch „Der Flügel“, ein Personenverbund innerhalb der AfD zum Verdachtsfall deklariert. Dem BfV liegen zu beiden Teilorganisationen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich um eine extremistische Bestrebung handelt, die eine Bearbeitung als Verdachtsfall rechtfertigt. Grund dafür ist in beiden Fällen vor allem die Vielzahl an fremden- und muslimenfeindlichen Äußerungen, die auf ein politisches Konzept hindeutet, das Ausgrenzung, Verächtlichmachung und die weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern vorsieht. Ein solches politisches Konzept richtet sich gegen die Garantie der Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip als Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Der Innensenator hat dem LfV am 24. Januar 2019 seine Zustimmung erteilt, der Einstufung durch das BfV zu folgen. Der Staatsrat und der Leiter des LfV unterrichteten am 25. Januar 2019 die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission. Damit sind die JA und der „Flügel“ auch in Bremen Beobachtungsobjekte des Landesamts für Verfassungsschutz und werden als „Verdachtsfälle“ bearbeitet. Die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird von hier aus voll und ganz unterstützt, entsprechende Informationen werden zur weiteren Aufklärung an das Bundesamt überliefert.

Bremen hat an diesem Beispiel einen bedeutsamen Beitrag im Kampf gegen die neuen rechtsextremistischen Erscheinungsformen geleistet, die vor allem auf eine gesteigerte gesellschaftliche Anschlussfähigkeit fremdenfeindlicher Ideologeme abzielen. Rechtsextremisten gelingt es zunehmend mit Hilfe übersteigerter Bedrohungsszenarien besonders viele Menschen zu erreichen und auf diese Weise Ängste zu schüren und Hass zu säen. Diese Strategie hat Folgen: Es ist eine Erosion der Abgrenzbarkeit des Rechtsextremismus zu verzeichnen – Akteure vernetzen sich innerhalb heterogener Spektren, in denen sie Menschen beeinflussen und aus denen immer mehr Einzeltäter und radikalisierte Kleingruppen hervorgehen.

3. Rechtsextremisten in heterogenen Netzwerken: „Populismus“ als Propagandastrategie zur Steigerung der Anschlussfähigkeit

Von herausragender Bedeutung für die informelle Vernetzung und die Steigerung der Anschlussfähigkeit von Rechtsextremisten war innerhalb des Berichtszeitraums das propagandistische Potential, das soziale Medien boten. Rechtsextremisten bewegten sich in der Vergangenheit eher im „gesellschaftlichen Abseits“. Sie führten z. B. konspirativ organisierte Stammtischtreffen durch, an denen sich nur beteiligen durfte, wer eine Empfehlung vorzuweisen hatte. Anhängerschaft drückte sich vor allem in festen Mitgliedschaftsverhältnissen aus, die mit Verpflichtungen verbunden waren, wie z. B. Beitragszahlungen oder der Teilnahme an Mitgliederversammlungen. Propagandamaterial musste finanziert und beschafft, Veranstaltungen organisiert werden.

In den letzten Jahren konnten Rechtsextremisten vermehrt das organisatorische und propagandistische Potential sozialer Medien für solche Zwecke nutzen. Mit einfachen und nach außen hin möglichst unverfänglich erscheinenden Parolen gelang es vielen von ihnen, Interesse auf sich zu ziehen, ihre politischen Ideen und fremdenfeindliche Positionen an neue Adressaten heranzutragen. Ohne finanzielle oder zeitliche Verbindlichkeiten konnte auch überregional ein Vielfaches an Adressaten erreicht und neue Interessenten gewonnen werden. Der Kostenaufwand für solcherart politische Propaganda und Veranstaltungswerbung ist gering. Damit wichen die klassischen Formen fester – und mit repressiven Maßnahmen belegbarer – Organisationsstrukturen zunehmend den informellen Netzwerken heterogener Communities.

Eine besondere Anziehungskraft war insofern auf populistisch aufbereitete Propaganda zurückzuführen, über die – beispielsweise in Form von vereinfachten, zum Teil diffamierenden Stereotypenbildern und Schuldzuweisungen – Feindbildszenarien befördert wurden. So empfanden beispielsweise 89 Prozent der in der Studie der EU-Agentur für Grundrechte befragten Juden den im Internet und den sozialen Medien verbreiteten Antisemitismus als am problematischsten. Auch vermeintliche Bedrohungsszenarien wie die „Entgrenzung der Völker“, die „Islamisierung Deutschlands“ oder der „Volkstod“ sind neben „linksextremistischer Gewalt“, „islamistischem Terror“ oder imperialistischen Verschwörungstheorien

dauerhaft wiederkehrende Motive in rechtsextremistischer Propaganda. Rechtsextremisten versprechen sich davon Solidarisierungseffekte. Inszeniert als „Opfer“ und angereichert mit simplifizierenden Schuldzuweisungen lassen sich breitere Teile der Gesellschaft ansprechen und daraus größere Zustimmungswerte generieren, als mit offenem Rassismus oder nationalsozialistischen Parolen.

In kürzester Zeit können sich vor allem in virtuellen Communities Atmosphären aus übersteigerten Bedrohungsszenarien entwickeln, die Bilder von „mordenden und vergewaltigenden Ausländern“ zeichnen, die als „Asylbetrüger“ das Sozialgefüge und unseren Rechtsstaat zum Einsturz brächten. Das Gefährliche daran: Mit den wachsenden Ängsten, die bei den Empfängern solcher Bedrohungsszenarien ausgelöst werden, geht auch eine gesteigerte Gewaltakzeptanz zur Abwehr dieser vermeintlichen Gefahren einher. Rechtsextremisten nutzen in diesem Zusammenhang jedes vermeintliche Argument, mit dem sie ihre Thesen zu untermauern versuchen. Neben „Fake-News“, pseudowissenschaftlichen Verlautbarungen oder aufstachelnd manipulierten „Headlines“ von geteilten Beiträgen greifen sie allerdings auch auf seriöse Presseberichterstattung zurück, auf Polizeimitteilungen oder aus dem Zusammenhang gerissene Extrakte wissenschaftlicher Ausarbeitungen.

Geschehnisse, wie sie anlässlich der Silvesternacht von 2015 auf 2016 in Köln zu verzeichnen waren, üben insofern einen ganz entscheidenden Einfluss auf den propagandistischen Erfolg von Rechtsextremisten und deren Vernetzung in heterogenen Spektren aus. Im Bereich des Kölner Hauptbahnhofs kam es zu zahlreichen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, zu Eigentums- und Körperverletzungsdelikten. Bei einem Großteil der überwiegend aus dem nordafrikanischen bzw. arabischen Raum stammenden Beschuldigten handelte es sich um Asylsuchende oder Personen, die sich illegal in Deutschland aufhielten. Dieser Sachverhalt erfuhr nicht nur in der internationalen Presseberichterstattung große Aufmerksamkeit.

Solche Anlässe können dazu führen, dass sich gesellschaftliche Sorgen und Ängste in Form von zuwanderungskritischen Positionierungen entladen und so begünstigend auf Radikalisierungsprozesse auswirken. Einzelfallprüfungen zu Rechtsextremisten aus Bremen wiesen in den Folgetagen der Silvesternacht auffällig erhöhte

Interaktionszahlen in den öffentlich einsehbaren Communities sozialer Medien auf. Dieser Sachverhalt konnte also instrumentalisiert werden, um das Feindbild „Fremder“, bzw. „Ausländer“, „Asylbewerber“ oder „Flüchtling“ mit Kriminalität zu verbinden und den fehlerhaften Umgang hiermit als pauschales „Staatsversagen“ zu vermarkten.

Unter Rechtsextremisten verbreitet ist daher die Lesart, dass als „Patriot“ zum Schutz „unseres Landes“ das Recht in die „eigene Hand“ zu nehmen sei. „Der Staat“, „die Regierung“ oder „die Altparteien“ werden in diesem Zusammenhang häufig zur Ursache eines Problems deklariert. Politische Gegner würden Deutschland abschaffen wollen, imperialistische Besatzer übten Einfluss, um das Land zu schwächen; und in wenigen Jahren sei das deutsche Volk verloren, „einfach ausgetauscht“.

3.1 Rechtsextremistische Interaktionen in Facebook-Communities mit Bremen-Bezug

Soziale Netzwerke haben aus verschiedenen Gründen für Rechtsextremisten an Bedeutung gewonnen. Sie bieten ihnen die Möglichkeit, sich informell zu vernetzen, an breit angelegten Kampagnen oder Initiativen zu beteiligen und hierüber Einfluss auf politische Meinungsbildungsprozesse zu üben. Mit den Interaktionen, die auf rechtsextremistische Propaganda erfolgen, wie etwa das „Gefällt mir“-Markieren, Kommentieren oder „Teilen“ von Beiträgen, sind daher beträchtliche Auswirkungen verbunden: Sie bilden den Motor der jeweiligen Informationsverbreitung und prägen dadurch öffentliche Meinung.

Die im Bürgerschaftsbeschluss zum „6. Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen“ aufgeworfenen Fragestellungen nach einer veränderten Diskussionskultur bzw. salonfähig erscheinender fremdenfeindlicher oder antisemitischer Positionen bildeten daher den Anlass für ein Sekundäranalyseprojekt: Um die aus dem Auftrag der Bürgerschaft an den Senat der Freien Hansestadt Bremen hervorgehende sozialwissenschaftliche Problemstellung empirisch zu untersuchen, wurden die Teilergebnisse verschiedener Forschungsarbeiten zu diesem Themenkomplex zusammengetragen und mit Hilfe spezieller empirischer Verfahren analysiert. Auf der Grundlage von – im Rahmen der weiteren Verarbeitung – anonymisierten Informationen aus Facebook-Communities

mit Bremen-Bezug galt es zunächst Indikatoren zu bestimmen, anhand derer sich Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus sowie eine Diskursverschiebung oder Entgrenzung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus untersuchen lassen. Aus analytischer Perspektive kommen dafür vor allem die strukturellen Daten aus Interaktionsmessungen sowie die inhaltliche Analyse der unstrukturierten Textinformationen aus den Beiträgen und Kommentaren in Betracht.

3.2 Interaktionen auf den Profilen rechtsextremistischer Organisationen

Interaktionsmessungen dienen z. B. der Feststellung von Beitragszahlen oder -typen, die auf Community-Profilen in Bremen veröffentlicht wurden, der Bestimmung von Nutzerzahlen oder deren Aktivitäten sowie in konkreten Fällen der Identifikation von denjenigen Profilen, die sich an der Verbreitung der Propaganda rechtsextremistischer Bestrebungen beteiligt und diese dadurch unterstützt haben. Linguistische Analysen – wie beispielsweise Wortfrequenzmessungen – ermöglichen es, für bestimmte Zeiträume anhand von Häufigkeiten bestimmter Termini quantitative Anhaltspunkte für inhaltliche Schwerpunkte und ggf. Haltungen zu bestimmten Themen zu gewinnen (vgl. 3.3 Linguistische Analysen: Wortfrequenzmessungen zur Diskursverschiebung).

Um aus den Facebook-Communities mit Bremen-Bezug adäquate Untersuchungsansätze zu generieren wurde – unabhängig von den vielen verschiedenen Facetten des soziologischen oder juristischen Verständnisses von Rechtsextremismus – ein Abgleich mit den in dem Verfassungsschutzbericht des Landes Bremen aufgeführten rechtsextremistischen Bestrebungen durchgeführt.

Hierüber konnten folgende – und zu dem Zeitpunkt der Messung öffentlich abrufbare – relevante Facebook-Profile identifiziert werden:³⁵

NPD-Bremen (NPDHB)	www.facebook.com/npdhb
NPD-Bremerhaven (NPDBHV)	www.facebook.com/npdbremerhaven
Identitäre Bewegung Bremen (IBB)	www.facebook.com/identitaerehb

³⁵ VSB HB 2017; 3.3.3 „Identitäre Bewegung“; S.27 – 3.3.5 NPD, S.31

Auf diesen drei Profilen wurden 1.597 Beiträge veröffentlicht, darunter:

- **762 Fotos**
- **478 Verlinkungen**
- **257 Videos**
- **92 Status-Meldungen**
- **4 Notizen**

Die in den rechtsextremistischen Communities aus Bremen veröffentlichten Beiträge wurden mit

- **14.620 „Gefällt mir“-Markierungen**³⁶
- **1.799 Kommentaren** (unmittelbar³⁷)
- **9.641 Teilungen**

belegt.

Die größte propagandistische Wirkung entfalteten die Beiträge der „Identitären“ aus Bremen. 62 Prozent der „Gefällt mir“-Markierungen, 72 Prozent der Kommentare und 64 Prozent der Teilungen³⁸ erfolgten auf die 835 Posts der Gruppierung. Insbesondere der Beitragstyp „Foto“ erfuhr in diesem Zusammenhang die größte Öffentlichkeitswirkung.

³⁶ Die „Gefällt mir“-Markierungen zu den Beiträgen erfolgten von insgesamt 2521 Nutzerprofilen: 1877 „Identitäre“, 402 NPD-HB, 252 NPD-Bhv.

³⁷ Kommentare, die auf diese Kommentare erfolgten, sind in diese Messung nicht eingeflossen.

³⁸ 9066 „Identitäre“-Likes, 1295 „Identitäre“-Kommentare und 6129 „Identitäre“-Teilungen

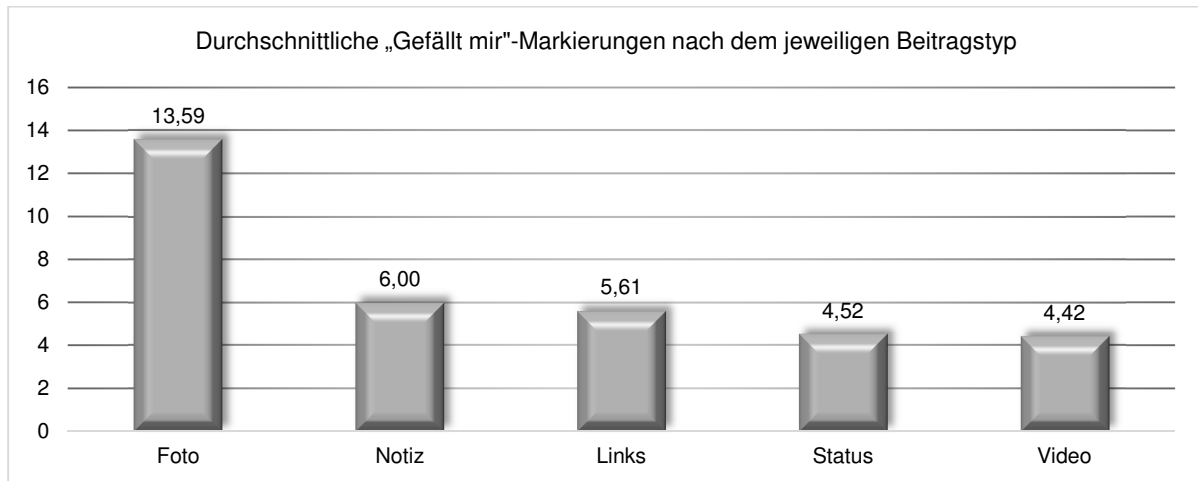


Abbildung 11: Durchschnittliche „Gefällt mir“-Markierungen zu den Beitragstypen auf rechtsextremistischen Profilen

Vor allem den mit kurzen Textbeiträgen versehenen Bildern ist in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung beizumessen. Prägnante Inhalte können auf diese Weise mit visuellen Eindrücken verknüpft werden, wodurch sie aus neurowissenschaftlicher Perspektive schneller gedanklich zu erfassen sind. Darüber hinaus bleiben solche Inhalte länger in der Erinnerung der Rezipienten.³⁹ Deren Interaktionen auf die Propaganda rechtsextremistischer Bestrebungen sind mit beträchtlichen Auswirkungen verbunden. Während „Gefällt mir“-Markierungen von Nutzern vordergründig als „Sympathiebekundungen“ mit einem „Daumen hoch“ verstanden werden, so nehmen diese faktisch jedoch eine ganz entscheidende Rolle in den Prozessabläufen der Informationsverbreitung ein.⁴⁰

„Likes“ funktionieren wie virtuelle „Flyer“-Verteilungen: Nutzer leiten dadurch Beiträge „öffentlich“ an eine unbestimmte Vielzahl der mit ihnen verbundenen Entitäten weiter.⁴¹ Würden Personen durch die Fußgängerzone eines Stadtzentrums laufen und dabei Flyer der NPD verteilen, stünde für jedermann außer Frage, dass diese

³⁹ Kroeber-Riel, W. : Bildkommunikation. Imagerystrategien für die Werbung, München 1993

⁴⁰ Vgl. Michael Adelmund/Ingmar Struck, „Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter rechtsextremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken, Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland“ (AfD), in: Armin Pfahl-Traughber: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I), Brühl 2018, S. 84-122.)

⁴¹ Diese Weiterleitung ist nicht von dauerhafter Art.

Verteiler als „Unterstützer“ für eine extremistische Organisation unterwegs sind. Diese Einschätzung geschähe völlig unabhängig vom jeweiligen Inhalt, also ob darin auf das Konzept der „Volksgemeinschaft“ abgestellt oder lediglich ein Weihnachtsgruß des aktuellen Parteivorsitzenden übermittelt würde. Hinzu kommt, dass Passanten kaum bereit wären, diese „Flyer“ anzunehmen. In sozialen Netzwerken hingegen müssten Nutzer zunächst erstmal extremistische Personen oder Inhalte identifizieren, um diese sodann „blocken“ und sich davor „schützen“ zu können. Darüber hinaus verbleibt so eine „Gefällt mir“-Markierung – wie eine werbende Unterschrift – mit dem jeweiligen Profilnamen des „Unterzeichners“ unter dem Beitrag des Ursprungsprofils.

Der propagandistische Effekt des öffentlichen „Teilens“ von Inhalten lässt sich zusätzlich mit der Plakatierung an einer „Litfaßsäule“ vergleichen, die der „Teilende“ virtuell – quasi „vor seinem Wohnsitz“ oder „in seinem Vorgarten“ für jedermann einsehbar – anbringt. Der Inhalt wird im Gegensatz zur „Gefällt mir“-Markierung dabei dauerhaft auf dem Profil des „teilenden“ Nutzers veröffentlicht. Weitere Formen der Interaktionen in sozialen Netzwerken rufen ähnliche Effekte hervor, so z. B. „Kommentare“, die sich negativ oder positiv auf einen Beitrag und die damit verbundene Organisation oder Person beziehen.

Interaktionen lassen sich daher nicht nur als Indikatoren für eine Anhängerschaft durch das Bekennen zu einer extremistischen Organisation und deren Inhalten heranziehen. Sie können darüber hinaus auch als Beleg für deren nachdrückliche Unterstützung dienen, wenn z. B. die Propaganda einer vom Verfassungsschutz eingestuften Bestrebung an eine Vielzahl von Adressaten weitergeleitet und dadurch verbreitet wird. Bei strafrechtlicher Relevanz, vor allem im Zusammenhang mit sogenannten Propagandadelikten – wenn die Symbolik verfassungsfeindlicher Organisationen verwendet wird oder der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist – können sich auch Fragen nach einer potentiellen „Mittäterschaft“, „Beihilfe“ oder „Anstiftung“ ergeben.

Hinzu kommt, dass mit solchen Interaktionen Wechselwirkungsprozesse verbunden sind, die nicht nur in „einschlägigen“ Communities zu beobachten sind: Überall dort, wo extreme politische Positionierungen konfrontative Feindbilder speisen, können „Likes“, Kommentare oder Teilungen zusätzliche Segregationsprozesse auslösen, es

werden z. B. Facebook-Freunde geblockt oder neue durch Solidarisierungs- oder Rekrutierungseffekte hinzugewonnen. Beide Reaktionsformen verbundener Personen-Entitäten verstärken den Effekt einer Verdichtung von gleichgelagerten politischen Inhalten innerhalb der virtuellen Atmosphäre betroffener Nutzer.

Interaktionen von Nutzern, die dazu beigetragen haben, dass die politische Propaganda von rechtsextremistischen Bestrebungen – oder solchen, die in dem Verdacht stehen, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu richten – durch „Gefällt mir“-Markierungen, Kommentare oder Teilungen verbreitet wurde, werden in den folgenden Untersuchungen als rechtsextremistische Interaktionen in die quantitative Erfassung einbezogen. Dies geschieht unabhängig davon, ob – insbesondere im verfassungsschutzrechtlichen Sinne – jede individuelle Interaktion ein ausreichendes Moment für eine nachrichtendienstliche Beobachtung aufweist.

Eine Betrachtung der Interaktionen, auf den – zum Zeitpunkt der Messung – erfassbaren rechtsextremistischen Communities aus Bremen, verwies auf Aktivitätsschwerpunkte und zeigte damit an, in welchen Monaten und mit welchen Inhalten es Rechtsextremisten im Land Bremen gelang, Öffentlichkeitswirkung zu generieren und dadurch Zustimmung zu erfahren (vgl. Abbildung 12: Interaktionsmessungen am Beispiel der „Gefällt mir“-Markierungen auf rechtsextremistischen Community-Profilen aus Bremen).

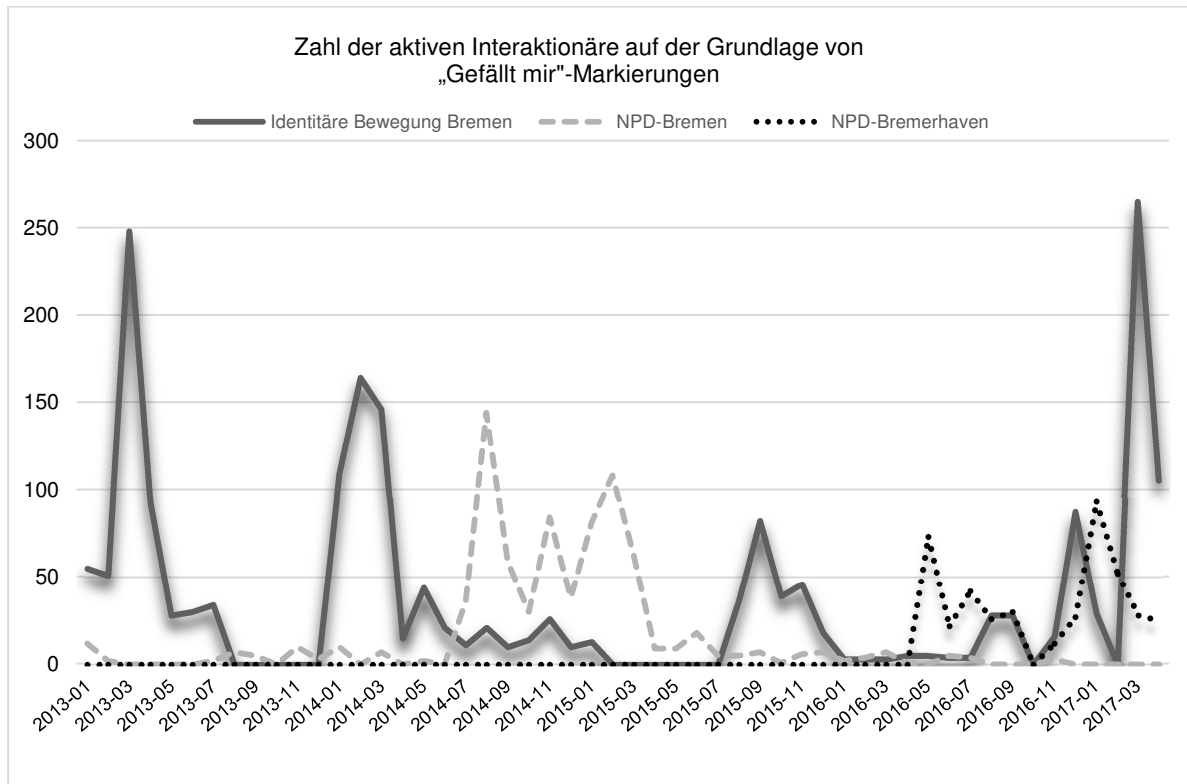


Abbildung 12: Interaktionsmessungen am Beispiel der „Gefällt mir“-Markierungen auf rechtsextremistischen Community-Profilen aus Bremen

Im März 2013 machte die IBB vor allem mit zwei Beiträgen über den gewaltsamen Tod von Daniel S. auf sich aufmerksam. Der Migrationshintergrund des Haupttäters wurde seither immer wieder aus der Szene heraus instrumentalisiert, um damit in Facebook-Communities das Szenario einer vermeintlich strukturellen Bedrohung durch Ausländergewalt zu untermauern.⁴² Einer dieser Beiträge stellt das Posting mit den dritthäufigsten „Gefällt mir“-Markierungen sowie den zweithäufigsten Teilungen innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraums dar. Im Folgejahr wurde das Beitragsbild ebenfalls durch dieses Thema geprägt und vom einjährigen Todestag von Daniel S. sowie der hierzu gegründeten Initiative „Wir sind Daniel“ bestimmt.

Die höchste Interaktionszahl auf dem Facebookprofil der IBB war innerhalb des Erhebungszeitraums mit einem Beitrag vom 26. März 2017 verbunden und bezog sich auf einen Fragenkatalog, der auf Internetseiten von Ver.di-Landesbezirken zum Download angeboten wurde. Dieser solle der „Denunziation“ und dem „Rufmord

⁴² Vgl. VSB2013 Bremen, S. 28 „Die Rechte“.

gegen patriotische Deutsche“ gedient haben. In diesem Beitrag hieß es weiter, die Gewerkschaft Verdi sei „eine neue Stasi, die zur Bespitzelung“ von Arbeitnehmern aufrufe.⁴³ In den späteren Monaten des Jahres 2017 erzielte die IBB mit weiteren Aktionsformen noch höhere Interaktionszahlen, bis deren Facebook-Profile Ende Mai 2018 durch Facebook gesperrt wurden.⁴⁴

Der NPD in Bremen gelang es zum ersten Mal im August 2014 erhöhte Zustimmungswerte zu generieren. Hier wurde ebenfalls auf Bilddateien abgestellt, auf denen Frauen oder Kinder abgebildet wurden und die mit kurzen, unverfänglichen Statements versehen waren. Weitere propagandistische Höhepunkte erzielte die kleine Bremer Parteiuntergliederung im November 2014 und im Februar 2015, indem sie mit Beiträgen zum Thema „Islamismus“, dem sogenannten „Terrorwochenende“⁴⁵ oder den Straftaten einer Gruppe unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge in Bremen die Ängste ihrer Rezipienten schürte und hohe Öffentlichkeitswirkung entfaltete.

Die NPD Bremerhaven wies im Mai 2016 sowie im Januar 2017 die höchsten Interaktionszahlen auf. Im Mai 2016 generierte die Partei durch eine Vielzahl von Bildbeiträgen Aufmerksamkeit. Inhaltlich stellten die Posts der Bremerhavener Parteiuntergliederung ebenfalls vor allem auf das Thema Zuwanderung ab:

- Bei einem dieser Fotobeiträge handelt es sich um einen geteilten Inhalt des Facebookprofils „NPD UB Ostfriesland/ Friesland“. Dieser zeigt im Hintergrund die Farben der Deutschlandfahne versehen mit dem Textzusatz „*Wer Deutschland nicht liebt, SOLL Deutschland VERLASSEN*“.⁴⁶ (sic!)

⁴³ www.facebook.com/identitaerehb (Beitrag vom 26. März 2017, abgerufen am 30. April 2017)

⁴⁴ Dazu eine Sprecherin von Facebook: „Organisationen oder Personen, die organisierten Hass verbreiten“ seien weder auf Facebook noch auf Instagram erlaubt (vgl. „Seiten der `Identitären Bewegung` auf Facebook und Instagram gesperrt; Weser Kurier vom 31. Mai 2018).

⁴⁵ „Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe und des Ablaufs des Anti-Terror-Einsatzes vom 27. Februar bis 1. März 2015 in Bremen.“ www.bremische-buergerschaft.de; Drs. 19//801 zu Drs. 19/24 vom 26. Oktober 2016

⁴⁶ www.facebook.com/npdbremerhaven (Beitrag vom 03. Mai 2016, abgerufen am 30. April 2017)

- *„Und es werden täglich mehr. Auch wenn man uns alles schön redet in Berlin. Sie warten doch schon wieder zu hundert tausenden vor den grenzen der EU. Und sie wollen bestimmt nicht zu unseren Nachbarn.“⁴⁷ (sic!)*
- *„Wo sollen sie noch hin. Europa ist voll und unsere Renten Kasse leer.“⁴⁸ (sic!)*

Die Interaktionsmessungen auf den rechtsextremistischen Facebook-Profilen der Communities zeigten, dass es Rechtsextremisten aus Bremen innerhalb ihrer Facebook-Communities – vor allem mit Hilfe emotional aufbereiteter und übersteigert dargestellter Bedrohungsszenarien – gelungen ist, die Ängste und Sorgen der Rezipienten anzusprechen. Mit einfachen und unverfänglich wirkenden Botschaften präsentierten sich Rechtsextremisten als kämpfende Patrioten gegen islamistischen Terror, ausländische oder autonome Gewalttäter. Vor allem den „Identitären“, die sich vorgeblich vom Neonationalsozialismus oder rassistischen Ideologien distanziert geben, gelang es so, Zustimmung für ihre politischen Thesen zu generieren, mit denen - insbesondere durch die „Echokammer-Effekte“⁴⁹ in sozialen Netzwerken – ein immer größeres Radikalisierungspotential bis hin zur Fremdenfeindlichkeit verbunden war.

Interaktionsanalysen von Facebook-Communities zeigen, wie sich die Beteiligung rechtsextremistischer Interaktionäre auf die virtuelle Atmosphäre auswirken kann. Neben legitimer Kritik und emotional ansprechenden Ängsten und Sorgen können Rechtsextremisten Staatsverdrossenheit und vor allem fremdenfeindlichen Hass über soziale Medien in den gesellschaftlichen Diskurs tragen. So überrascht es z. B. nicht, wenn Nutzer, die zum Teil Hunderte von Beiträgen rechtsextremistischer Organisationen mit „Gefällt mir“ markiert haben, in Facebook-Communities Forderungen stellen wie: „Asylverfahren einstellen und sofort abschieben...“, sich zu „Quoten-Deutschen“ unter den „Invasoren“ erklären oder wenn in einer Fan-

⁴⁷ www.facebook.com/npdbremerhaven (Beitrag vom 10. Januar 2017, abgerufen am 30. April 2017)

⁴⁸ www.facebook.com/npdbremerhaven (Beitrag vom 11. Januar 2017, abgerufen am 30. April 2017)

⁴⁹ Der Begriff Echokammer-Effekt steht im metaphorischen Sinn für Situationen, in welchen „Überzeugungen durch Kommunikation und Wiederholung innerhalb eines geschlossenen Systems vertieft oder gefestigt werden.“ (vgl. Psylex.de, abgerufen am 3. November 2018).

Die in solchen Systemen angebotenen Informationen können Polarisierungseffekte auslösen und extremistische Ansichten stärken.

Community des SV Werder Bremen geäußert wird: „Der Schwadde soll gehen“. Die Zusammensetzung der Interaktionäre, die sich gemeinsam an einer virtuellen Community beteiligen, ist insofern von herausragender Bedeutung für die Art und Weise, wie darin Atmosphäre geprägt wird. Von besonderer Relevanz wird dies z. B. dann, wenn gerade junge Menschen mit ihren sozialen Ängsten und Sorgen und ihrer Affinität zu sozialen Netzwerken darin Gefahr laufen, der subtilen Propaganda von Rechtsextremisten – die sich nach außen einen „patriotischen Anstrich“ verpasst haben – auf den Leim zu gehen. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Zusammensetzung der Rezipienten auf dem Facebook-Profil der JA Bremen. 62,5 Prozent der Interaktionäre darauf bekannten sich ebenfalls zu der Propaganda der NPD oder der IBD und warben hierfür.⁵⁰

3.3 Linguistische Analysen: Wortfrequenzmessungen zur Diskursverschiebung

Die aufgeführten Beispiele haben dargelegt, wie sich durch Interaktionen in virtuellen Communities zunehmend die Grenzen zum Rechtsextremismus auflösen. Die digitale Vernetzung von Menschen geht mit gegenseitigen Einflussnahmen einher. Die Auswirkungen rechtsextremistischer Interaktionen auf andere Nutzer zeigen sich unter bestimmten Voraussetzungen in inhaltlichen Veränderungen und lassen sich z. B. anhand des verwendeten Wortschatzes oder der Häufigkeiten, in der bestimmte Begriffe in Beiträgen oder Kommentaren vorkommen, empirisch erfassen.⁵¹ Auf der Grundlage von Textkorpora aus anonymisierten Beiträgen und Kommentaren von Facebook-Communities mit Bremen-Bezug konnten auf diese Weise inhaltliche Anhaltspunkte dafür gewonnen werden, ob und inwiefern innerhalb des Erhebungszeitraums von 2013 bis 2017 eine Diskursverschiebung hinsichtlich

⁵⁰ Michael Adelmund/Ingmar Struck, „Computational Social Science“ zur Visualisierung latenter rechtsextremistischer Einflussnahme in sozialen Netzwerken, Eine Fallstudie am Beispiel des Facebookprofils der „Alternative für Deutschland“ (AfD), in: Armin Pfahl-Traugber: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I), Brühl 2018, S. 84-122)

⁵¹ Solche textanalytischen Verfahren zur wissenschaftlichen Analyse von Diskursen in sozialen Medien werden Studierenden im Rahmen des datenwissenschaftlich-forschenden Lernens des Sozialwissenschaftlichen Methodenzentrums der Universität Bremen vermittelt.

fremdenfeindlicher – insbesondere antisemitischer – Positionierungen festzustellen war.⁵²

Weil die Themenfelder Zuwanderung und Antisemitismus vor allem in der Propaganda von Rechtsextremisten einen besonderen Stellenwert einnehmen, wurde aus den häufigsten Begriffen, die in rechtsextremistischen Communities hierzu assoziiert wurden, Wortschatzlisten erstellt, um anschließend die Häufigkeiten des Auftretens der jeweiligen Termini in den beiden Erhebungszeiträumen miteinander zu vergleichen.⁵³

Zur Verfahrensweise: Die Häufigkeiten der relevanten Wörter zum Themenfeld „Zuwanderung“ haben sich im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum vervielfacht. Gemessen an der Gesamtzahl der verwendeten Begriffe in den Facebook-Communities mit Bremen-Bezug hat sich mit den gesteigerten Beitragszahlen auch eine Veränderung der Worthäufigkeiten eingestellt. Die „TOP-50.000-Termini“⁵⁴ in den beiden Erhebungszeiträumen⁵⁵ sind von 503.758 auf 3.127.044 Wortmessungen angestiegen, haben sich also mehr als versechsfacht.⁵⁶ Etwa die Hälfte dieser Begriffe war in beiden Datensätzen enthalten. Im Durchschnitt ist jeder Begriff im Ranking bis 2017 um -1051 Plätze herabgestiegen. Diese Entwicklung muss bei der quantitativen Vergleichbarkeit der absoluten Worthäufigkeiten berücksichtigt werden. Deren Veränderung wird von einer Entwicklung des Wortschatzes an sich begleitet, indem beispielsweise zunehmend Begriffe zu Themen, wie dem „Digitalen

⁵² Hierfür wurden unstrukturierte Textinformationen von 500.000 Beiträgen und über einer Million anonymisierter Kommentare gesplittet und mit denen von 2008 bis 2012 in Relation gesetzt.

⁵³ Die Wortschatzliste zum Komplex Zuwanderung enthielt 110 Begriffe, wie „ASYL“, „ASYLANT“, „ASYLBEWERBER“, „FLÜCHTLING“, „INTEGRATION“, „MIGRATION“, „EINWANDERER“. Ebenso wurde zu dem Bereich Antisemitismus verfahren.

⁵⁴ Abzgl. sogenannter „Stoppwörter“ und spezieller Erweiterungslisten von Wörtern, die z. B. lediglich eine sprachliche Funktion ausüben und daher für eine quantitative Auswertung keinen inhaltlichen Mehrwert aufweisen.

⁵⁵ 2008 bis 2012 und 2013 bis 2017

⁵⁶ Diese Entwicklung korreliert etwa mit den Beitragszahlen der Erhebungszeiträume. So waren es von 2008 bis 2012 59.819 Beiträge, die in den Communities veröffentlicht wurden. Der Berichtszeitraum weist hierfür 431.268 Beiträge aus, also etwa das Siebenfache.

Wandel“ in den Alltag einfließen. Hierdurch wird die Validität der Bestimmung diskursiver Veränderungen gemindert. Solche Faktoren gilt es also in entsprechenden Analysen und deren Bewertungen zu berücksichtigen.

Trotz der allgemein wachsenden Beitragszahlen zeigt sich in den Rankings der Wortschatzdatei zum Thema Zuwanderung, dass sich die Zahl der jeweiligen Wortmessungen zu den häufigsten Termini wie „INTEGRATION“, „FLÜCHTLINGE“ oder „MIGRATION“ um ein Vielfaches erhöht hat (vgl. Abbildung 13). Das geringe Aufkommen des Begriffs „Flüchtlinge“ – mit insgesamt 25 Fällen in dem verhältnismäßig kleinen Datensatz aus dem Vergleichszeitraum bis 2012 – wirkt sich zwar mindernd auf die Aussagekraft aus, dennoch fiel der Begriff innerhalb des Berichtszeitraumes 3.827-mal in den Beiträgen der Communities mit Bremen-Bezug von 2013 bis 2017.

TERMINUS	2008-2012	Ranking 1	2013-2017	Ranking 2	Veränderung
FLÜCHTLINGE	25	536	3.827	948	-412
INTEGRATION	26	273	3.627	2.121	-1.848
FLÜCHTLINGEN	6	185	14.419	3.232	-3.047
MIGRATION	33	104	2.864	5.701	-5.597
MIGRANTEN	12	39	7.486	13.176	-13.137
EINWANDERER	11	34	8.326	14.786	-14.752

Abbildung 13: Termini zum Thema Zuwanderung

Der Begriff „FLÜCHTLINGE“ wurde etwa 150-mal häufiger verwendet als im Vorberichtszeitraum und ist im Ranking der jeweiligen „TOP 50.000-Termini“ lediglich um 412 Plätze nach hinten gerutscht, liegt damit also weit unter dem Durchschnitt. Quantitativ sprechen insofern gewichtige Gründe dafür, dass dieser Begriff – genau in dieser Ausprägungsform – einen entscheidenden „Schritt nach vorn“ im gesellschaftlichen Diskurs machte. Inwiefern sich in diesem Zusammenhang der textuelle Deutungsrahmen hierzu verändert hat, wird deutlich, wenn hierzu Wortkorrelationen berechnet und diejenigen Wörter bestimmt werden, die am häufigsten mit dem Begriff „Flüchtlinge“ in Zusammenhang gebracht wurden.

Während in den Jahren 2008 bis 2012 unter diesen Begriffen auch Wörter wie „HUMANITÄT“, „COURAGIERT“ oder „FRIEDENSNOBELPREIS“ zu finden waren (vgl. Abbildung 14), so waren es innerhalb des Berichtszeitraums bis 2017 vor allem

Begriffe deren Unterbringung und Integrationsprobleme betreffend (vgl. Abbildung 15).

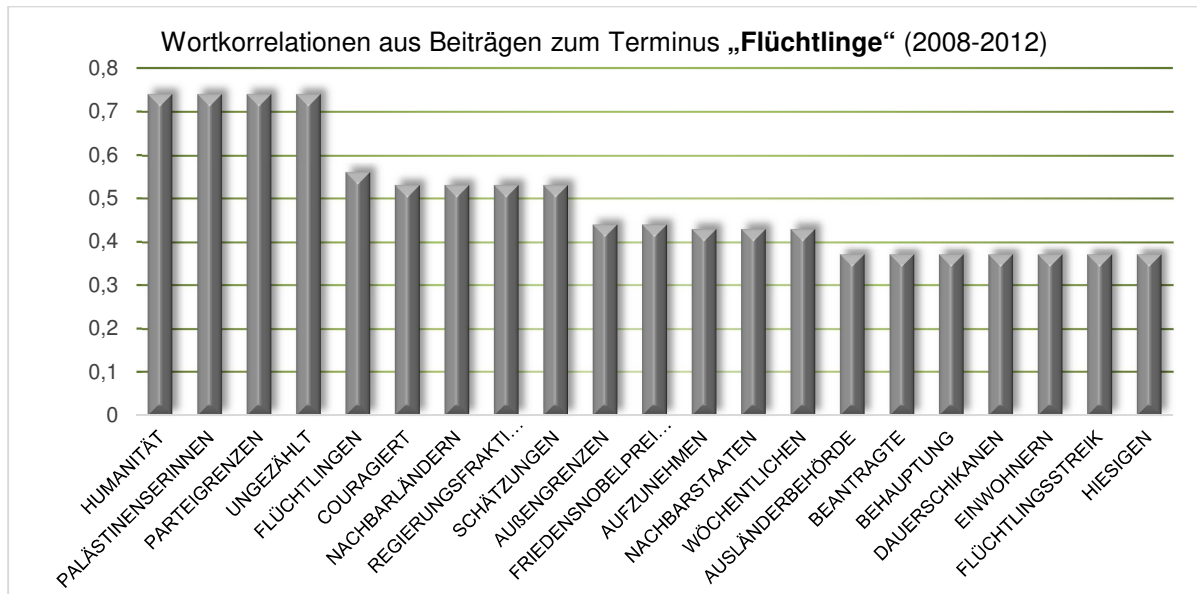


Abbildung 14: Wortkorrelationen zum Terminus „Flüchtlinge“ (2008-2012)

Bis 2012 wies der verhältnismäßig überschaubare Datensatz nur wenige Wörter im Kontext zu dem Begriff „Flüchtlinge“ auf. Verbunden mit dem geringen Spektrum an Kohärenzwörtern ergaben sich daher relativ hohe Korrelationskoeffizienten. Inhaltlich standen diese Begriffe für eine eher abstraktere und konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Wortkorrelationen bis 2017 wurden insofern sehr viel konkreter und bezogen sich beispielsweise auf „Turnhallen“, „Feuerlegen“ oder eine „Gewaltwelle“ gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte.

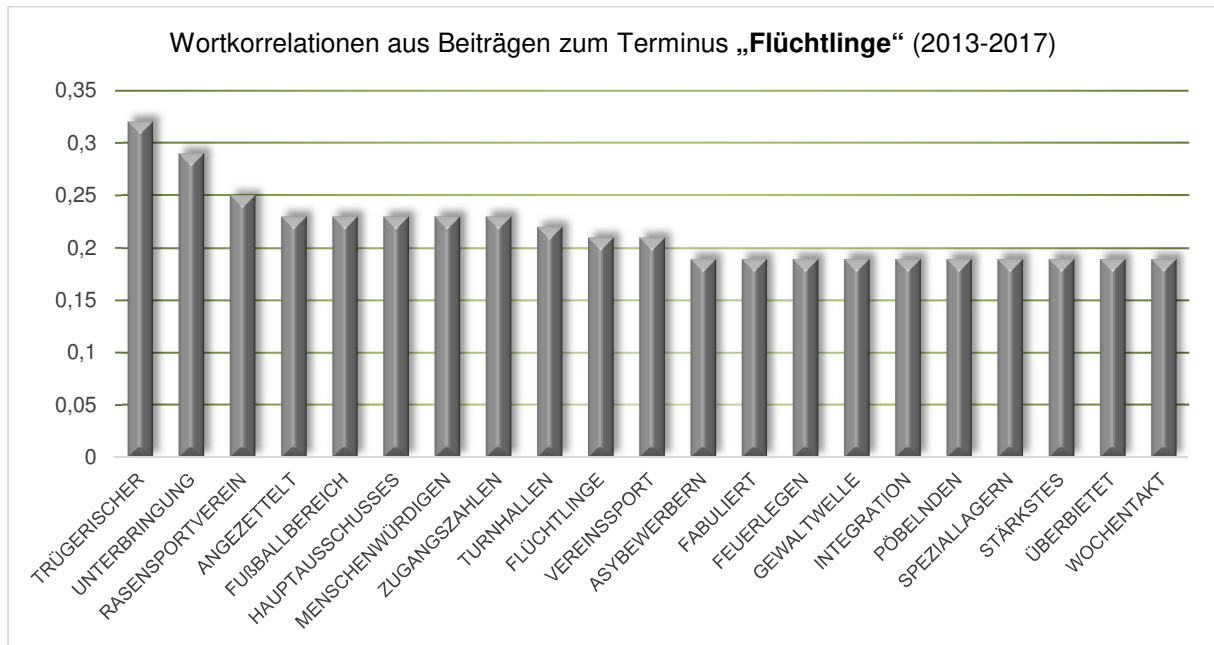


Abbildung 15: Wortkorrelationen zum Terminus „Flüchtlinge“ (2013-2017)

Auch wenn die bloße Kritik an der Zuwanderungspolitik keinen Anhaltspunkt für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung darstellt, so stellt sich allerdings faktisch ein rechtsextremistischer Erfolg in solchen virtuellen Atmosphären dar, in denen pauschalisierende Stereotypenbilder gezeichnet werden, die sich gegen die Menschenwürde richten, und zwar dann, wenn Einzelne wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen, rassistischen, religiösen oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmten Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden.

Am Beispiel des Terminus „Flüchtlinge“ lässt sich dies insbesondere durch die Kommentare zu diesem Thema visualisieren. Die Wortkorrelationen zu diesem Terminus belegen, wie Flüchtlinge in den Kommentaren zunehmend pauschalisiert, zu „Straftätern“ degradiert und dadurch in ihrer Menschenwürde herabgesetzt wurden (vgl. Abbildung 16).

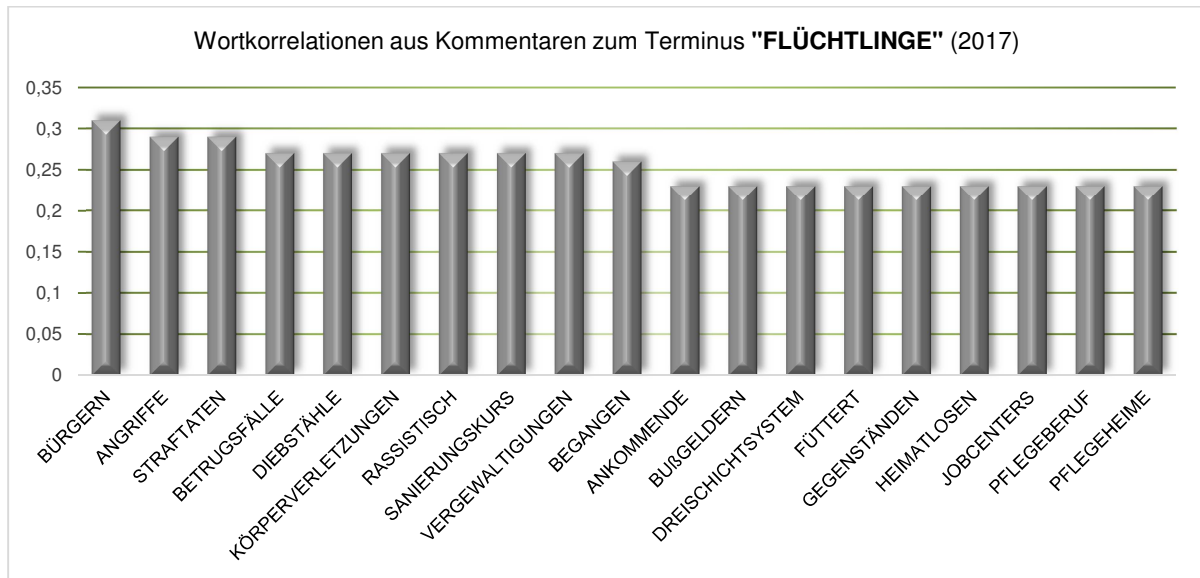


Abbildung 16: Wortkorrelationen aus Kommentaren zum Terminus „FLÜCHTLINGE“ (2013-2017)

Wörter, die in den Beiträgen der Communities auf eine Thematisierung des Staates „Israel“ oder der jüdischen Religion hindeuteten, wurden innerhalb des Berichtszeitraums von 2013 bis 2017 ebenfalls vermehrt festgestellt.

TERMINUS	2008-2012	Ranking	2013-2017	Ranking	Veränderung
ISRAEL	163	313	334	1.660	-1.347
JUDEN	19	5.003	95	6.194	-1.191
JÜDISCHEN	23	4.174	73	7.845	-3.671
ISRAELISCHEN	30	3.211	70	8.129	-4.918
ISRAELISCHE	16	6.057	61	9.102	-3.045
JÜDISCHE	12	7.896	39	13.050	-5.154
JÜDISCHER	3	25.446	21	21.564	3.882
JUDE	2	32.214	19	23.153	9.061
ZION	3	25.470	17	25.055	415

Abbildung 17: Termini zum Thema Antisemitismus

Im Gegensatz zu den Jahren 2008 bis 2012 hat sich allerdings der am häufigsten in diesem Zusammenhang gebräuchliche Terminus „Israel“ in den beiden Erhebungszeiträumen etwa verdoppelt (vgl. Abbildung 17). Die Rankings gingen bei den geringen Fallzahlen meist über die durchschnittliche Grenze von -1.051 hinaus.

Das Thema Antisemitismus erscheint im Zusammenhang mit den häufigsten Termini in den Beiträgen deutschsprachiger Communities Bremens eher einen Bedeutungsverlust erfahren zu haben. Vor allem an dem Begriff „Israel“ wird dies

deutlich. Während „Israel-Kritik“ nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden kann, so ist es doch vor allem dieser Terminus, der auch von Antisemiten häufig instrumentalisiert wird, um judenfeindliche Ideologeme zu verbreiten. Während der Begriff „Israel“ im Zeitraum von 2008 bis 2012 insgesamt 163-mal festgestellt werden konnte, und damit auf Platz 313 der am häufigsten verwendeten Termini erschien, so belegte er mit 334 Erscheinungen von 2013 bis 2017 Platz 1660. Lediglich die Begriffe „JÜDISCHER“ und „JUDE“ wiesen insofern mit +3.882 und +9.061 Plätzen (bei geringen Fallzahlen von 21 und 29) Anhaltspunkte für einen Bedeutungszuwachs auf.

3.4 Fazit/Diskussion

Anhand von Interaktionsmessungen konnte aufgezeigt werden, wie es Rechtsextremisten in sozialen Netzwerken gelingt, Zustimmung zu generieren und mittels Interaktionen Einfluss auf die Communities in sozialen Netzwerken zu nehmen. Vor allem übersteigerte Bedrohungsszenarien zu Themenkomplexen, wie dem islamistischen Terrorismus oder den Straftaten von Ausländern zum Nachteil deutscher Opfer, weisen eine besonders hohe Anziehungskraft und damit verbundene Öffentlichkeitswirkung auf. Rechtsextremisten nutzen solche Inhalte als vermeintliche Belege für ihre Thesen. Verstärkt durch „Echokammer-Effekte“ werden aus einer Vielzahl gleichgelagerter Einzelfälle gesellschaftspolitische Defizite suggeriert. Rezipienten, die aufgrund solcher Prozesse einem sehr eingeschränkten Informationskonsum unterliegen, laufen Gefahr, dem Phänomen der kognitiven Dissonanz zu unterliegen. Das ist z. B. dann der Fall, wenn eine „Flut“ von emotional ergreifenden Beiträgen über gewaltsame Übergriffe vermeintlicher Flüchtlinge nicht mit dem Bild der Realität übereinstimmt, dass durch seriöse Presseberichterstattung oder amtliche Statistiken gezeichnet wird. Es stellt sich dann die Frage: Was ist die Realität? Die Beiträge der „Lügenpresse“? Das, was „die Regierung“ erklärt, die sich mit „der Wirtschaft“ verschworen hat, um den „großen Austausch“ zu planen?⁵⁷ Oder

⁵⁷ www.sueddeutsche.de/kultur/acht-theorien-echsenmeister-1.3779181, gesehen am 3. November 2018) Der Ausdruck vom großen Bevölkerungsaustausch stamme von dem französischen Autor und Politiker Renauld Camus, der in seinem Buch „Le grand remplacement“ von einer gezielten Gegen-Kolonisierung raune: Arabische und nordafrikanische Länder würden ihre Jugend nach Europa schicken und dort rüde und rücksichtslos die

ist es das Bild des Bahnhofsvorplatzes, den Pendler täglich auf dem Weg zur Arbeit überqueren?

Die Deutungsrahmen gesellschaftspolitischer Diskurse haben sich in vielen Ländern nach rechts verschoben. So auch im Bundesland Bremen: Zunehmend werden diffamierende Stereotypen-Feindbilder gezeichnet, durch die z. B. „Flüchtlinge“ oder „Juden“ verstärkt als Bedrohung wahrgenommen und hierbei pauschal herabgewürdigt werden. Offene rechtsextremistische Positionierungen, wie eindeutige Bekenntnisse zum Neonationalsozialismus oder klare Forderungen nach der Durchsetzung von Rassentrennung traten insofern in den Hintergrund. Mit der wachsenden Anschlussfähigkeit der „Angstpropaganda“ geht eine geringer werdende Abgrenzbarkeit rechtsextremistischer Bestrebungen im juristischen Sinne einher. Nutzer, die den aufgezeigten manipulativen Einflüssen virtueller Communities unterliegen, scheinen aufgrund der Zustimmungswerte zunehmend bereit, ein vermeintliches Gemeinwohl über das des Individuums zu stellen. Hieran knüpft das Kernelement nationalsozialistischer Konzepte: die Volksgemeinschaft. Völlig unabhängig davon, ob sich das „Gemeinwohl“ auf der Basis ethnischer, rassischer oder kultureller Indikatoren bemisst: Wenn Menschen aufgrund ihrer Ethnie, Rasse oder Kultur gegenüber anderen bevorzugt oder benachteiligt werden, dann sind solche Konzepte gegen das zentrale Element unserer Verfassung gerichtet, gegen die Menschenwürde.

alteingesessene Bevölkerung vertreiben. Dem „internationalen Kapital“ käme das nur recht, komme es doch so an billige Arbeitskräfte. Die Regierungen würden deshalb hinterrücks den Austausch der Arbeiterschaft bzw. die „Auflösung“ des eigenen Volkes planen.

4. Entwicklung der Straftaten im Bereich rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierter Kriminalität

Politisch motivierte Straftaten stellen eine besondere Bedrohung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Ihre Erfassung, Analyse und wirksame polizeiliche Bekämpfung ist daher ein besonders wichtiges innenpolitisches Anliegen. Rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Straftaten bedrohen die demokratischen Grundwerte unseres Gemeinwesens und die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die Auswirkungen einer veränderten Diskussionskultur bzw. salonfähig erscheinender fremdenfeindlicher oder antisemitischer Positionen sind besonders schwerwiegend, da sie nicht nur unmittelbar die Tatopfer betreffen. Auch bei anderen Menschen können sie die Angst hervorrufen, allein aufgrund ihrer politischen Einstellung, ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Identität zu Opfern von Straftaten zu werden.

Inwiefern im Bundesland Bremen die Grundrechte potentieller Opfer und die freiheitliche Grundordnung durch rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Straftaten gefährdet wurden lässt sich u. a. am Beispiel Fallzahlenentwicklung zu diesem Themenkomplex nachzeichnen. Ohne einen entsprechenden sicherheitsbehördlichen Vorlauf – weder als Teil fester Organisationstrukturen im Phänomenbereich Rechtsextremismus, noch wegen politisch motivierter Kriminalität – hatten sich bundesweit, vor allem in den Jahren 2015 und 2016, zahlreiche Täter innerhalb kürzester Zeit radikalisiert. Auch im Bundesland Bremen ließ sich eine deutliche Steigerung zur Mitte des Berichtszeitraums hin, feststellen. Gegenüber 2013 hatte sich die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Jahr 2015 mehr als verdoppelt.

Ermittlungsverfahren und Verläufe	2013	2014	2015	2016	2017
Eingeleitete Ermittlungsverfahren	156	198	371	290	142
Anzahl der ermittelten Beschuldigten	89	126	295	294	90
Erlassene Haftbefehle	0	4	4	0	0
Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO (Täter nicht zu ermitteln)	67	72	76	64	52

Einstellung durch Staatsanwaltschaft oder Gericht	Nach § 170 Abs. 2 ⁵⁸ StPO	29	42	53	23	29
	Nach §§ 153ff StPO	12	25	26	12	13
	Nach §§ 45, 47 JGG	6	2	3	2	2
Freispruch		0	0	1	0	0
Verurteilungen		9	10	22	18	4

Tabelle 1: Ermittlungsverfahren rechtsextremistische/fremdenfeindliche Straftaten

4.1 Propagandadelikte

Einen quantitativen Schwerpunkt der Fallzahlen im Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität - Rechts“ (PMK-R) bilden die sogenannten Propagandadelikte. Dabei handelt es sich in der Regel um die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ gem. § 86a StGB. Die Tatbestände werden z. B. durch Hakenkreuzschmierereien, das Zeigen des sog. „Hitlergrußes“, aber auch durch Veröffentlichungen im Internet, die Verbreitung inkriminierter Druckschriften oder das Abspielen rechtsextremistischer Musik erfüllt. Die Fallzahlen hierzu sind im Land Bremen in den letzten Jahren gesunken (vgl. Tabelle 2: PMK-R Propagandadelikte). In Folge der Ermittlung eines besonders aktiven Tatverdächtigen konnten die Fallzahlen im Jahr 2015 stark verringert werden.

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017
Propagandadelikte	82	117	74	68	50

Tabelle 2: PMK-R Propagandadelikte

Ein weiterer quantitativer Schwerpunkt der Straftaten im Phänomenbereich PMK-R ist in Form von Volksverhetzungen gem. § 130 StGB zu verzeichnen, wenn z. B. zum Hass aufgestachelt wird, gegen bestimmte Gruppen, Teile der Bevölkerung oder einzelne Menschen, gerade wegen ihrer nationalen, rassischen, religiösen oder ethnischen Herkunft. Dies kann u. a. in Form von Einträgen im Internet, insbesondere

⁵⁸ Außer: Täter nicht zu ermitteln.

in sozialen Netzwerken, erfolgen, durch fremdenfeindliche Schmierereien an öffentlichen Orten, oder durch Schriften, wie z. B. Briefe oder Leserbriefe. Insofern lässt sich im Bundesland Bremen, wie auch im übrigen Bundesgebiet, feststellen, dass politisch aktive Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus verstärkt das Internet, die sozialen Netzwerke und Internetforen für propagandistische Zwecke nutzen. In diesem Zusammenhang kommt es wiederkehrend zu politisch motivierten Straftaten, wie z. B. „Hasspostings“.

4.2 „Hasspostings“

Nach einer von einer Bund-Länder-Projektgruppe der Kommission Staatsschutz erarbeiteten Definition sind unter „Hasspostings“ Beiträge zu verstehen, die im oder über das Internet mehreren Nutzern gleichzeitig zugänglich gemacht werden und denen sich politisch motivierte Straftaten zurechnen lassen, bei denen nach Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person/Gruppe wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes gerichtet sind und die Tathandlung im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet. Aktuell stehen sie insbesondere im Zusammenhang mit der Zuwanderungs-/ Flüchtlingsdebatte und sind oftmals gegen Amts- und Mandatsträger, Hilfsorganisationen oder ehrenamtliche/ freiwillige Helfer gerichtet. So leitete die Staatsanwaltschaft Bremen z. B. ein Verfahren nach § 130 StGB wegen Volksverhetzung ein, weil auf dem Facebookprofil der „Jungen Alternative Bremen“ ein Beitrag veröffentlicht wurde, in dem Flüchtlinge als „Invasoren“ bezeichnet wurden, die „uns als wertvoll verkauft“ würden und bei denen es sich in den jeweiligen Heimatländern „um gesellschaftlichen Bodensatz“ handle – im „Aufnahmeland nicht nur nutzlos, sondern kriminell“.

Im Bundesland Bremen wurden im Zusammenhang mit „Hasspostings“ nur wenige strafrechtlich relevante Vorfälle zur Anzeige gebracht. Trotz verbesserter Aufsichts- und Löschverfahren durch die Netzwerkbetreiber ist dennoch davon auszugehen,

dass dieses Thema weiterhin ein zunehmendes Kriminalitätsphänomen darstellen wird. Die genaue Fallzahlenentwicklung der letzten fünf Jahre lässt sich nicht valide abbilden, da es in der Vergangenheit innerhalb des Definitionssystems des kriminalpolizeilichen Meldedienstes der PMK an einem entsprechenden Katalogwert mangelte. Dieser wurde mittlerweile implementiert.

Die Sicherheitsbehörden im Bundesland Bremen sehen einen ihrer Auswertungsschwerpunkte in der Analyse rechtsextremistischer Formen der Beteiligung in den virtuellen Communities sozialer Netzwerke sowie deren Einflussnahme hierauf. Darüber hinaus werden bei der Aufklärung und Verfolgung derartiger Delikte konsequent sämtliche strafprozessualen Maßnahmen ausgeschöpft und beispielsweise Durchsuchungsbeschlüsse zur Sicherstellung von Tatmitteln oder verwendeter Hardware angeregt. Ein öffentlichkeitswirksames Zeichen gegen „Hasspostings“ setzten die – unter der Koordination des BKA in den letzten beiden Jahren durchgeführten – bundesweiten Aktionstage, bei denen zeitgleich in mehreren Bundesländern Durchsuchungsbeschlüsse in Wohnungen vollstreckt werden konnten. An beiden Aktionstagen war das Bundesland Bremen mit Exekutivmaßnahmen beteiligt.

4.3 Hasskriminalität

Im gesamten Bereich der Hasskriminalität ist seit 2015 eine Zunahme von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitisch motivierten Delikten zu verzeichnen.

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017
Hasskriminalität gesamt	35	26	41	48	53
davon: (Doppelnennungen möglich)					
Behinderung	-	-	-	1	1
Fremdenfeindlich	29	18	36	43	34
Islamfeindlich	4	1	3	2	6
Rassismus	9	2	13	11	11

Sonstige Religionen	-	-	-	-	7
Sex. Orientierung	-	1	-	-	-

Tabelle 3: Hasskriminalität im Land Bremen

4.4 Gewaltdelikte

Die Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten im Land Bremen korreliert weitestgehend mit den Zahlen der fremdenfeindlich oder rassistisch motivierten Hasskriminalität und entspricht damit in etwa der bundesweiten Entwicklung. Auch wenn sich auf Grundlage der geringen Fallzahlen keine validen Vergleichswerte ermitteln lassen, so zeigte sich mit 13 Gewaltdelikten von 48 Straftaten, die der Hasskriminalität zuzuordnen waren und damit einen Anteil von 27 Prozent ausmachten, ein außergewöhnlich hoher Wert. Bei vier dieser Gewalttaten handelte es sich um „Gefährliche Körperverletzungen“ (§ 224 StGB). Die Taten richteten sich aus fremdenfeindlichen und teilweise rassistischen Gründen gegen vermeintliche oder tatsächliche Asylbewerber bzw. Flüchtlinge.

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017
Gewaltdelikte	2	4	6	13	4

Tabelle 4: Rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte im Land Bremen

Ein Trend zur vermehrten Nutzung von Waffen bei der Tatausführung ist bis zum Jahr 2017 – anhand der verzeichneten Gewaltdelikte nicht festzustellen.

4.5 Straftaten im Zusammenhang mit der Flüchtlings-/Asylthematik

Im Hinblick auf die absoluten Zahlen bei Gewaltdelikten gegen Asylunterkünfte liegt Bremen im bundesweiten Vergleich an letzter Stelle. Es gab im Jahr 2015 eine und im Jahr 2016 drei Straftaten, die in diesem Zusammenhang standen.

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017
Flüchtlings-/Asylthematik (ab 2015 erfasst)	/	/	6	18	8
davon: (Doppelnennungen möglich!)					

Flüchtlings-/Asylthematik	/	/	4	1	1
Unterbringung von Asylbewerbern	/	/	1	5	-
Gegen Asylunterkünfte	/	/	1	3	-
Gegen Asylbewerber oder Flüchtlinge	/	/	-	10	6
Gegen Hilfsorganisationen oder ehrenamtliche Helfer	/	/	-	-	1

Tabelle 5: Straftaten mit Bezug auf Asylbewerber/Flüchtlinge

4.6 Antisemitische Straftaten

Für das Jahr 2017 war ein deutlicher Anstieg der Delikte mit antisemitischem Hintergrund zu verzeichnen. Diese Delikte zielten in erster Linie nicht auf jüdische Einrichtungen in Bremen ab, sondern erfolgten überwiegend in Form von antijüdischer Hetze oder Äußerungen im Internet, als Farbschmierereien oder gelangten in Form verbaler Äußerungen zum Ausdruck. Die Mehrzahl der Straftaten, die in diesem Zusammenhang standen, richteten sich in gegen einen unbestimmten Personenkreis; gezielte Straftaten gegen Einzelpersonen stellten die Ausnahme dar. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl kam es zu vier Straftaten zum Nachteil politischer Amtsträger bzw. Gebäude oder Sachen, die politischen Amtsträgern zuzuordnen waren. In sieben der insgesamt 17 Fälle konnte ein Tatverdächtiger ermittelt werden, wobei keine Mehrfachbeteiligungen festzustellen waren. Bezüglich der Tatmotivationen waren bislang keine organisierten Strukturen des rechten Spektrums ersichtlich. Es handelte sich überwiegend um Einzeltäter mit unterschiedlich ausgeprägten Motiven, die von psychischen Auffälligkeiten, der aktuellen gesellschaftlichen Situation verbunden mit persönlicher Frustration, dem Bundestagswahlkampf bis hin zu einer dauerhaft verfestigten rechten Gesinnung reichten.

Die Einordnung von antisemitischen Straftaten stellt sich als statistisch problematisch dar. Fremdenfeindliche oder antisemitische Straftaten werden grundsätzlich dem Themenbereich „Politisch motivierte Kriminalität Rechts“ zugeordnet, wenn keine weiteren Spezifika erkennbar sind oder keine Tatverdächtigen ermittelt werden

konnten. So werden judenfeindliche Parolen in Wort oder Schrift als rechtsextrem motiviert aufgenommen, obwohl sie auch in anderen Szenen Verwendung finden. Dies könnte eine nach rechts verzerrte Darstellung von Tatmotivation und Täterkreis nach sich ziehen. Daher werden antisemitische Straftaten mit der ihnen zugrundeliegenden Motivation ab dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 wieder explizit ausgewiesen. Sollten dem Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung Sachverhalte bekannt werden, die den Verdacht einer antisemitischen Straftat darstellen können, werden diese im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Datenübermittlung der Abteilung Staatsschutz im LKA Bremen übermittelt.

In seiner Mitteilung vom 4. September 2018 (Drs. 19/1808⁵⁹) hatte der Senat umfassend zum Thema Antisemitismus berichtet.

Antisemitische Straftaten	2013	2014	2015	2016	2017
Gesamt	11	15	8	6	17
Gegen Personen	9	11	4	4	8
Gegen Gebäude oder Sachen	2	4	4	2	9

Tabelle 6: Antisemitische Straftaten im Land Bremen

4.7 Konfrontationsdelikte/Politische Einstellung

Mit den geschilderten Veränderungen der Organisations- und Aktions-, bzw. Agitationsformen im Phänomenbereich Rechtsextremismus gerieten im Bundesland Bremen auch wiederholt Auseinandersetzungen von Rechtsextremisten mit ihrer politischen Gegnerschaft in den Blickpunkt öffentlichen Interesses. Auf Grund der verhältnismäßig geringen bekannt gewordenen Fallzahlen lässt sich hier jedoch ebenfalls kein valider Trend ablesen.

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017

⁵⁹ <https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp19/land/drucksache/D19L1808.pdf>

Konfrontationsdelikte	6	5	11	7	10
davon: (Doppelnennungen möglich)					
Gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole	2	3	3	1	-
Gegen links	2	2	5	3	3
Gegen sonstige politische Gegner	2	-	3	3	2
Gegen Amts- und Mandatsträger	-	-	-	1	4

Tabelle 7: Konfrontationsdelikte im Land Bremen

4.8 Politisch motivierte Kriminalität „Rechts“ im Land Bremen

In der Gesamtbetrachtung stellte sich die Zahl der Straftaten aus dem Phänomenbereich der PMK-R innerhalb des abgebildeten Zeitraums im Land Bremen auf einem relativ konstanten Niveau ein. Lediglich für das Jahr 2014 war ein deutlicher Anstieg der Fallzahlen zu konstatieren, der hier vor allem auf die Entwicklung der Propagandadelikte zurückzuführen war. So handelte es sich beispielsweise um Hakenkreuzschmierereien und volksverhetzende Aufrufe im öffentlichkeitswirksamen Bereich des Bremer Hauptbahnhofes und des Bremer Flughafens. In Folge der Ermittlung eines besonders aktiven Tatverdächtigen konnte hierdurch eine Minderung der Fallzahlen von insgesamt 142 (2015) auf 126 (2016) bewirkt werden (vgl. Tabelle).

PMK Rechts Land Bremen	2013	2014	2015	2016	2017
Straftaten PMK „Rechts“ insgesamt	115	142	126	122	110
Anteil Extremismus	101	134	112	116	98
Aufgeklärt	45	58	61	57	53

Tabelle 8: PMK-R im Land Bremen

5. Ausgewählte Gerichtsverfahren und Urteile

Nachfolgend seien exemplarisch zwei Gerichtsverfahren geschildert, deren Urteile für den Gegenstand dieses Berichts aussagekräftig sind. Das unter 5.1 benannte Urteil kann deutlich machen, inwieweit ein Gefahrenpotential von diffuser, latenter und nicht organisierter Fremdenfeindlichkeit ausgehen kann.

Das zweite Urteil illustriert die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates gegen verfassungsfeindliche Organisationen, auch wenn die rechtlichen Grundlagen für ein Verbot solcher Organisationen fehlen.

5.1 Urteil zur Brandstiftung in Woltmershausen

Das Landegericht Bremen verurteilte im März 2018 einen 30-jährigen Bremer wegen schwerer Brandstiftung, Volksverhetzung und Sachbeschädigung. Das Urteil lautete auf einem Jahr und zehn Monaten zur Bewährung, zusätzlich wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1.500 Euro verhängt. Diese Zahlung sei an das Flüchtlingszentrum „Refugio“ zu leisten und als „Geste und Zeichen“ zu verstehen.

Ursprung der Tat war eine Grillparty im Sommer 2012, bei der Alkohol in größeren Mengen konsumiert wurde. Im Laufe der Nacht eskalierte die Party; Zeugen erinnern sich an Ausrufe wie „Ausländer raus“ sowie die Aussage „Einer fackelt gleich diese Ausländerbude ab“. Der zum Tatzeitpunkt 25-jährige Mann, der mutmaßlich schon länger Probleme mit einer in der Nachbarschaft lebenden türkischen Familie hatte, trank ein T-Shirt mit Grillanzünder, legte es vor die Haustür der Familie und zündete es an. Dabei nahm er laut Aussage des Gerichts billigend in Kauf, dass die Haustür in Brand geriete und das Feuer selbstständig weiterbrenne. In dem Haus schliefen zum Tatzeitpunkt mehrere Personen; der Täter habe die mögliche Ausbreitung des Feuers nicht kalkulieren können. Ein Bewohner des Hauses bemerkte den Brand und löschte die Flammen.

Vor Gericht zeigte sich der Täter teilweise geständig, zeigte Reue und distanzierte sich „in Grenzen“ von der Tat. Das Gericht wertete strafmildernd, dass die Tat aus einem spontanen Impuls heraus entstanden sei. Einen „tiefverwurzelten rechtsextremistischen Hintergrund“ vermochte es nicht zu erkennen.

Zahlreiche Aussagen sowohl des Täters, als auch der Zeugen, blieben ungenau oder lückenhaft. Dies einerseits aufgrund des konsumierten Alkohols, als auch ob der

Zeitverzögerung, mit der das Verfahren stattfand. Zwischen Zustellung der Anklage und dem Prozessbeginn lagen über vier Jahre. Auch der Anwalt des Verurteilten kritisierte die Verfahrensdauer.

Das Gericht sprach in seiner Urteilsbegründung von einer „furchtbaren und erschreckenden“ Tat.

5.2 Waffenbesitzverbot für NPD-Funktionär rechtmäßig

Das Verwaltungsgericht Bremen bestätigte in seinem Urteil eine Entscheidung des Stadtamtes, einem NPD-Mitglied und -Funktionär den Waffenbesitz zu untersagen.

Der Bremer, der Mitglied der NPD und zum fraglichen Zeitpunkt Vorsitzender des Kreisverbandes Bremen-Stadt war, besaß die erforderlichen Erlaubnisse zum Besitz von insgesamt acht Jagdwaffen. Das Stadtamt widerrief im Jahr 2011 diese Befugnisse und erteilte zusätzlich ein Waffenbesitzverbot. Die Waffenbesitzkarte, Waffen und Munition wurden sichergestellt und eingezogen. Seine Entscheidung begründete das Stadtamt mit der mangelnden Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers, die bei einem Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation nicht gewährleistet sei. Der Senator für Inneres und Sport bestätigte diese Einschätzung.

Vor dem Verwaltungsgericht erhob der Mann Klage gegen die Entscheidung, die überwiegend ideologisch begründet sei. Der Kläger übe sein Recht auf freie Meinungsäußerung aus; die NPD sei eine zugelassene und in ihrer Zielsetzung rechtsstaatskonforme Partei. Der von dem beklagten Stadtamt gebrauchte Begriff des „Rechtsextremismus“ sei ohne rechtliche Operabilität.

Im September 2014 bestätigte das Verwaltungsgericht vollumfänglich die Einschätzung des Stadtamtes und befand sowohl den Widerruf der Waffenerlaubnisse als auch das Waffenverbot für rechtmäßig. Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3a) des Waffengesetzes verfügten Mitglieder von gegen die Verfassung gerichteten Organisationen nicht über die gesetzlich geforderte Zuverlässigkeit. Dabei sei unerheblich, dass die NPD keine verbotene Partei sei. Die Verfassungsfeindlichkeit der Partei sah das Gericht als erwiesen an.

TEIL B RECHTSSTAATLICHE STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS

1. Im Bund

1.1 Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR)

Im November 2011 wurden das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beauftragt, ein zwischen den Häusern abgestimmtes Konzept zur Errichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus (GAR) vorzulegen. Hintergrund waren die Ereignisse vom 4. November 2011 und die Taten und Strukturen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Sie waren von den Sicherheitsbehörden nicht erkannt und nicht verhindert worden, obwohl Erkenntnisse zu Tätern und Umfeldpersonen vorlagen und sich diese temporär im Visier der Sicherheitsbehörden befanden. Zur zukünftigen Bekämpfung rechtsextremistischer, insbesondere militanter bzw. terroristischer Aktivitäten wurde daher ein ganzheitlicher Bekämpfungsansatz gewählt. Wichtigster Bestandteil dessen ist der noch engere Austausch zwischen den polizeilichen und nachrichtendienstlichen Kooperationspartnern und der damit einhergehende verbesserte koordinierte Austausch der in den verschiedenen Sicherheitsbehörden vorhandenen Informationen. Unter dem Dach des GAR kommen seitdem die entsandten Vertreter folgender Behörden in einem fest eingerichteten Plenum zu regelmäßigen Lagebesprechungen zusammen: Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Bundeskriminalamt (BKA) Bundespolizei (BPol) Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) Landeskriminalämter (LKA) Militärischer Abschirmdienstes (MAD) Bundesnachrichtendienst (BND) Generalbundesanwalt (GBA) Europol. So werden aktuelle Entwicklungen und Lageerkennnisse besprochen, anlassbezogenen Erstbewertungen erstellt und daraus resultierende Aufträge und Maßnahmen koordiniert. Durch den direkten, umfassenden behördenübergreifenden Informationsaustausch soll eine zeitnahe Reaktion auf aktuelle Lagen sichergestellt werden.

1.2 Informations- und Analysestelle - Rechtsextremismus (NIAS-R/PIAS-R)

Durch die Einrichtung fester institutioneller Strukturen in Untergremien des GAR, in Gestalt einer polizeilichen sowie einer nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle (PIAS/NIAS-R) soll die Stärkung der Analysefähigkeit sowie die

Erarbeitung von Konzepten und Projekten weiter intensiviert werden. In der NIAS-R sind das BfV, die LfV und der MAD vertreten. Die PIAS-R umfasst Vertreter des BKA, der LKÄ und der BPol. In verschiedenen Arbeitsforen innerhalb dieser Gremien oder in NIAS-R- und PIASR-übergreifenden Projekten werden Informationen zu verschiedenen Fragestellungen gesammelt und bewertet. Um einen strukturierten zwischenbehördlichen Informationsaustausch zu gewährleisten, sind beide Stellen funktional miteinander verknüpft.

1.3 Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR)

Die zunehmende Bedeutung des Internets in der rechtsextremistischen Szene und die Nutzung durch rechte Straftäter erfordern angepasste Bekämpfungsansätze und gewinnen dadurch auch für die Sicherheitsbehörden immer mehr an Bedeutung. Als Reaktion auf das sich stetig ändernde Aufgabenprofil der Verfassungsschutz- und Polizeibehörden im Bereich der Internetbearbeitung, ist flankierend zum Aufbau des GAR die Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR) unter Federführung des BfV in Köln eingerichtet worden. Die umfangreichen unterschiedlichen Aufgaben des KIAR umfassen beispielsweise die systematische und kontinuierliche Suche nach extremistischen und terroristischen Internetinhalten sowie deren Erstbewertung. Verbindungslinien zwischen rechtsextremistischer Propaganda, rechtsextremistischen Gewalttaten bis zu rechtsterroristischen Strukturen zu identifizieren, ist – neben der insgesamt effektiveren Informationsgewinnung im Internet – ein weiteres Ziel, welches durch die Einrichtung des KIAR erreicht werden soll. Durch eine bessere Koordination der Sicherheitsbehörden sollen Doppelarbeiten und Kommunikationsdefizite vermieden sowie die Bekämpfung rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet gestärkt und effizienter gestaltet werden. Dazu soll auch der Ausbau von fachlicher und technischer Kompetenz beitragen.

1.4 Rechtsextremismusdatei (RED)

Die aktuelle Bedrohung durch den Rechtsextremismus erfordert den Einsatz neuer Instrumente zur Gewinnung und zum Austausch von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Dazu gehört auch die Nutzung moderner Informationstechnologien, einschließlich gemeinsamer Dateien von Nachrichtendiensten und Polizei, die sich zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit an

den verfassungsrechtlichen, allgemeinen Grundsätzen der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit zu orientieren haben. Die Entwicklung der Rechtsextremismusdatei, die als Verbunddatei – angelehnt an die Erfahrungen aus der Antiterrordatei (ATD) für den Phänomenbereich Islamismus/islamistischer Terrorismus – einen schnellen und fundierten Austausch von Informationen, aber auch der Generierung von Analysen den Weg ebnen soll, ist ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Bekämpfung des Rechtsextremismus/terrorismus. Am 28. Juni 2012 hat der Deutsche Bundestag den Entwurf des Gesetzes zur Errichtung einer standardisierten zentralen Datei von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden von Bund und Ländern zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus, das Rechtsextremismus-Datei-Gesetz (RED-G) beschlossen. Durch die Einführung der RED als gemeinsame elektronische Plattform der Nachrichtendienste und Polizeien soll die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen, an der Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus beteiligten Behörden verbessert werden. Ob ein Mehrwert dieser Verbunddatei wirklich im erhofften Ausmaß geschaffen wird, ist aufgrund vieler, weiterhin bestehender rechtlicher Beschränkungen und der oftmals nicht ausreichend vorhandenen personellen Ressourcen zur kontinuierlichen Pflege der entsprechenden Daten fraglich.

2. Im Land Bremen

2.1 Der „7-Punkte-Plan“

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden im Land Bremen alle rechtsstaatlichen Mittel ausgeschöpft. Weiterhin Bestand hat der bekannte „7-Punkte-Plan“ zur effektiveren Bekämpfung des Rechtsextremismus in Bremen und Bremerhaven aus dem Februar 2012. Zu ihm gehören:

1. Die Intensivierung der Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten, Aufklärung neonazistischer Gewaltbereitschaft und konsequente Beobachtung rechtsextremistischer Kameradschaften, autonomer Nationalisten und der subkulturellen Szene sowie ihrer Verbindungen zur NPD. Das Verbot rechtsextremistischer Kameradschaften (z. B. Freie Nationalisten Bremen) wurde geprüft.

2. Aufklärungsbefugnisse des LfV bzgl. des Rechtsextremismus sollen erweitert werden. (vgl. Befugnisse zur Abwehr islamistischer Terrorgefahr). Dazu ist eine Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes notwendig.
3. Entwaffnung von Rechtsextremisten: Das Waffenrecht wird konsequent umgesetzt und Waffen von Rechtsextremisten eingezogen. Mit der Änderung der Meldedatenübermittlungsverordnung soll das LfV Informationen aus dem Waffenregister erhalten können.
4. Schaffung eines eigenen Versammlungsrechts für Bremen infolge der Föderalismusreform mit der Aufnahme eines Militanzverbotes bei öffentlichen Versammlungen und Verbot von Versammlungen an symbolträchtigen Orten und Tagen.
5. Verbot von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen.
6. Stadionverbot für Rechtsextremisten. Durch eine Änderung der Stadionordnung kann rechtsextremistischen Personen oder Gruppen der Zutritt zum Weserstadion untersagt werden.
7. Der Innensenator initiiert bzw. unterstützt auf Bund-Länder-Ebene die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beschlossenen Maßnahmen.

Perspektivisch wird dieser Plan weiter angepasst, um aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

2.2 Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz

Das LfV setzt einen seiner Bearbeitungs-Schwerpunkte auf den Phänomenbereich Rechtsextremismus. Hierbei werden grundsätzlich zwei unterschiedliche Ansätze verfolgt: Auf der einen Seite gehen mit der Gewaltorientierung von Rechtsextremisten vor allem konkrete Gefahrenpotentiale einher, die es mit personenbezogenen Ermittlungsansätzen zu analysieren und letztendlich abzuwenden gilt. Andererseits sind die sich konkretisierenden Gefahren als Symptome zu verstehen, die vor allem aus der gesteigerten Anschlussfähigkeit rechtsextremistischer Ideologeme erwachsen. Diese zweigeteilte Herangehensweise ermöglichte es dem LfV, in den letzten Jahren frühzeitig Trends der rechtsextremistischen Szene zu erkennen und damit zum Teil sogar bundesweit Akzente in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu setzen. Aus dem Selbstverständnis als „Frühwarnsystem“ heraus ist das LfV dazu angehalten, bei

ersten Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen unverzüglich entsprechende Prüfungen einzuleiten und etwaige Einstufungen vorzunehmen. Die „Brigade 8“, die IBB, die GSDHB und die JA Bremen konnten so im bundesweiten Vergleich erstmalig in Bremen mit den notwendigen nachrichtendienstlichen Mitteln belegt, eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit initiiert sowie die hiermit verbundenen Warneffekte hervorgerufen werden.

Das LfV Bremen dient insofern nicht nur der Entgegennahme von Hinweisen zum Phänomenbereich Rechtsextremismus, es bietet darüber hinaus Vorträge zu ausgewählten Themenfeldern, beteiligt sich an der konzeptionellen Entwicklung von Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus oder informiert die Öffentlichkeit im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags über konkrete rechtsextremistische Bestrebungen im Land Bremen.

Die wirksame Bekämpfung neuer rechter Propagandastrategien und Erscheinungsformen stellt das LfV vor eine besondere Herausforderung. Im Rechtsextremismus sind es nicht etwa die stumpfen „Ausländer raus!“-Parolen, mit denen Anschlussfähigkeit generiert werden kann, sondern vielmehr Beiträge über schreckliche Gewalttaten vermeintlicher Flüchtlinge oder islamistischer Terroristen. Mittels übersteigerten Bedrohungsszenarien, insbesondere in den Communities sozialer Medien, werden zunehmend Ängste geschürt und Hass gesät. Fremdenfeindliche Hetze ist in den sozialen Medien allgegenwärtig und wird durch diffamierende Stereotypenbilder genährt, die durch die Verteilungsprozesse in den sozialen Netzwerken schnell Zigtausende von Menschen erreichen können. Auf diese Weise kann Einfluss auf die Gesellschaft genommen werden. Mit Hilfe von „Computational Social Sciences“ – darunter sind spezielle Methoden der empirischen Sozialforschung zu verstehen – werden daher seit Anfang 2018 die immer latenter werdenden Formen der Einflussnahme von Rechtsextremisten auf öffentliche Communities untersucht, die an der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen. Hier gilt es, möglichst früh zu erkennen, ob und inwiefern es Rechtsextremisten darin gelingt, Ängste der Nutzer heraufzubeschwören, Menschen zu manipulieren, diese für ihre Zwecke zu rekrutieren und auf diese Weise fremdenfeindlichen Hass zu schüren.

2.3 Maßnahmen der Polizei Bremen

Im Februar 2014 hat die Polizei Bremen außerdem eine Rahmenkonzeption zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität vorgelegt. Hier misst die Polizei Bremen dem frühzeitigen Erkennen von Radikalisierungsverläufen und einer zielorientierten Intervention hohe Priorität zu. Aufbauend auf dem 7-Punkte-Plan verpflichtet sie sich dabei angemessenen Leitlinien. Dazu gehört eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Rechtsextremismus und ein konsequentes Einschreitverhalten bei niedriger Einschreitschwelle. Ein hoher Aufklärungs- und Verfolgungsdruck wird angestrebt.

Auf der Grundlage einer beständigen Lageanalyse erfolgt ein integriertes und flexibles repressives und präventives Vorgehen der Polizei. Dabei sind die Maßnahmen des Opferschutzes von gleichrangig hoher Bedeutung wie die konsequente Verfolgung der Straftaten. Wo angezeigt kooperiert die Polizei eng mit anderen Behörden, kommunalen Einrichtungen und Institutionen sowie Präventionsprojekten.

Im Frühjahr 2018 hat die Polizei Bremen außerdem innerhalb des Staatsschutzes ein eigenes Referat für die Auswertung und Analyse der PMK geschaffen. Die damit verstärkte Betonung eines analytischen Vorgehens wurde mit der Einwerbung von wissenschaftlicher Expertise verbunden. Erstmals stehen der Polizei damit eigene Fähigkeiten im Bereich der politikwissenschaftlichen Analyse von Vorgängen, Expertise im Bereich der Analyse von Radikalisierungsverläufen und psychologischen Prozessen zur Verfügung. Die Arbeit der Polizei wird damit direkt auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage gestellt und daher weiter gestärkt.

Für das Objekt der Jüdischen Gemeinde im Stadtgebiet Bremen besteht eine Gefährdungseinstufung mit entsprechenden polizeilichen Schutzmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund stehen die Sicherheitsbehörden im Land Bremen im regelmäßigen Kontakt zu religiösen Einrichtungen. Sofern nötig, führen sie entsprechende Gefährdungsbewertungen für betroffene Einrichtungen und Örtlichkeiten durch. Hieran schließen sich regelmäßig Objektschutzmaßnahmen unterschiedlicher Intensitätsstufen an.

Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven beeinflusst als geschäftsführende Stelle über den Präventionsrat Bremerhaven maßgeblich das Klima in den Stadtteilen. Das Gremium setzt sich für ein friedvolles Miteinander ein; Werte, wie gegenseitiger Respekt und Hilfsbereitschaft, Toleranz und Verantwortung stehen im Zentrum der Aktivitäten. „Mut gegen Gewalt“ als Dachmarke vieler Tätigkeiten entwickelt stadtteilbezogene Projekte; einen Schwerpunkt bilden dabei Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Führungskräfte der Ortspolizeibehörde Bremerhaven unterstützen aktiv den Verein ARTGERECHT bei Lesungen zum Thema Rechtsextremismus. Hierbei wurde jüngst in mehreren Veranstaltungen in Bremerhaven und Bremen der NSU-Prozess bearbeitet.

TEIL C: PRÄVENTION – MAßNAHMEN UND PROJEKTE

1. Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

1.1 Demokratiezentrum Land Bremen

Das „Demokratiezentrum Land Bremen“ verbindet und koordiniert Beratungs- und Bildungsangebote, Interventionsmaßnahmen und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) sowie demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Islamismus und Muslimfeindlichkeit im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Programm hat eine Laufzeit vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2019. Das Land Bremen realisierte bereits die Bundesprogramme „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ von Juli 2007 bis Dezember 2010 und „TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN“ von Januar 2011 bis Dezember 2014. Das Demokratiezentrum setzt sich aus der Leitung sowie zwei Koordinierungsstellen zusammen.

1.2 Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe im Umgang mit Ungleichwertigkeitsideologien im Land Bremen, arbeitet die Koordinierungsstelle zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und „neue Rechte“ sowie weiteren Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Homo-, Inter- und Transphobie.

Der Arbeit der Koordinierungsstelle liegt ein Verständnis von Rechtsextremismus zugrunde, das der sozialwissenschaftlichen Forschung und Definition entspricht. Ein rechtsextremes Weltbild wird als ein mehrdimensionales Einstellungsmuster verstanden, das durch verschiedene Handlungen seiner Vertreterinnen und Vertreter ausgedrückt werden kann, beispielsweise durch entsprechendes Abstimmungsverhalten bei Wahlen, durch Mitgliedschaften in rechten Organisationen, durch provokative Handlungen und unter Umständen auch durch die

Begehung von Gewalttaten⁶⁰. Diese Definition unterscheidet sich von dem Rechtsextremismusbegriff, den die Extremismusforschung hervorgebracht hat (seit Ende der 80er Jahre vorwiegend von Backes und Jesse geprägt⁶¹). Dimensionen rechter Einstellungen sind dabei „die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus“⁶². Dass diese rechtsextremen Einstellungen nicht nur einer am „rechten Rand“ der Gesellschaft stehenden Gruppen zugeordnet werden können, sondern in vielen Teilen der Gesellschaft verbreitet sind, bestätigen die seit 2002 im zweijährigen Rhythmus durchgeführten „Mitte“- Studien, zuletzt durchgeführt im Jahr 2016 von Decker, Kiess und Brähler⁶³. Dieser Empirie entspricht auch die klar festzustellende Tendenz zur Herausbildung von „Mischszenen“, mit denen es die Präventionsarbeit im Feld zu tun hat. Das häufig bemühte Bild des „klassischen Rechtsextremen“, der ohne Schulabschluss mit multiplen Problemlagen wie Brüchen in der Erwerbsbiografie oder Suchtproblemen konfrontiert ist, konnte nie einen realistischen Eindruck über die Zusammensetzung der rechtsextremen Szene vermitteln. Dies wurde spätestens mit dem Aufkommen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ deutlich, die unter anderem auch von Personen mit hohem sozioökonomischem Status und Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe unterstützt wird.

Im Zusammenhang mit Strömungen, die in der Öffentlichkeit oft als „rechtspopulistisch“ oder „neue Rechte“ bezeichnet werden, ist festzustellen, dass die politische Agitation auf die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Positionen für

⁶⁰ Heitmeyer, Wilhelm 1989: „Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation.“ Weinheim, München, S. 15 ff

⁶¹ Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 1983: Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1983, S. 3–18; Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 2000: Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Perspektiven, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 12, Baden-Baden, S. 13–30; Backes, Uwe 2010: Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard(Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 22, Baden-Baden, S. 13–31

⁶² Kreis, Joachim 2007: Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 12, Berlin, S. 11

⁶³ Decker, Oliver/Kiess, Johannes/rähler, Elmar (Hrsg.) 2016: „Die enthemmte Mitte- Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“, Psychosozial- Verlag, Leipzig

einen Großteil der Gesellschaft abzielt. Hierbei werden die parteipolitische Ebene, der außerparlamentarische Rahmen (beispielsweise bei der „Identitären Bewegung“ oder den „Autonomen Nationalisten“) und ein vermeintlich wissenschaftlich arbeitendes, rechtsintellektuelles Milieu, wie das „Institut für Staatspolitik“, genutzt.

Dem stellt die Koordinierungsstelle eine fachlich fundierte Präventionsarbeit entgegen, auch unter Berücksichtigung des sozialwissenschaftlichen Konzepts der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Begriff und Konzeption: Heitmeyer 2002–2012⁶⁴). Konzeptionell erfasst wird hierbei die „Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen und von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch ihrer physischen oder psychischen Konstitution“⁶⁵ festgemacht wird. Heitmeyer beschreibt, wie Abwertungen und Ausgrenzungen in Form von „Vorurteilen, negativen Stereotypen, abwertenden Überzeugungen, Diskriminierungen und Feindseligkeiten“⁶⁶ ausgedrückt werden, die in der Markierung von Menschen als fremd und ungleichwertig münden.

Der Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ beschreibt passend die Diskriminierungserfahrungen, die auch Teile der Bremer Bevölkerung machen (siehe Punkt 1.3.4 Betroffenenberatung „soliport“). Um den Formen rechtsextremer Einstellungen, rechtsextremer Gewalt sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bremen etwas entgegensetzen zu können, erörtert die Koordinierungsstelle fortlaufend Bedarfe im Land, um ein passendes Präventionsangebot zur Verfügung stellen zu können. Dazu zählen die unter Punkt 1.3.1 genauer beschriebene „Mobile Beratung gegen rechts“, die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung und die Betroffenenberatung.

Die Koordinierungsstelle koordiniert die genannten Beratungsstellen, unterstützt den Austausch und die Weiterentwicklung der Beratungsangebote und initiiert und begleitet die Entwicklung neuer Maßnahmen. Darüber hinaus berät sie die Träger der

⁶⁴ Heitmeyer, Wilhelm: „Deutsche Zustände“, Reihe 2002-2012, Suhrkamp

⁶⁵ Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate 2016: „Gesplante Mitte- Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016“, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, S.33

⁶⁶ Ebd., S.33

Beratungsangebote in der Umsetzung der Projekte. Die Koordinierungsstelle organisiert auch Fachveranstaltungen und übernimmt die Koordination eines regelmäßigen Fachaustausches der im Rahmen des Bundesprogramms im Beratungsfeld tätigen Personen im Land Bremen. Als Erstkontaktstelle vermittelt sie Betroffene, Ratsuchende und Interessierte passgenau an die Beratungsstellen oder externe Fachstellen.

Die Koordinierungsstelle organisiert zudem das „Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“, welches sich zwei Mal im Jahr trifft. Das Netzwerk bündelt und vernetzt staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus den Themenbereichen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie fördert den Informationsaustausch untereinander und unterstützt ein interdisziplinäres Zusammenwirken in der präventiven/interventiven Arbeit. Sie stellt, über die Treffen hinaus, dem Netzwerk regelmäßig aktuelle Informationen zur Verfügung und verweist z. B. auf Fördermöglichkeiten und Veranstaltungen.

1.3 Beratungsangebote der Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

Die folgenden Präventionsangebote werden aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport gefördert und befinden sich in Trägerschaft freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sind für die Beratungsnehmerinnen und -nehmer kostenlos und beruhen auf den fachlichen Grundsätzen der Freiwilligkeit und der Vertraulichkeit.

1.3.1 Mobile Beratung

Die Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“ ist seit 2010 in der Trägerschaft des „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V.“ (VAJA). Die Beratungsstelle informiert und berät zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie bietet kurzfristige, unbürokratische und kostenlose Unterstützung.

Das Ziel der Beratungsstelle ist es, Jugendliche und Erwachsene zu unterstützen und zu befähigen, eine demokratische Kultur jenseits von Rassismus, Antisemitismus

und Menschenfeindlichkeit zu ermöglichen und sich den aktuellen, rechts motivierten Entwicklungen und Geschehnissen gemeinsam entgegen zu stellen. Gerade die Multiplikatoren (z. B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, pädagogische Fachkräfte, Lehrerkollegien, Präventionsräte, Quartiersmanagerinnen und -manager, Stadtteilgremien u. a.) und engagierte Jugendliche, aber auch ehrenamtlich helfende Menschen sowie interessierte Einzelpersonen, sind Zielgruppe der Beratung. Die Beratungsstelle ermöglicht Ratsuchenden außerdem, sich zu aktuellen Entwicklungen rechtsextremer Strukturen vor Ort, ihren Inhalten, Strategien sowie Lifestyle-Elementen zu informieren. Sie organisiert und bietet Vorträge und Workshops in diesem Themenbereich.

Ziel der Beratung und einer möglichen Intervention ist immer die nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe. Die Beratungsnehmenden sollen befähigt werden, selbstständig zu handeln und mit Unterstützung der Beratungsstelle Interventionsmöglichkeiten und Handlungsstrategien zu entwickeln und aktiv zu werden. Zudem entwickelt „pro aktiv gegen rechts“ Informationsmaterialien, die über rechtsextreme und rechtspopulistische Problemlagen aufklären.

1.3.2 Distanzierungsberatung

Die Beratungsstelle „reset - Beratung und Begleitung bei der Loslösung vom Rechtsextremismus im Land Bremen“ besteht seit 2014 und ist in der Trägerschaft von VAJA e. V. Das Beratungsangebot richtet sich vorrangig an junge Menschen bis 27 Jahre, die sich von ihren rechtsextremen Einstellungen und/oder Verhaltensweisen distanzieren wollen. Zur primären Zielgruppe zählen Sympathisantinnen und Sympathiesanten sowie Mitläuferinnen und Mitläufer der rechtsextremen Szene. Als Sympathisant/-innen sind junge Menschen zu verstehen, die sich selbst als unpolitisch betrachten und ihre Einstellung als gewöhnlich erachten, dennoch vereinzelt rechtsextreme Haltungen vertreten und unter Umständen zur Wählerschaft rechtsextremer Parteien gehören. Gegebenenfalls kommen sie als zu rekrutierender Nachwuchs der extremen Rechten in Frage. Mitläufer/-innen sind dabei nicht eindeutig von Sympathisant/-innen abzugrenzen. Sie kommunizieren jedoch bereits häufiger einschlägige Slogans und verorten sich in der rechtsextremen Lebenswelt. Dies kann sich z. B. durch Teilnahme an politischen Aktionen wie Demonstrationen, Aufmärschen sowie Beteiligungen an

fremdenfeindlichen Diskursen (on-/offline) äußern. Zudem können bereits erste Kontakte zu rechtsextremen Aktivistinnen und Aktivisten bestehen.

Ziel des Angebots ist es, einen tieferen Einstieg in die Szene zu verhindern bzw. die Klient/-innen bei der Loslösung von rechtsextremen Strukturen und Einstellungen zu unterstützen. Die Beratung und Begleitung ist in vielen Fällen ein langfristig angelegter Prozess, der sich an den Bedürfnissen der Beratungsnehmerinnen und -Teilnehmer orientiert, um einen nachhaltigen Ausstieg bzw. eine Distanzierung zu befördern. Angesichts multipler Problemlagen der Klient/-innen wie beispielsweise Suchterkrankungen oder Schulden ist ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft seitens der Beratungsstelle erforderlich. Die Kooperationen mit für die Arbeit von „reset“-relevanten Personen werden stetig ausgebaut. Ergänzend ist die sekundäre Zielgruppe, sogenannte Signalgeber/-innen (z. B. Fachkräfte der sozialen Arbeit, Lehrende, Erziehungsbeistandsschaften) sowie Unterstützer/-innen (z. B. Vertrauenspersonen, Freundinnen und Freunde, Verwandte) ein Schwerpunkt der Arbeit von „reset“. Die Erfahrungen seit der Gründung der Beratungsstelle haben gezeigt, dass ein Zugang zur primären Zielgruppe insbesondere über Signalgeber/-innen erfolgt, so dass ihre Sensibilisierung für die Thematik ‚Ausstieg und Distanzierung‘ auch in Zukunft unerlässlich ist. Darüber hinaus werden bei Bedarf auch Fachberatungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Handlungssicherheit durchgeführt.

Dementsprechend können auch Unterstützer/-innen von „reset“ begleitet werden. Dabei handelt es sich um Fälle, in denen ein Distanzierungswunsch bei potentiellen Klient/-innen (noch) nicht vorhanden ist, die Unterstützer/-innen aber ihren bestehenden Kontakt nutzen möchten, um ggf. erste Zweifel bei ihnen zu wecken und/oder in Auseinandersetzung mit ihnen zu gehen. Ziel ist es mit den Unterstützer/-innen eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Empowermentstrategie zu entwickeln. Möglich ist aber auch, den Unterstützer/-innen vorerst nur Informationen zum Thema Ausstieg und Distanzierung zu vermitteln.

1.3.3 Ausstiegsberatung von Funktionären, Führungskräften und Kadern

Das Land Bremen beauftragt im Rahmen des Nordverbundes „Ausstieg rechts“, der sich aus den Beratungsstellen der Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zusammensetzt, die „Arbeitsstelle

Rechtsextremismus und Gewalt“ (ARUG) in Braunschweig mit der Bereitstellung ihrer Expertise im Bereich des Ausstiegs von Kadern, Führungskräften und Funktionären der extremen Rechten. Diese Zielgruppe wird von „reset“ nicht begleitet; „reset“ fungiert hier aber als Erstkontaktstelle und vermittelt gegebenenfalls Klientinnen und Klienten weiter an die ARUG.

Darüber hinaus kann „reset“ die ARUG damit beauftragen, Informationen zu Akteurinnen und Akteuren aus rechtsextremen Szenezusammenhängen zusammenzutragen und Fachdossiers zu erstellen. Die ARUG verfügt über ein fortlaufendes katalogisiertes Archiv, welches die Beraterinnen und Berater in ihrer Recherchearbeit entlastet.

1.3.4 Betroffenberatung

„soliport“

Die Beratungsstelle „soliport - Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten“ in Trägerschaft des „LidiceHaus“ berät alle Betroffenen rechtsextremer, rassistischer, trans-, inter-, queer- und homofeindlicher, sozialdarwinistischer, antisemitischer und antiemanzipatorischer Gewalt. „Soliport“ fasst unter Gewalt nicht nur physische Übergriffe, sondern auch weitergehende Diskriminierungserfahrungen. Die Beratungsstelle bietet in den folgenden Fällen Unterstützung an und berät bei Bedarf auch vor Ort: Unterstützung bei emotionaler Stabilisierung, der Einordnung des Übergriffs, psychosozialer Prozessbegleitung, Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten Anwältinnen und Anwälten, therapeutischen Angeboten, der Begleitung bei Polizei- und Behördengängen sowie Begleitung bei Gerichtsverfahren. Die Beratungsstelle existiert seit Dezember 2016 und ist Mitglied des Dachverbands VBRG e. V. (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.).

2016 wurde die Betroffenberatung auf Grundlage einer Stakeholder- und Bedarfsanalyse eingerichtet, die zuvor die Lage und die Bedarfe im Land Bremen für ein entsprechendes Beratungsangebot dokumentiert und analysiert hat. Die Befragung vieler Akteurinnen und Akteure im Themenfeld zeigte die Notwendigkeit einer Betroffenberatung auf, da Menschen im Land Bremen verschiedensten Formen von Diskriminierung und rechter Gewalt ausgesetzt sind und diese, auch

wenn sie keinen Straftatbestand erfüllen, psychische wie physische Folgen für die Betroffenen haben können. In vielen Fällen machen rassistische Annahmen und Perspektiven diese Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Kontexten überhaupt erst möglich. Durch die Verbreitung rassistischer und menschenfeindlicher Annahmen in der Gesellschaft und deren Etablierung wird rechter Gewalt ein Weg geebnet. Machtgefälle oder Abhängigkeitsverhältnisse können dann zu weiteren Belastungen der Betroffenen führen. Im Bereich der Migration wären dies zum Beispiel fehlende Sprach- und Ortskenntnisse. Das sich daraus ergebene Abhängigkeitsverhältnis ermöglicht weitere Formen von Gewalt, wie zum Beispiel sexualisierte Übergriffe oder behördliche Diskriminierung.

Charakteristisch für rechte Gewalt ist ihre oft relativ willkürliche Opferauswahl sowie ihre Menschenfeindlichkeit. Einerseits werden Betroffene als vermeintliche Repräsentanten einer imaginierten Gruppe angegriffen; andererseits bestrafen die Täterinnen und Täter nicht ein in ihren Augen bestehendes individuelles Fehlverhalten eines Opfers – was ebenso fatal wäre – sondern bestreiten grundsätzlich deren Aufenthalts- oder Existenzrecht. Neben den körperlichen Folgen eines tätlichen Angriffs können die psychischen Folgen eines Übergriffs zu einer starken Belastung für die Betroffenen werden. Während körperliche Verletzungen in der Regel behandelt werden können, werden psychischen Verletzungen oftmals verdrängt und nicht beachtet. Psychische Belastungserscheinungen wie Schlafstörungen, Alpträume und Angstanfälle sind zunächst häufig auftretende Folgen eines Angriffes. Daraus kann sich z. B. eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) entwickeln.

Bleibt eine solidarische Unterstützung nach dem Erleben eines Übergriffs aus, entwickeln viele Betroffene das Empfinden, dass der rechte Angriff durch die Mehrheit der Gesellschaft legitimiert und toleriert wurde. Die Reaktion des sozialen Umfelds auf die Gewalterfahrung bedingt, ob die Verarbeitung gut gelingt oder sich die Folgen chronifizieren. Die Solidarisierung mit Betroffenen von Seiten der Politik und der Zivilgesellschaft spielt demnach eine entscheidende Rolle im Verarbeitungsprozess. Dabei kann die Betroffenenberatung in Gesprächen den Betroffenen helfen, das Erlebte zu verarbeiten. Den Betroffenen wird der Raum

gegeben, das Erlebte in Worte zu fassen, und sie werden bei ihrem individuell gewählten Weg der Verarbeitung und des Umgangs mit dem Übergriff unterstützt.

Dass die beschriebenen Formen rechter Gewalt und deren Folgen leider auch in Bremen allgegenwärtig sind, zeigt die Annahme des Beratungsprojektes seit Arbeitsbeginn. Verschiedenste Menschen haben seitdem das Beratungsangebot von „soliport“ genutzt. Betroffene rechter Gewalt im Beratungskontext waren Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie Erwachsene. Inhaltlich ging es um den Umgang mit unterschiedlichen Erfahrungen. Sehr häufig handelte es sich um rassistisch motivierte Beleidigung oder Diskriminierung im Kindergarten, in der Schule, im Einzelhandel, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, im Kontext Behörde, im öffentlichen Nahverkehr, beim Fußball sowie auf der Bremer Discomeile. Es haben aber auch mehrere Menschen die Beratung von „soliport“ in Anspruch genommen, die rassistisch motivierte einfache, gefährliche oder schwere Körperverletzungen erlebt haben. Hinzu kommt ein Fall rassistisch motivierter Bedrohung mit einem Messer. Des Weiteren haben sich Personen beraten lassen, die von schwulenfeindlicher Bedrohung, Beleidigung oder Körperverletzung betroffen waren. Vereinzelt hat die Beratungsstelle Betroffene unterstützt, die antisemitische Bedrohung und Beleidigung via social media oder sexualisierte Übergriffe in Abhängigkeitsverhältnissen erlebt haben. Auch politisch Aktive und Nicht-Rechte, die von Bedrohung und Einschüchterungsversuchen von organisierten Rechten betroffen waren, haben Rat und Unterstützung bei „soliport“ gesucht. Um besonders die Fälle im Bereich der nicht polizeilich registrierbaren Taten sichtbar zu machen, unterstützt „soliport“ die Forderung nach einer Meldestelle für Vorfälle von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, wie sie auch im Zuge der Antisemitismusbekämpfung für Bremen schon gefordert wurde.

Neben dem Beratungsangebot im Land Bremen gehört auch die Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren aus Bremen und Bremerhaven zu den Aktivitäten von „soliport“. In Kooperation mit der DGB-Jugend hat die Beratungsstelle eine Ausstellung mit dem Titel „Die Opfer des NSU und die (Nicht-)Aufarbeitung der Verbrechen“ organisiert und durchgeführt. Aus einzelnen Beratungen sind auf Wunsch der Ratsuchenden Interventionen entstanden; in Zusammenarbeit mit dem „LidiceHaus“ wurde das Angebot „Empowerment für Schwarze Jungs“ gestartet.

Darüber hinaus begleitet das Team von „soliport“ eine Schul-AG sowie ein Vernetzungstreffen für Betroffene rechter Gewalt in Bremerhaven.

Rat&Tat Zentrum für queeres Leben

Im Bereich der Betroffenenberatung wird seit 2017 das „Rat&Tat Zentrum für queeres Leben“ bei der Weiterentwicklung und Umsetzung erprobter Maßnahmen im Rahmen des „Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ unterstützt. Der Verein bietet im Rahmen von „Demokratie leben!“ ein Angebot an, das sich überwiegend an LSBTIQ-Geflüchtete wendet. Diese primäre Zielgruppe ist unterschiedlichen Formen von Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Das Beratungsangebot des Vereins wurde dementsprechend erweitert und spezialisiert sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergänzend qualifiziert. Darüber hinaus wird verstärkt an der Sensibilisierung und Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Umfeld der Betroffenen gearbeitet. Zu dieser Zielgruppe gehören Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Heimleitungen, Sicherheitspersonal, Ehrenamtliche, etc.

Elternberatung

Ein „Beratungsangebot für Eltern und Angehörige rechtsextrem orientierter Jugendlicher“ wird als Kooperationsprojekt zwischen VAJA e. V. und „LidiceHaus“ bereitgestellt. Das Angebot unterstützt Eltern und Angehörige dabei, eine mögliche Verwicklung der Jugendlichen in rechtsextreme Zusammenhänge zu erkennen, einzuschätzen und einer tieferen Verstrickung entgegenzusteuern. Das Angebot beinhaltet Informationen zu aktuellen Entwicklungen in rechtsextremen Szenen und Organisationen sowie zu Familie und Gender und ferner Materialien, mithilfe derer sich Interessierte selbst informieren können, sowie persönliche Beratung und Unterstützung. Die Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ koordiniert die Kooperation und finanziert sowie organisiert die Öffentlichkeitsarbeit.

1.4 „Partnerschaften für Demokratie“

Die „Partnerschaften für Demokratie“ gehören zum Bundesprogramm „Demokratie leben“ und schließen an die vorangegangenen Förderprogramme „VIELFALT TUT

GUT" (2007-2010) und "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" (2011-2014) an.

1.4.1 „Partnerschaften für Demokratie“ Bremen-Mitte, Östliche Vorstadt, Findorff und Bremen Nord

Die „Partnerschaften für Demokratie“ arbeiten auf Stadtteilebene in Bremen-Mitte, Östliche Vorstadt, Findorff und Bremen Nord. Gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Kommunalpolitik und der Kommunalverwaltung werden Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)⁶⁷ entwickelt. Ausgangslage der lokalen Handlungsstrategie sind die Situations- und Ressourcenanalysen⁶⁸ zu Wahrnehmungen von menschenfeindlichen und rassistischen Haltungen und Diskriminierungen im Stadtteil. Die Studien ergaben, dass rassistische und menschenfeindliche Haltungen in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen sind. Die Abwertung und Ungleichbehandlung gegenüber Gruppen anderer Menschen ist ein zentraler Bestandteil des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der Einzelmaßnahmen hat das Amt für Soziale Dienste Mitte eine Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet; diese ist bei der Naturfreundejugend Bremen e. V. angesiedelt. Über die zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen entscheiden die jeweiligen Begleitausschüsse, die neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt werden.

Im Rahmen von Demokratiekonferenzen und Netzwerktreffen diskutierten die Teilnehmenden die Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse und gingen der Frage nach, welche Probleme in Bezug auf Rechtsextremismus und GMF

⁶⁷ Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2011: Soziale Desintegration und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bremer Ortsteilen

⁶⁸ Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung (BISA +E) e. V. (Hg.) (2011) „Gegen Diskriminierung im Stadtteil wirken“

Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung (BISA +E) e. V. (Hg.) (2015) „Rassismus ist schon total normal geworden“

wahrgenommen werden und mit welchen Maßnahmen entgegengewirkt werden kann. Im Ergebnis dieses Prozesses wurden Ziele und Maßnahmen für ein integriertes Handlungskonzept entwickelt.

Handlungskonzept und Maßnahmen

1. Förderung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, bezogen auf das Themenfeld Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und GMF

Folgende Maßnahmen wurden beispielsweise durchgeführt:

- Eine Kampagne gegen den rassistischen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft in Bremen-Blumenthal. 5.000 Postkarten wurden in Bremen-Nord unter dem Motto „Bremen–Nord bleibt weltoffen – Lasst uns gemeinsam zeigen, dass Rassismus in Bremen keinen Platz hat“ verteilt.
- Die Werbeaktion: „Verbünden für Menschlichkeit! – Engagiert ihr euch? - Wir stärken euch“. Auf diese Weise wurde auf großen Werbeflächen auf die Partnerschaften für Demokratie hingewiesen.
- Der Aktionstag „Was tun?! Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung“ will engagierte Menschen miteinander vernetzen und wird seit 2017 in Bremen Nord fortgeführt.

2. Erweiterung des Wissens bezogen auf das Themenfeld Rechtsextremismus, -populismus und GMF

Folgende Maßnahmen wurden beispielsweise durchgeführt:

- Die Veranstaltung „Bremen nach der Bürgerschaftswahl: Wie umgehen mit rechtspopulistischen Parteien und Parolen?“ in Bremen-Blumenthal informierte über Inhalte und Strategien rechtspopulistischer Parteien;
- Eine Veranstaltung über die „Ideologie und Strategien der Rechtsextremen Identitären Bewegung“ in Bremen-Findorff;
- Ein Workshop zum Thema „Widersprechen! Rassistische Äußerungen und Stereotype erkennen und entkräften“;

3. Stärkung der Netzwerke und Akteure bezogen auf das Themenfeld Rechtsextremismus und GMF

Auf der lokalen Ebene gibt es bereits zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, die sich gegen Diskriminierung und rechtsextreme und rassistische Erscheinungsformen einsetzen. Diese werden in ihrem Engagement gestärkt und unterstützt.

Folgende Maßnahmen wurden beispielsweise durchgeführt:

- Die Diskussionsveranstaltung „Willkommenskultur – Wie geht`s weiter?“ für Akteure aus den Willkommensinitiativen verfolgte das Ziel, das Engagement der Akteure aus den Willkommensinitiativen wertzuschätzen und gleichzeitig die Reflektion über eigenes rassistisches Verhalten anzuregen.
- Durchführung eines Fachtages zum Thema „Gleiche Rechte für Alle?! Rassismus in der Sozialen Arbeit“. Hier sind über 130 Menschen zusammengekommen und haben sich einen Tag lang im Plenum sowie in Workshops mit dem Thema auseinandergesetzt.
- Weitere Workshops zu rassismus- und machtkritischer Praxisreflexion für ehrenamtliche Engagierte von Fluchtraum e. V.

4. Berücksichtigung möglichst heterogener Zielgruppen im Kontext der Programmumsetzung

Durchführung von Maßnahmen, die insbesondere Migrantenselbstorganisationen stärken:

- Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma informierte in einer Veranstaltungsreihe über die Herkunft der Sinti und Roma und über deren Verfolgung in der Geschichte bis zur Gegenwart.
- Das Projekt „Wir erheben unsere Stimmen“ stärkte geflüchtete Frauen darin, für ihre Belange einzutreten, zeigte ihnen mögliche Wege ihre Interessen

öffentlich zu machen und schaffte außerdem einen Austausch zwischen Frauen mit und ohne Fluchterfahrung.

- Angebote für Beratung, Empowerment und Ansätze zur Selbstorganisation für Trans*Personen mit Flucht- oder Migrationshintergrund.

Die „Partnerschaften für Demokratie“ unterstützten und förderten über 140 Projekte, Veranstaltungen und Fachtage mit mehr als 400.000,-€ mit dem Ziel rechtsextremen, rassistischen und menschenfeindlichen Einstellungen entgegenzutreten.

1.4.2 „Partnerschaften für Demokratie Bremerhaven“

Die Ausgangslage für die „Partnerschaften für Demokratie“ ist in Bremerhaven eine Besondere. Durch die Krisen der Schiffsbauindustrie, der Hochseefischerei und der Fischverarbeitung ist Bremerhaven seit den 1980er Jahren einem umfassenden Strukturwandel unterworfen. Der Wandel der Wirtschaftsstruktur führte zu einem starken Abwanderungsprozess und zur Konzentration sozialer Probleme in den Großwohnsiedlungen.

Handlungskonzept und Maßnahmen

Die Vernetzung und Gewinnung neuer Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld wird seit Jahren durch die Partnerschaft für Demokratie verstärkt geleistet. Im Ganzen hat das Thema Flüchtlinge dramatisch an Brisanz gewonnen. Hier werden neue Kooperationen, Aktivitäten und Vernetzungen entwickelt, geplant und umgesetzt. Ergänzend werden Projekte zur Stärkung der „Willkommenskultur“ durchgeführt. Dies sind Patenschaften für Flüchtlinge, gemeinsame Kulturveranstaltungen oder praktische Hilfsangebote wie z. B. die „Fahrradschule“, um sich besser in der Stadt bewegen zu können.

Die beim Stadtsportbund Bremerhaven/Bremerhavener Sportjugend angesiedelte Koordinierungs- und Fachstelle⁶⁹ der „Partnerschaften für Demokratie“ unterstützt die Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld bei der Bearbeitung akuter Problemlagen. Neben dem Angebot gebündelten Fachwissens erleichtert sie die Zugänge zu Unterstützungsmöglichkeiten des Landes oder des Bundes und regt

⁶⁹ <http://www.bremerhavener-sportjugend.de/Demokratie.xhtml>

deren Wahrnehmung an. Die Akteurinnen und Akteure bestehender Netzwerke, Vertreterinnen und Vertreter der Ämter und Behörden sowie Initiativgruppen sind eingeladen, im Rahmen der Demokratiekonferenzen das erarbeitete Handlungskonzept weiterzuentwickeln und fortzuschreiben.

Der Stadtportbund Bremerhaven organisiert als Koordinierungs- und Fachstelle das Jugendforum in Kooperation mit dem Stadtjugendring Bremerhaven. Beide Träger verfügen über fundierte Erfahrungen im Themenfeld.

Dazu wird die Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Land Bremen und dem Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ wird in die bestehenden oder geplanten kommunalen Entwicklungskonzepte insbesondere im Bereich Beteiligung aktiv einbezogen. Bremerhaven ist Referenzkommune im Prozess „Jugendgerechte Kommune“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Das Jugendforum der „Partnerschaft für Demokratie“ wird an der Entwicklung eines jugendpolitischen Leitbildes „jugendgerechte Kommune“ beteiligt, um so demokratische Grundhaltungen bei Jugendlichen zu fördern.

1.5 Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“

Seit Februar 2015 wird die bundesweite Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“ (RuF) durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Die bundesweite Fachstelle ist Anlauf- und Beratungsstelle für Eltern und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher. Zeitgleich bietet die Fachstelle Beratung für Personen und Fachkräfte, die mit neonazistischen Familien konfrontiert sind, wie z. B. Kitapersonal und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Familien, die sich Konzepten der nationalen Erziehung und Familienpolitik zugehörig fühlen, stellt soziale und pädagogische Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe, Kitas und Schulen vor besondere Herausforderungen. Hier steht entsprechend die Entwicklung von Unterstützungs-

und Beratungskonzepten für ratsuchende Fachkräfte aus den Bereichen im Vordergrund.

Die Beratungsangebote richten sich sowohl an Einzelpersonen, Familien und Angehörige, als auch an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die in ihrem beruflichen Kontext mit diesen Thematiken konfrontiert sind und nach Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten suchen.

Durch die enge Kooperation mit dem Demokratiezentrum und den Beratungsstellen werden Beratungsanfragen aus dem gesamten Bundesgebiet an die Fachstelle weitergeleitet.

Die RuF erhält seit 2015 eine Förderung zur Strukturentwicklung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Sie bietet:

- Beratung für Angehörige und Familien rechtsextremer, rechtsaffiner Jugendlicher;
- Beratung für Fachkräfte und Personen, die mit rechtsextremen Familien und ihren Kindern konfrontiert sind;
- ein Fachforum und Netzwerk für Akteurinnen und Akteure im Themenfeld Rechtsextremismus und Familie;
- Expertise in den Themenbereichen familiäre Sozialisationsbedingungen und die Entwicklung rechtsextremer, menschenfeindlicher Einstellungsmentalitäten; Kollegiale Beratung und Supervision; Neonazistische Erziehung und Fragen von Kindeswohlgefährdung; Geschlechterkonstruktionen innerhalb neonazistischer Szenen;
- Vernetzung mit der Regelstruktur: Implementierung der Themen in die Fachkräfteausbildung.

1.6 Weitere Maßnahmen des Landes und der Kommune im Bereich Kinder- und Jugendförderung

Jugendarbeit zielt darauf ab, junge Menschen zu stärken und sie in Hinblick auf ihre Verselbständigung, Selbstpositionierung und Qualifizierung zu unterstützen. Damit sind den Angeboten der Jugendarbeit demokratiefördernde und präventiv gegen Extremismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gerichtete Aspekte inhärent. Dies wird im Folgenden beispielhaft ausgeführt.

1.6.1 Land

1. Bremer Jugendring / Jugendverbandarbeit

Im Bremer Jugendring (BJR) sind 23 im Land Bremen aktive Jugendverbände zusammengeschlossen, die vielfältige auf dem ehrenamtlichen Engagement und der Selbstorganisation junger Menschen fundierte Jugendarbeit leisten.

Der Bremer Jugendring bietet zudem pro Jahr eine an gesellschaftlich aktuellen Themen orientierte Reihe von Projekten, Maßnahmen und Veranstaltungen an. Neben der politischen Bildungsreise „PoliTour“ nach Berlin, den Dialoge im Rahmen des „Strukturierten Dialog“ und dem Programm „Unexpected“ gibt es weitere Bildungsangebote des BJR. Beispielhaft seien hier „Populistenpoker“, „Spiel dein Spiel“, „Europa und Du“, die Europarallye und die „Geo-political-caching-Tour“ genannt.

Zudem werden Publikationen herausgegeben, die auf das Politikverständnis, die Partizipation und die Selbstbestimmung von jungen Menschen zielen. Ein wichtiges, regelmäßiges Angebot stellen die U16/U18 Wahlen im Land Bremen für Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen dar, die vom Bremer Jugendring unterstützt und durchgeführt werden.

2. „LidiceHaus“

Das „LidiceHaus“ ist eine vom Land Bremen geförderte Bildungsstätte für Jugendliche und Fortbildungsstätte für Fachkräfte zu Fragen von Jugend, Pädagogik und Jugendpolitik. Themen wie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Internationale Begegnungen & Mobilität, Erinnerungspädagogik, Migration und Bildung sowie Jugendliche Medienwelten bilden die Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit. In diesen Themenfeldern werden regelmäßig Veranstaltungen sowohl mit Jugendlichen im außerschulischen Bereich, als auch mit Fachkräften durchgeführt. Das „LidiceHaus“ versteht diese Arbeit als Engagement gegen autoritäre oder ausgrenzende Denkweisen. Hierbei stehen die Lebenswelten und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen im Mittelpunkt.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Ziele der Veranstaltungen in diesem Schwerpunkt sind insbesondere, die Teilnehmenden zu gesellschaftlicher Verantwortung anzuregen, ihnen grundlegende demokratische Erfahrungen zu ermöglichen und ihre Zivilcourage zu fördern. Beispielhaft können folgende Formate genannt werden:

- Hey, mach mich nicht an! – 3-tägiges Seminar für Gruppen aus Jugendhilfe und Schule zur Förderung von Zivilcourage;
- Wir sind ein gutes Team! – 3-5-tägiges bewegungsorientiertes Angebot für Gruppen aus Jugendhilfe und Schule zur Förderung sozialer Kompetenzen;
- Streitschlichter/-innen-Ausbildung – 5-tägiges Seminar für Schülerinnen und Schüler begleitende Pädagoginnen und Pädagogen;
- Ohne uns läuft nix! – 2-3-tägige Qualifizierung für Schülervvertretungen;
- Stadtteilchecker – Jugendgerechte Beteiligungsstrukturen im Stadtteil.

Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Themen und Aufttrittsformen der Neonaziszene und der neuen Rechten verändern und modernisieren sich stetig. Vor diesem Hintergrund brauchen Jugendliche Unterstützung und Begleitung, die ihnen helfen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu erkennen und entgegenzutreten.

Das „LidiceHaus“ bietet Fortbildungen, Vorträge und Workshops zu Erscheinungsformen, Lifestyle und neuen Entwicklungen innerhalb des modernen Neonazismus an und zeigt dabei pädagogische Handlungsmöglichkeiten auf. Zielgruppe sind Jugendliche sowie Fachkräfte aus Kinder- und Jugendarbeit, Kommunen, Bündnissen, Vereinen und Schulen. Als Beispiele können hier die Seminare „Stand up! gegen Diskriminierung“ und „Alle gleich - oder was?!“ genannt werden.

Das „LidiceHaus“ ist zudem Träger der Beratungsstelle „soloport-Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen“ und der bundesweiten Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“ deren Angebote unter den Punkten 1.3.4 und 1.5 näher beschrieben werden.

Erinnerungspädagogik

Historisch-politische Bildungsangebote und erinnerungspädagogische Seminare sind fester Bestandteil der Arbeit des „LidiceHauses“. Durch die Förderung eines kritischen Geschichtsbewusstseins können sich junge Menschen leichter in der heutigen Welt verorten und die Gegenwart im Zusammenhang mit der Geschichte besser verstehen. Da ohne Gegenwartsbezug kein historisches Lernen stattfinden kann, werden in den Seminaren Themen aus der Lebenswelt der Jugendlichen bearbeitet und in einen historischen Zusammenhang gestellt

Mit dem Ende der unmittelbaren Zeitzeugenschaft fällt es jungen Menschen oft schwer, konkrete Zusammenhänge zwischen nationalsozialistischer Geschichte und Gegenwart zu erkennen. Zudem werden der postnationalsozialistischen Erinnerungskultur durch Migration und Globalisierung neue Erinnerungen und Narrative hinzugefügt. Die Themen und methodischen Zugänge passen sich diesem gesellschaftlichen Wandel an und ermöglichen eine Multiperspektivität auf die Geschichte von der Kolonialzeit, über den Nationalsozialismus, die Nachkriegszeit und das geteilte Deutschland bis heute. Dazu gehören die folgenden Seminare und Projekte:

- Aufarbeitung kolonialer Straßennamen Bremen-Namibia;
- Antisemitismus und Israel;
- Ein Denkmal für Lidice – Gedenkstättenfahrt nach Theresienstadt und Lidice.

Migration und Bildung

Das „LidiceHaus“ fördert die Teilhabe junger Menschen mit Fluchterfahrung an gesellschaftlichen Angelegenheiten sowie an den Angeboten der außerschulischen Jugendarbeit. Zu diesem Zweck werden zielgruppensensible Begegnungs- und Qualifizierungsangebote angeboten.

Die Begegnung zwischen Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung, bei der nicht die Unterschiede, sondern verbindende Interessen und gemeinsame Aktivitäten im Mittelpunkt stehen, ist dabei zentral.

Neben Netzwerkarbeit, Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamtliche und Kooperation mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten liegt ein Schwerpunkt

daher auf der Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Alt- und Neu-Bremerinnen und -Bremern:

- „History Makers – Memory & Migration, Conflicts & Political Activism“;
- Mehrmoduliges Exkursionsprojekt zur multiperspektivischen historisch-politischen Bildung;
- „YOUR VOICE Land“ – Internationale Jugendbegegnung vor Ort;
- „Involve!“ – Integration und Teilhabe durch zivilgesellschaftliches Engagement in Bremen;
- Bildungszeit „EQ, Ausbildung, Zukunft!“;
- „#Fight4YourRights – Empowerment, Medien, Aktivismus, Antirassismus, Kreativität“;
- Jugendleiter/-innen-Ausbildung „JuLeiCa International“;
- Netzwerk „Teilhabe meets Praxis“;
- Tschechisch-deutscher Studienbesuch „Approaches to Integration and Good Practice in Bremen“;
- Qualifikation „Menschenrechtspädagogik, Migration und Flucht“;
- Qualifikation „Mehr_Sprachigkeit!“.

Internationale Begegnungen & Mobilität

Die Teilnahme an internationalen Mobilitätsprogrammen hat nachweislich einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, sowohl bezogen auf ihre Fähigkeiten und Kompetenzen, als auch auf ihre Einstellungen und die Offenheit gegenüber anderen Lebensweisen. Vor dem Hintergrund, dass Jugendliche mit geringen Chancen in internationalen Mobilitätsprogrammen unterrepräsentiert sind, zielt das „LidiceHaus“ bei seiner Arbeit darauf ab, allen Jugendlichen Zugang zu Begegnungsprojekten im In- und Ausland zu ermöglichen.

Gemeinsam mit internationalen Partnern werden Fachkräftefortbildungen und -trainings sowie Informationsveranstaltungen und Fachtage zu Internationaler Jugendarbeit abgehalten, internationale Jugendbegegnungen durchgeführt oder andere Organisationen, Initiativen und Vereine bei der Planung eigener Maßnahmen unterstützt.

Jugendliche Medienwelten

Im Projekt „#denk_net“ werden Workshops für die außerschulische Jugendbildung rund um die Themen „Hate Speech“, „Fake News“ und Verschwörungstheorien entwickelt und durchgeführt, deren Kernziel die Stärkung der digitalen Zivilgesellschaft ist. Die Workshops richten sich als primär-präventive Angebote an Jugendliche ab 14 Jahren. Das Konzept knüpft direkt an den Lebensalltag der Teilnehmenden an und zielt darauf ab, sie sowohl auf einer formal-kognitiven als auch auf einer emotionalen Ebene zu erreichen. In der Umsetzung wird auf bewährte Methoden der politischen Jugendbildung (z. B. World-Café, Diskussionsbarometer, Rollenspiele etc.) zurückgegriffen und diese mit medienpädagogischen Zugängen (z. B. Gif- und Meme-Generatoren, Tools zum Erstellen eigener „Fake News“, digitale Mindmap- und Feedback-Tools, Kahoot-Quiz etc.) verbunden. Durch eigenes Ausprobieren, praktische Übungen und Kleingruppenarbeiten können die Jugendlichen für einen kritischen Umgang mit Informationen im Netz sensibilisiert werden und konkrete Handlungsoptionen in Bezug auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Positionen entwickeln. Dadurch erkennen sie sich als Teil der (digitalen) Zivilgesellschaft und können aktiv an dieser partizipieren.

Eine weitere Zielgruppe von „#denk_net“ sind ehrenamtlich oder professionell mit Jugendlichen arbeitende Personen, die durch Fortbildungen und Fachtagungen inhaltlich und methodisch geschult werden. Sie werden dafür sensibilisiert, welche Anreize eine (extrem) Rechte Lebenswelt online und offline jungen Menschen bereithält und wie die Rekrutierung in sozialen Netzwerken funktioniert. Zudem lernen sie die Module, Methoden und Bildungsmaterialien aus dem Projekt kennen, um diese als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in die eigene pädagogische Praxis zu übertragen.

„#denk_net“ wird als Modellprojekt zur Radikalisierungsprävention durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

Insgesamt gibt es zehn Workshop-Module, die unterschiedliche Schwerpunkte im Spannungsfeld von Jugendlichen Medienwelten, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus behandeln:

- #Wahr oder Fake?“

- „#Hate Speech“
- „#Phrasen-Trasher“
- „#Social Bots“
- „#Spürnasen“
- „#Schwarzer Humor“
- „#Was heißt hier eigentlich #Lügenpresse#?“
- „#Hey ich schwöre, das stand so im Netz!“
- „#Ist doch klar!“
- „#Gerüchteküche“

1.6.2 Kommune

1. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven

Engagierte Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen die Verbreitung antidemokratischer oder rechtsextremer Weltanschauungen ist eine ständige Herausforderung und Aufgabe für Mitarbeitende in der Jugendarbeit. Die in Bremerhaven von der Abteilung Jugendförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen geförderten Jugendorganisationen haben grundsätzlich in ihren Satzungen Selbstverpflichtungen zur Stärkung der Demokratie, Arbeit gegen Rassismus und Förderung des Willens zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und internationaler Solidarität formuliert.

In den Angeboten und Aktivitäten der Einrichtungen der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit gehört es zum Alltag, andere zu achten, Toleranz einzuüben sowie Aggressionen und Gewalt mit gewaltfreien Mitteln entgegen zu treten. In den Jugendgruppenleiterschulungen der Jugendverbände und Jugendorganisationen werden Ehrenamtliche im Umgang mit Minderheiten und Andersdenkenden geschult. Die Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden und Jugendorganisationen richtet sich explizit darauf aus, Jugendliche zur demokratischen Mitwirkung und Mitgestaltung der Gesellschaft anzuregen und zu fördern.

Nach Auffassung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen ist eine kontinuierliche Bereitstellung ausreichender finanzieller, personeller und räumlicher Ressourcen

notwendig, um einen prägenden Einfluss auf Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, den Aufgaben des SGB VIII entsprechend, leisten zu können.

Über das Sachgebiet „Streetwork“ hält das Amt für Jugend, Familie und Frauen Kontakt zu besonderen Cliquen Jugendlicher im Stadtgebiet. Es werden Aktivitäten und Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Diensten, Einrichtungen sowie freien Trägern der Jugendhilfe organisiert und konkrete Hilfestellung bei der Organisation des alltäglichen Lebens dieser jungen Menschen gegeben, die Durchsetzung berechtigter Interessen unterstützt und Alternativen zu problematischem Freizeitverhalten aufgezeigt. Durch den engen Austausch unter Kolleginnen und Kollegen sowie zwischen Einrichtungen und Diensten, die mit jungen Menschen und den sich daraus entwickelnden Aktivitäten zu tun haben, konnte bisher eine offene rechte Jugendszene in Bremerhaven nicht entstehen.

In Bremerhaven gibt es gut etablierte Netzwerke zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure gegen Rechtsextremismus. Mit den Bundesprogrammen zur Demokratiestärkung ist es in den letzten Jahren gelungen, diese Netzwerke zu fördern und weiterzuentwickeln.

Durch die Koordinierungs- und Fachstelle der „Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven“ wurde ab 2015 der Austausch und die Vernetzung auf Landes- und Bundesebene zu den unterschiedlichen Programmen und Angeboten zur Demokratiestärkung und Abwehr rechtsextremistischer Aktivitäten entwickelt und ausgebaut. Diese enge Verzahnung trägt wesentlich zur Entwicklung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven bei.

2. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Bremen

a) Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)

Der „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V.“ (VAJA) hat sich seit seiner Gründung 1992 als größter Träger für aufsuchende Jugendarbeit in Bremen etabliert. Neben sieben Teams in diesem Arbeitsbereich ergänzen drei Beratungsstellen (zwei davon zum Themenbereich Rechtsextremismus: „pro aktiv gegen rechts“ und „reset“, vgl. Demokratiezentrum) das Angebot des Vereins.

Zielgruppe der aufsuchenden Arbeit von VAJA sind Jugendliche verschiedener Milieus und Szenen mit und ohne (eigene/r oder familiäre/r) Migrationsgeschichte, deren zentraler Aktions- und Aufenthaltsort ihrer Freizeit der öffentliche Raum ist und die von konventionellen Angeboten der Jugendarbeit nicht ausreichend oder gar nicht mehr erreicht werden. Neben den Erfahrungen, oftmals selbst Betroffene von Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung innerhalb der Gesellschaft zu sein, zeigen Teile der begleiteten Jugendlichen auch ablehnende und mitunter feindselige oder gewalttätige Haltungen gegenüber diversen anderen, von ihnen als einheitlich konstruierten Gruppierungen. Im Rahmen der aufsuchenden Arbeit des Vereins steht der Themenbereich Rechtsextremismus insbesondere beim Team „spot.“ (ehemals „Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques“) im Fokus. Es wendet sich im Bremer Stadtgebiet bedarfsgerichtet u. a. an Jugendliche, die durch rechtsextreme Orientierungen oder durch intolerante Verhaltensweisen im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auffallen. In deutlicher und konzeptionell festgelegter Abgrenzung dazu wird aber mit ideologisch gefestigten Rechtsextremisten, Neonazis etc. nicht gearbeitet. Auch mit jugendlichen Cliques, die nicht explizit rechte Orientierungen aufweisen, wird mit einem Fokus (also einem „spot(light)“) auf die präventive Arbeit bzgl. der Phänomenbereiche Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gearbeitet. Die Praxis des Teams ist somit vornehmlich in der Sekundärprävention bzw. an der Schnittstelle von Primär- und Sekundärprävention angesiedelt.

Dieser Arbeitsbereich von VAJA basiert u. a. auf dem selbst entwickelten Konzept „Distanz(-ierung) durch Integration“, das Intervention und Prävention für die aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen verbindet. Dafür wurde VAJA mit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis ausgezeichnet. Das Konzept nimmt seinen Ausgangspunkt sowohl in wissenschaftlichen Erkenntnissen als auch in Beobachtungen einschlägiger Praxis sozialer Arbeit. Auf dieser Basis werden für die aufsuchende Arbeit des Teams vor allem drei Akzente gesetzt:

- Nicht nur rechtsextreme Orientierungen im engeren Sinne (Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit), sondern auch damit eng korrelierende GMF-Aspekte wie z. B. Sexismus, Homophobie, Abwertung deutscher

Minderheiten (etwa von Obdachlosen oder Langzeitarbeitslosen) werden zu zentralen sozialpädagogischen Bearbeitungsgegenständen, die in einer langfristig angelegten Begleitung wirkungsvoll reduziert werden können.

- Das Erarbeiten von Integrationsoptionen wird als eine entscheidende Maßnahme der Förderung von Distanzierung gegenüber rechtsextremen und menschenfeindlichen Haltungen gesehen, weil so Erfahrungen von Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung den Versprechungen rechtsextremer Offerten Paroli bieten können.
- Von hoher Bedeutung ist eine vertrauensbildende Beziehungsarbeit sowie (im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe) die Vermittlung eines Erfahrungsraums, in dem die Plan- und Beeinflussbarkeit der eigenen Lebensbedingungen und die persönliche Entwicklung im Hinblick auf Selbst- und Sozialkompetenzen (beispielsweise Reflexivität, Verantwortungsübernahme, Empathie, Impulskontrolle, Kommunikativität), Integration und Kontrolle empfunden werden kann.

Die Vielfalt der durch die verschiedenen VAJA-Teams betreuten jugendlichen Cliques wird zudem genutzt, um über aktionsorientierte Begegnungen Vorurteile abzubauen und Verständnis für die Andersartigkeit „fremder“ Cliques und Einzelner zu entwickeln – teils in den vorzufindenden gemischtgeschlechtlichen Cliquenkonstellationen, aber auch im Rahmen gendersensibler oder geschlechtsspezifischer Angebotsformen. Hierzu ist im Organisationsrahmen von VAJA ein kontinuierlicher Austausch sämtlicher aufsuchender Teams vorgesehen.

Gemeinsam mit dem „LidiceHaus“ hält VAJA zudem für u. a. Eltern, Angehörige und Freunde von rechtsextrem orientierten Jugendlichen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot bereit. Sie erhalten Unterstützung beim schwierigen Unterfangen, dem Verhalten dieser jungen Leute adäquat zu begegnen.

b) Fan-Projekt Bremen e. V.

Das Fan-Projekt Bremen bietet im Rahmen seiner Arbeit vielfältige, teils langfristige Angebote der Antidiskriminierungsarbeit an.

Integrative Fußballturniere

In 2016 und 2017 haben zwei integrative Fußballturniere stattgefunden. Das antirassistische Engagement diverser Bremer Fangruppierungen wurde aufgegriffen und gefördert. Eingeladen waren Fangruppen und Fan-Clubs des SV Werder Bremen sowie verschiedene Einrichtungen für geflüchtete Menschen aus Bremen und dem Bremer Umland.

Veranstaltungsreihe „Für Toleranz und Integration“

Bestandteile dieser Veranstaltungsreihe waren u. a. eine geführte Gedenkstättenfahrt mit etwa 50 jugendlichen Fußballfans zur Gedenkstätte Bergen-Belsen. Im OstKurvenSaal wurde durch die Bremer Theatergruppe „Wilde Bühne“ das Theaterstück „Wir gegen die Anderen“ aufgeführt, das sich mit der Thematik der rassistischen und fremdenfeindlichen Ausgrenzung im Rahmen von Fanszenen befasst. Zudem wurden mehrere Vorträge im OstKurvenSaal des Fan-Projekts gehalten.

Israelaustausch - Der Abschluss des Projekts

Auf Initiative des Fan-Projekts Bremen entwickelte sich von 2006 bis 2016 ein reger, gegenseitiger Austausch auf Fan-, als auch auf Fachkräfteebene zu Fangruppierungen in Israel. Mit dem Erstellen der vorerst letzten Dokumentationsbroschüre wurde das Projekt 2017 abgeschlossen.

Perspektivisch soll das Arbeitsfeld der internationalen Jugendarbeit fortgeführt werden.

Eine Spurensuche und die Broschüre zu Alfred Ries

Die Auseinandersetzung einer Fangruppe mit dem früheren Vereinspräsidenten Alfred Ries mündete nach über einjähriger Recherche in einer 2017 fertiggestellten Broschüre, die den Fans die jüdische Geschichte ihres Vereins näherbringt. Teil des Projekts war auch eine Gedenkveranstaltung für Alfred Ries auf dem Hastedter Friedhof, wo eine Gedenktafel angebracht wurde. Die Fangruppe hat die Absicht sich weiter mit der jüdischen Geschichte des SV Werder Bremen zu befassen

„OstKurvenTransfers“ – ein Modul des Lernzentrum OstKurvenSaals

Das Modul „OstKurvenTransfers“ (ehemals „Schulklassen zu Besuch“) versteht sich als Angebot der politischen Jugendbildung. Der Workshop ermöglicht – durch den besonderen Standort Stadion – gesellschaftliche Themen mit dem Kontext Fußball in Verbindung zu bringen. Er hat das Ziel, die Teilnehmenden zu fremdenfeindlichen Vorurteilen bis hin zu rechtsextremen Szenezusammenhängen zu sensibilisieren.

Zur Zielgruppe gehören Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 Jahren aufwärts. In der Regel werden die Besuche über Institutionen wie Schulen, Bundesfreiwilligendienste, Universitäten, Jugendverbände u. a. aus Bremen und dem Umland organisiert. Ziel des Workshops ist es, die Jugendlichen über Fankultur, Ultra- und Hooliganszene aufzuklären und anhand dessen an den Themen Vorurteile, Abwertung, Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremer Lifestyle zu arbeiten. Den jungen Menschen wird dabei auch ein „Raum“ geboten, ihre eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung und Abwertung zu diskutieren und ihre eigenen Vorurteile zu hinterfragen.

Zwischen 2013 und Mitte August 2018 haben rund 2.100 Jugendliche und junge Menschen das Workshopangebot wahrgenommen.

Bericht der Antidiskriminierungs-AG zur Arbeit gegen Rechts

Die seit 2009 bestehende Antidiskriminierungs-AG ist Ausgangspunkt diverser Projekte und Programme, die mit Aufklärungsarbeit vielfältigen Diskriminierungsformen im Fußball entgegentreten. Dazu gehören u. a. neben dem o.g. Israelaustausch und der Auseinandersetzung mit Alfred Ries auch Initiativen zur Einbindung Geflüchteter in die Fanszene, Gedenkstättenfahrten (z. B. zur Gedenkstätte Auschwitz/Birkenau 2014) sowie Veranstaltungen in Kooperation mit Bündnispartnern aus der Antidiskriminierungsarbeit.

c) Offene Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen

Die niedrighschwellige, offene Jugendarbeit richtet sich grundsätzlich an alle Jugendlichen. Teil der sozialräumlich orientierten Arbeit mit den Heranwachsenden sind dabei auch demokratiefördernde, integrative und gewalt- und extremismuspräventive Angebote. Flankiert werden die regulären Angebote in den

Jugendeinrichtungen von teils verstetigten Veranstaltungen, wie der „Nacht der Jugend“, die vor dem Hintergrund der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Opfer der Reichspogromnacht seit 1998 jährlich um den 9. November im Rathaus stattfindet.

Über das Integrationsbudget werden zudem in den Stadtteilen insbesondere Projekte unterstützt, die durch Begegnung und der Auseinandersetzung mit Vorurteilen Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenwirken. Beispielsweise Musikprojekte in Hemelingen und Osterholz sowie Sport- und Kulturprojekte in Mitte.

1.7 Maßnahmen im Bereich Sport

Als wichtige präventive Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist das Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz u. Rassismus“ im Rahmen des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“ anzusehen. Es setzt sich in besonderer Weise mit der Gewaltbereitschaft jugendlicher Gruppen in verschiedenen Bremer Stadtteilen auseinander.

Mit seinen wohnortnahen, niedrighschwellig angelegten Sport- und Bewegungsangeboten werden insbesondere Jugendliche und Heranwachsende verschiedenster Herkunft angesprochen, die von der traditionellen Vereinsarbeit bisher nicht profitieren konnten. Elementarer Bestandteil des Projekts sind Fußballnächte für Freizeit- und Hobbymannschaften in verschiedenen Stadtteilen Bremens. Wie sich gezeigt hat, sind diese sportlichen Angebote für die soziale Arbeit oft die einzig noch verbleibende Möglichkeit von Anknüpfung und Erreichbarkeit von sozial auffälligen Jugendlichen.

Das vorrangige Ziel des Projekts besteht darin, durch attraktive jugendgemäße Sport- und Bewegungsangebote Spannungen zwischen zu Gewalt neigenden Jugendlichen unterschiedlicher Kulturkreise vorzubeugen oder abzubauen.

Der „Kick um Mitternacht“ wird einmal monatlich jeweils freitags oder samstags von 22.00 bis ca. 2.00 Uhr für Jugendliche im Alter zwischen 16 und 26 Jahren veranstaltet. Aufgrund der großen Nachfrage finden Fußballnächte mittlerweile in acht Bremer „Brennpunkt-Stadtteilen“ statt und zwar in Blockdiek, Hemelingen, Huchting, MarBel, Lüssum, Gröpelingen, Kattenturm und in der Vahr. Allein im Jahr 2011 nahmen über 5.000 Aktive an 68 Fußballnächten teil.

Seit 2017 finden zudem „Basketballnächte“ in Huchting und in der Neustadt statt. Weiterhin gibt es seit 2017 geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen.

Weitere Aktivitäten des Projekts „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus“ sind u. a. die

- Organisation von Fortbildungen, wie Konflikttrainingsseminare für die Übungsleiterinnen und -leiter sowie die Betreuerinnen und Betreuer der Sportnächte;
- Organisation von Übungsleiter-Lizenz-Lehrgängen in verschiedenen Stadtquartieren;
- Durchführung von sportbezogenen Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen, wie z. B. Tanz- und Kampfsport-Workshops für Mädchen. Im Angebot der Sportarten stehen hier insbesondere Bewegungsformen aktueller Jugendkulturen.

Um die Aktionen und Angebote in den jeweiligen Stadtteilen umzusetzen, arbeitet das Projekt in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase eng mit verschiedenen Kooperationspartnern, wie Sportvereinen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Institutionen vor Ort zusammen.

2. Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

2.1 Abteilung Wissenschaft

Die Hochschulen lehnen jegliche Form von Extremismus ab. Im Berichtszeitraum wurden keine rechtsradikalen oder rechtsextremistischen Aktivitäten von Einzelpersonen oder Gruppierungen an den staatlichen Hochschulen registriert oder gemeldet.

Bekannt ist lediglich, dass sich ein einzelner Student der Universität Bremen führend in der Bremer Ortsgruppe der „Identitären Bewegung“ engagiert, die vom Verfassungsschutz beobachtet und als fremdenfeindlich eingestuft wird. Der Student ist mit inhaltlichen Positionen der „Identitären Bewegung“ hochschulöffentlich an der Universität jedoch bisher nicht in Erscheinung getreten.

Im Juni 2018 hatten Unbekannte Flugblätter auf dem Campus der Universität verteilt, in denen eine Studentin für das Grundschullehramt namentlich genannt wurde und aufgrund ihres Engagements – u.a. Kontakte zur NPD und Aktivitäten in der völkischen Jugendorganisation „Sturmvogel“ – als rechtsextrem bezeichnet wurde. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe bezog der AStA Stellung zu den Vorwürfen. Die Universitätsleitung hat die Outing-Aktion kritisiert, sich aber ausdrücklich gegen völkische und rechtsradikale Werte positioniert. Für zwei Diskussionsveranstaltungen zum Thema stellte die Universität den Studierenden im Anschluss Räume zur Verfügung. Auf einer der Veranstaltungen sprach die Leiterin der Bundesfachstelle für Rechtsextremismus und Familie.

Darüber hinausgehende direkte oder indirekte Verbindungen oder Kontakte von einer der in Bremen zu verzeichnenden Burschenschaften, studentischen Verbindungen bzw. Korporationen zu rechtsextremen Gruppierungen oder eigene rechtsextremistische Aktivitäten der Burschenschaften sind nicht bekannt.

Die Hochschulen setzen sich in ihren Leitbildern, aber auch in Lehrveranstaltungen mit vielfältigen Aspekten des Themas auseinander.

2.2 Universität Bremen

Die Diversity-Strategie der Universität „Vielfalt als Chance erkennen, fördern und gestalten“ dient als Leitlinie für ein auf zentraler und dezentraler Ebene dynamisch

weiter zu entwickelndes Diversitätsverständnis an der Universität Bremen und seiner Verankerung in Forschung, Lehre und Verwaltung.

Dies drückt sich insbesondere im ersten Leitsatz der Strategie aus: „Als Wissenschaftsinstitution in der Gesellschaft übernimmt die Universität Bremen Verantwortung für die Ausgestaltung von Strukturen und institutionellen Handlungsweisen nach dem Kriterium gesellschaftlicher Vielfalt“.

In der Universität Bremen findet seit 1996 in jedem Jahr am 27. Januar der „Tag des Gedenkens“ in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz statt. Die Universität begeht diesen Tag mit Vorträgen von Gastrednerinnen und Gastrednern und Filmvorführungen mit anschließender Diskussion.

Das „Kompass-Projekt“ des „International Office“ der Universität Bremen unterstützt und fördert die Vernetzung internationaler mit deutschen Studierenden und leistet mit den Veranstaltungen einen maßgeblichen Beitrag zum interkulturellen Campus, zu einer antirassistischen Hochschulpolitik und zur sozialen Integration. Zu den Maßnahmen gehören interkulturelle Trainings, an denen pro Jahr insgesamt ca. 260 Studierende teilnehmen, das „Interkulturelle Zertifikat“, die Unterstützung und Vernetzung von derzeit 15 internationalen Studierenden-Communities (z. B. aus Kamerun, China, Indien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria, Ghana, Guinea, Elfenbeinküste, Korea, Türkei), die Veranstaltung internationaler Sporttage und alle zwei Jahre die Feier eines „International Day“ in der Glashalle.

In Lehre und Forschung sind Rechtsextremismus und Nationalsozialismus in vielfältiger Hinsicht Gegenstand an der Universität Bremen; dies gilt insbesondere für die Fachbereiche Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Kulturwissenschaft, Literaturwissenschaft und Erziehungs- und Bildungswissenschaften).

In den Lehramtsstudiengängen sind Fragen des Umgangs mit Heterogenität profilbildend integriert und über die Module zum „Umgang mit Heterogenität“ sowohl im Bachelor als auch im „Master of Education“ verankert. Dort wird auch Rassismustheorie adressiert.

Der Fachbereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften bearbeitet das Thema Rechtsextremismus auf vielfältige Weise in Lehre und Forschung: So sind

beispielsweise nicht nur Schule und Kindergarten im Nationalsozialismus, sondern auch aktuelle rechtsextremistische bildungspolitische Positionen Themen der grund- und elementarpädagogischen Einführungsvorlesung im Studiengang Bildungswissenschaften des Primar- und Elementarbereichs. Weitere Vertiefungsseminare wie beispielsweise „Brandherd Rassismus – Entstehungsbedingungen und Möglichkeiten pädagogischer Prävention und Intervention“ oder interkulturelle Trainings werden angeboten.

Einer der Forschungsschwerpunkte des Fachbereichs ist „Heterogenität- und soziale Ungleichheitsforschung/Bildungspartizipationsforschung“. Beispielhaft sei verwiesen auf das Projekt „Migrationsbezogene Differenzen in der betrieblichen Ausbildungsvorbereitung männlicher Jugendlicher“ (Prof. Dr. M. Thielen) sowie auf das Forschungsprojekt „Refugee Assistance: Diversitätssensible Gestaltung sozialer Arbeit in Einrichtungen für Geflüchtete“ (Prof. Dr. M. Thielen/Prof. Dr. Y. Karakaşoğlu).

Im Fachbereich Kulturwissenschaften finden Veranstaltungen im Studienprogramm einiger Fächer zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt, beispielsweise zum Thema „Juden in Bremen“, in der es um eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus sowie eigenen Vorurteilen und Stereotypen geht. Das Seminar zur Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland befasst sich mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte und (neo-)nazistischen Gruppen nach 1945.

Das an der „Arbeitsstelle Chancengleichheit“ angesiedelte Projekt „enter science“ für Studierende aller Fachrichtungen thematisiert Ausgrenzungsmechanismen im Wissenschaftsbetrieb und zielt auf nachhaltige Veränderungsprozesse im Sinne einer interkulturellen Öffnung und Antidiskriminierung. Im Rahmen dieses Projekts wurde das Seminar „Ich fühl' mich hier fremd!“ durchgeführt, bei dem es um eine Auseinandersetzung mit Diskriminierungs- und Fremdheitserfahrungen ging. Im Seminar „Irgendwie anders?“ fand eine filmische Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Fremdheit statt.

Mit den Ursachen von Vorurteilsbildung, Fremdenfeindlichkeit und politischer und religiöser Intoleranz befasst sich das Sozialwissenschaftliche Methodenzentrum der Universität in seinen Lehr- und Forschungsbereichen „Survey Methodologie“ und

„Computational Social Science.“ Im Mittelpunkt des Engagements stehen einerseits international vergleichende Auswertungen des European Social Surveys sowie andererseits die aktive Beteiligung an Bemühungen der internationalen datenwissenschaftlich arbeitenden Scientific Community um die Entwicklung digitaler Methoden für Social Media Analysen des Meinungsbildungsprozesses und dessen Beeinflussbarkeit durch Menschen und intelligente virtuelle Maschinen (Bots).

2.3 Weiterbildung

Das Seniorenstudium der Akademie für Weiterbildung beschäftigte sich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ in den vergangenen Semestern indirekt mit Themen aus der neueren Geschichte, so zum Beispiel:

- „Die 6. Armee – Der Weg nach Stalingrad“ (Vortragsprogramm Herbst 2013: Heinrich Billstein, Konzept, Drehbuch, Regie des gleichnamigen WDR-Dokumentarfilms);
- „Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Seine Geschichte und seine Bewertung. Mit besonderer Berücksichtigung des Widerstands in Bremen“ (Vortragsprogramm Herbst 2015: Dr. Heinz-Gerd Hofschen);
- „Jüdische Familiengeschichten aus Sicht der Kinder von Überlebenden“ (Seminar im Sommersemester 2017: Dr. Ina Düking)
- „Demokratie: gefährdet und gefährlich?“ (Seminar im Wintersemester 2017/18: Dr. Roswitha Peters).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Universität Bremen sich in verschiedenen Fachbereichen intensiv mit dem Thema unter vielen Gesichtspunkten auseinandersetzt.

2.4 Hochschule Bremen

Die Hochschule Bremen verpflichtet sich in ihrem im April 2018 beschlossenen neuen Leitbild den Zielen einer humanen, freiheitlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft, eines aufgeklärten, unterschiedliche Interessen und Meinungen, Lebensstile und Kulturen achtenden und toleranten gesellschaftlichen Klimas und der Beseitigung und Verhinderung jeglicher Diskriminierung.

2.5 Hochschule Bremerhaven

Im Leitbild der Hochschule Bremerhaven wurde bereits im Jahr 2000 festgehalten, dass das Miteinander aller durch Respekt und Anerkennung gekennzeichnet ist sowie weltweite Kooperationen mit anderen Hochschulen als Merkmale ihrer Internationalisierung anzusehen werden. In diesem Sinne versteht sich die Hochschule Bremerhaven als offenes Haus. Die Hochschule zeigt ihre Weltoffenheit und Toleranz u. a. durch ihre Beteiligung an einem weltoffenen Bremerhaven („Bündnis für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit“) wie auch an der Initiative der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) „Weltoffene Hochschule gegen Fremdenfeindlichkeit“. Sie ruft ihre Angehörigen dazu auf, sich öffentlich zu zeigen und ein Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Mit studentischen Initiativen, wie z. B. „Bunt am Meer“ fördern Studierende die Integration von Asylsuchenden mit akademischem Hintergrund an der Hochschule Bremerhaven. Diese Initiative unter Anleitung von Frau Prof. Petra Milde wurde u. a. auch von der Bundesregierung als beispielgebendes Projekt dargestellt.⁷⁰

In einem weiteren studentischen Projekt wird ein Kurzfilm gegen Antisemitismus erstellt. Es handelt sich hier um eine Produktion des Bachelor-Studiengangs Digitale Medienproduktion. Der Film mit dem Titel „Die Tasche“ ist ein Kurzfilm über antisemitische Vorurteile, Wegsehen und Schweigen. Betreut wird die Arbeit von Prof. Holger Rada, Professor für Audiovisuelle Medien.

2.6 Hochschule für Künste

Die Hochschule für Künste hat sich intensiv mit ihrer eigenen Rolle im Nationalsozialismus beschäftigt (Nordische Kunsthochschule Bremen). Im Studiengang Freie Kunst fand darüber hinaus eine Befassung mit dem Thema „Kunst im Dritten Reich“ statt.

⁷⁰ https://www.deutschland-kann-das.de/Webs/DEKD/DE/Menschen/Geschichte-5/_node.html

3. Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Kinder und Bildung

3.1 Abteilung Frühkindliche Bildung, Förderung von Kindern und Fachkräfteentwicklung

Die Aufgabe der Kindertageseinrichtungen bezogen auf den Berichtsgegenstand ist präventiver Art. Der Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich betont daher im Bildungsbereich Soziales Lernen, Kultur und Gesellschaft den Umgang und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Religionen und Weltanschauungen. In der pädagogischen Arbeit mit diesem Schwerpunkt spielen kindgerechte Rituale zur Konfliktregelung, die Öffnung der Kitas in den Sozialraum sowie eine gelebte Partizipation mit Kindern, Eltern und dem Kitapersonal eine bedeutende Rolle. Es geht vor allem darum, die personellen und sozialen Ressourcen von Kindern zu fördern, die sie dabei unterstützen, Belastungssituationen zu bewältigen sowie Empathie, gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz zu entwickeln. Die Bildungseinrichtungen selbst sollen Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, d. h. die Würde des jeweils anderen achten, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen üben und für Zivilcourage eintreten.

Für pädagogische Fachkräfte finden in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sowohl trägerspezifische als auch trägerübergreifende Angebote und Fortbildungen zur Förderung von interkulturellen Kompetenzen und dem Umgang mit Vielfalt statt.

Zu den weiteren präventiven Maßnahmen der Senatorin für Kinder und Bildung im Bereich der frühkindlichen Bildung zählt der „Bildungsplan 0 – 10 Jahre“, der diese besonders entwicklungs- und lernintensive Altersspanne in den Blick nimmt. In den pädagogischen Leitideen, die Teil des Bildungsplans sind, wird Demokratielernen als Grundprinzip für alle Bereiche der pädagogischen Arbeit betont.

3.2 Abteilung Schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung

3.2.1 Schulische Bildung

Die schulische Bildung und Erziehung im Lande Bremen ist den allgemeinen Menschenrechten, den in Grundgesetz und Landesverfassung formulierten Werten sowie den Zielen der sozialen Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit verpflichtet. Auch zu den Bildungs- und Erziehungszielen, die in § 5 des Bremischen Schulgesetzes (BremSchulG) formuliert werden, gehört das Eintreten gegen jede Form von Extremismus und für Toleranz und Zivilcourage. Explizit wird die Toleranz gegenüber

anderen Kulturen und Religionen, ethnischen Minderheiten, Andersdenkenden oder Menschen mit Behinderungen als Bildungsziel formuliert. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, „gefährdenden Äußerungen religiöser, weltanschaulicher oder politischer Intoleranz entgegenzuwirken“, „politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“ und zu „Gewaltfreiheit und friedlicher Konfliktbearbeitung“ erzogen werden.

Auf der Basis dieser Ziele haben Schulen den Auftrag, „Basiskompetenzen und Orientierungswissen sowie Problemlösefähigkeiten zu vermitteln“ und die Schülerinnen und Schüler „zu überlegtem persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln zu befähigen“. Auf diese Rahmenseetzungen beziehen sich alle Aktivitäten der Schulen in Bremen und Bremerhaven.

Schulen haben die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, ein historisches Bewusstsein und ein Verständnis für gesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge zu entwickeln und damit die Komplexität der Welt auch als durch eigenes Tun gestaltbar zu begreifen. Hierzu gehört es, die spezifische deutsche Verantwortung für den Holocaust bewusst zu machen, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu bewahren und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus als historisches Beispiel für Zivilcourage zu würdigen. Die Erinnerung an konkrete Ereignisse, Konflikte und Auseinandersetzungen, die bis heute unsere Gesellschaft prägen, ist die Voraussetzung für ein in die Zukunft gerichtetes Verständnis, das gemeinsames Handeln ermöglicht.

Historisch-politische Bildung befähigt Schülerinnen und Schüler dazu, Geschichte und Geschichtsbilder als etwas Konstruiertes zu begreifen und sich mit verschiedenen historischen Ereignissen, Prozessen und Interpretationsmustern auseinanderzusetzen. Ziel ist die selbstständige Reflexion von Geschichtsdeutungen und die aktive Beteiligung an historischen und gesellschaftlichen Kontroversen.

Die kompetenzorientierten Bildungspläne, die für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlassen wurden, setzen verbindliche Rahmen für eine unterrichtliche Befassung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und weiteren Themen aus dem Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit respektive der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Entsprechend finden diese

Themenstellungen auch ihren Niederschlag in der Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrkräften durch das Landesinstitut für Schule (vgl. 3.3).

Ursachen und Formen des Rechtsextremismus können demnach in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geschichte, Geografie und Politik thematisiert werden, aber auch in Deutsch, den Fremdsprachen, Religion, Philosophie und Ethik, in fächerübergreifenden Vorhaben sowie im Verbund mit künstlerischen Fächern wie z. B. bei Ausstellungs- und Theaterprojekten. Bezüge zu aktuellen Ereignissen – etwa dem Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) – werden hergestellt.

Die historisch-politische Bildung berücksichtigt dabei immer die didaktischen Prinzipien der Multiperspektivität und der Kontroversität („Beutelsbacher Konsens“⁷¹). Versuchen von Parteien, Einfluss auf Schülerinnen und Schüler zu nehmen (z. B. durch NPD-Schulhof-CDs) wird mit einem einheitlichen Verfahren zum Umgang mit Wahlpropaganda begegnet.

Im Berichtszeitraum erhielt die historisch-politische Bildungsarbeit weitere Impulse durch die nachfolgend genannten Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz:

- Empfehlung der Kultusministerkonferenz „Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule“⁷²: Die Empfehlung thematisiert unter anderem das erforderliche kultursensible und multiperspektivische Erinnern in heterogenen Klassen, deren Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Erfahrungen und Bewertungen von historischen Ereignissen und Entwicklungen mitbringen.
- Die kommentierte Quellensammlung für den Geschichts- und Politikunterricht „Deutschland und Israel – Stationen eines einzigartigen Verhältnisses“ wurde 2016 anlässlich des 50-jährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen

⁷¹ Der in den 1970er Jahren formulierte „Beutelsbacher Konsens“ verweist auf besonders für die formale politische Bildung zentrale didaktische Leitgedanken.

⁷² Beschluss der KMK vom 11.12.2014

zwischen Deutschland und Israel von der Kultusministerkonferenz und der Botschaft des Staates Israel herausgegeben.

- Eine umfangreiche Materialsammlung zur Vermittlung des Judentums in der Schule wurde von der Kultusministerkonferenz und der Zentralrat der Juden im April 2018 gemeinsam veröffentlicht. Die Materialsammlung zielt auf eine vielfältige Wahrnehmung des Judentums, die über eine Würdigung der Opfer hinaus auch Leistungen, Verdienste und Kultur jüdischer Menschen zeigt. Sie steht allen Schulen zur Verfügung.
- Die Kultusministerkonferenz hat im Oktober 2018 ihre Empfehlungen „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018) und „Menschenrechtsbildung in der Schule“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 04.12.1980 i. d. F. vom 11.10.2018) grundlegend überarbeitet und damit auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und aktuelle politische Herausforderungen reagiert.

3.2.2 Projektarbeit und Programme gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind komplex: Bildungspläne, Kommunikationsstrukturen im Unterricht, Aspekte der Lernkultur, Schulkultur und des Schullebens, konkrete Geschichtsprojekte, künstlerische Projekte, Lernen an außerschulischen Lernorten, Begegnungen mit Zeitzeugen oder Wettbewerbsteilnahmen greifen ineinander und wirken präventiv, ohne explizit als „Anti-Rechtsextremismus-Projekt“ in Erscheinung zu treten. Eine zentrale Datenerfassung von Projekten an Schulen erfolgt nicht, da Lehrkräfte ihren Unterricht auf der Basis der vom Ressort gesetzten und oben beschriebenen Rahmen selbstständig gestalten. In diesem Abschnitt werden einige beispielhafte Projekte und Programme benannt, die die oben beschriebene unterrichtliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ergänzen:

- Förderung von Gedenkstättenbesuchen: Neben dem Besuch regionaler außerschulischer Lernorte wie z. B. der Gedenkstätte Denkort Bunker Valentin

wird der Besuch überregionaler Erinnerungsorte unterstützt. Im Januar 2016 reiste ein Kurs des Hermann-Böse-Gymnasiums nach Auschwitz. Vergleichbare Gedenkstättenfahrten von Schulgruppen werden ab den Schuljahren 2018/19 auf der Basis einer im August 2018 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung der Senatorin für Kinder und Bildung mit der Bethe-Stiftung gefördert.

- Eine Kooperationsvereinbarung der Senatorin für Kinder und Bildung und der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum in Yad Vashem (Israel) fördert den Austausch von Lehrerinnen und Lehrern über pädagogische und didaktisch-methodische Fragen im Zusammenhang mit der Vermittlung der Geschichte der Shoah und anderer NS-Verbrechen. Eine Unterzeichnung hat am 22. November 2018 stattgefunden.
- „OPENION“-Programm: Die Senatorin für Kinder und Bildung hat mit der „Deutschen Kinder- und Jugendstiftung“ (DJKS) im September 2017 eine Kooperationsvereinbarung für das Programm „OPENION“ unterzeichnet und ist in der Länderjury vertreten. Zehn Verbände aus Schulen und außerschulischen Partnern im Lande Bremen entwickeln kreative Möglichkeiten der Demokratiebildung, um antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen und erfolgreiche Präventionsmodelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufzuzeigen und umzusetzen. „OPENION“ kooperiert mit dem ebenfalls von SKB geförderten Wettbewerb und Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ als fachwissenschaftlichem Partner und gestaltet in Bremen die Kooperation u. a. mit gemeinsamen Veranstaltungen.
- An allen 38 SOR-SMC Schulen (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) im Lande Bremen verpflichteten sich mindestens $\frac{3}{4}$ der Schulmitglieder mit ihrer Unterschrift, nachhaltig gegen jede Form von Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit auch gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen. Sie veranstalten Projekte und nehmen an einem gemeinsamen Netzwerk-Projekttag gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus teil (Koordination: Landeszentrale für politische Bildung, vgl. 3.4).

- Der Stadthistorische Bildungstag Bremerhaven wird jährlich am 18. September durchgeführt und von einer Vielzahl an Trägern unterstützt. Schülerinnen und Schüler der Oberstufe recherchieren an 50 „Orten der Diktatur“ historische Ereignisse, erarbeiten Präsentationen, die sie am jeweiligen Ort vor Schülerinnen und Schülern aus Schulen im Sekundarbereich I halten. Der Stadthistorische Bildungstag 2016 sowie die Lernmöglichkeiten des Projekts wurden im Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ mit dem Hildegard-Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren ausgezeichnet. Die Koordination übernimmt die Landeszentrale für politische Bildung/ Außenstelle Bremerhaven.
- Juniorwahl: Die Senatorin für Kinder und Bildung hat in Zusammenarbeit mit dem Senator für Inneres und Sport, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Magistrat der Stadt Bremerhaven, der Bremischen Bürgerschaft und den Beiräten im Stadtgebiet Bremen die „Juniorwahl“ als pädagogisches Begleitprojekt zu den Wahlen im Berichtszeitraum (Bundestagswahlen 2013 und 2017, Europawahl 2014, Bürgerschaftswahl 2015) flächendeckend durchgeführt. Alle wahlberechtigten Schülerinnen und Schüler wurden umfassend über das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren und ihre Möglichkeit, durch Wahlen Einfluss auf die Politik zu nehmen, informiert. Sie setzten sich u. a. mit den Programmen der Parteien auseinander und lernten die Bedeutung freier Wahlen kennen. Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven waren Schülerinnen und Schüler als Wahlhelfer aktiv.
- Zahlreiche Ausstellungen gaben Schülerinnen und Schülern im Berichtszeitraum Anlässe zur Erweiterung inhaltlicher Auseinandersetzungen: Im September 2014 wurde in der Unteren Rathaushalle die Wanderausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ gezeigt (Schirmherrschaft: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft). Die Ausstellung erweiterte die in der Regel auf Europa zentrierte Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg um eine globale Perspektive. Die Wanderausstellung „Oh, eine Dummel! Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in Karikatur und Satire“ wurde im Sommer 2018 in der Bremer Jugendkirche 2.0 gezeigt. Sie wurde von der Senatorin für Kinder und

Bildung eröffnet und ermöglichte eine jugendgerechte Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Problemlösungsversuchen und Argumentationsweisen. Die Sonderausstellung des Schulmuseums Bremen 2014 zu Kindheit und Jugend nach dem Zweiten Weltkrieg in der Unteren Rathaushalle (Schirmherrschaft: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft) beteiligte bei der Erarbeitung Schülerinnen und Schüler, die im Verbund mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen unter anderem die Reflexion der NS-Zeit in Schule und Elternhaus erforschten.

- Das Verständnis „fremder“ sowie das Fremdverstehen „eigener“ Kulturen und Religionen bildet eine weitere wichtige Voraussetzung für das Erlernen von kultureller Toleranz und die Würdigung bereichernder Vielfalt. Beispielhaft nahmen jene fünf Bremer Schulen dieses Themenfeld in den Blick, die sich für den Schul-Wettbewerb „Dialog der Kulturen“ der Herbert-Quandt-Stiftung qualifiziert und bis Sommer 2015 unterstützt durch Stiftungsmittel gearbeitet haben. Die Grundschule Borchshöhe erarbeitete 2014/15 z. B. unter der Leitung des Bremer Regisseurs Hans König das vielbeachtete Theaterprojekt „Stadt der Schatten – multikulturelles Theater im Spannungsfeld der Religionen“ und wurde mit dem ersten Preis ausgezeichnet.
- Der Kinodokumentarfilm „Wir sind Juden aus Breslau – Überlebende Jugendliche und ihre Schicksale nach 1933“ von Karin Kaper und Dirk Szuszi wurde im Rahmen des Programms zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 13. Februar 2017 in Bremen gezeigt. 14 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen stehen im Mittelpunkt des Films und erzählen ihre Geschichte Jugendlichen aus Bremer Schulen (Gesamtschule Bremen-Ost, Altes Gymnasium, Oberschule am Leibnizplatz), die sie im Oktober 2015 im Rahmen einer deutsch-polnischen Jugendbegegnung in Breslau getroffen haben.
- Einige Angebote des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ werden von Schulen in Bremen genutzt, z. B. bei der Gestaltung einzelner Themeneinheiten wie „Rassismus“ oder „Krieg und Frieden“ oder auch der Begleitung einer gesamten Projektwoche zu diesen Themenbereichen.

Exkursionen zu Kriegsgräber- und Gedenkstätten in der näheren Umgebung (KZ Neuengamme, KZ Bergen-Belsen), Besuche von Bildungsstätten im In- und Ausland im Rahmen von Klassen- und Studienfahrten, Zeitzeugengespräche und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer gehören ebenfalls zu den Angeboten. Über die Nutzung entscheiden die Schulen bzw. die Lehrkräfte eigenständig.

3.2.3 Weiterbildung

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Schwerpunktthema

Die öffentlich geförderte Weiterbildung im Land Bremen zeichnet sich durch eine ausdifferenzierte Trägerlandschaft mit unterschiedlichen Angebotsprofilen und Schwerpunkten aus. Mit Blick auf die politische Bildungsarbeit sind die Themen Fremdenfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzung seit jeher zentrale Bestandteile; sie gehören zum Kernbereich der Bildungsaktivitäten der Weiterbildungseinrichtungen.

Die Entwicklung und erfolgreiche Umsetzung entsprechender Angebote geschieht in erster Linie im Bereich der politischen Bildung. Auch hinsichtlich der Zielgruppen ergibt sich eine differenzierte Ausrichtung, so dass unterschiedliche Bevölkerungskreise und Bildungsmilieus durch verschiedene Ebenen des Zugangs erreicht werden. Durch zwei 2015 aufgelegte Sonderförderprogramme der Senatorin für Kinder und Bildung wurde der Bedeutung zielgruppenspezifischer Bedarfe explizit Rechnung getragen.

Aus diesem Kontext heraus wurde mittlerweile erfolgreich ein breites Angebot entwickelt, um möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen. Dabei sind die Bildungseinrichtungen in ihren spezifischen Ansätzen jeweils sehr erfolgreich; die Angebote überwiegend gut ausgelastet.

Vielfalt der einschlägigen Weiterbildungsangebote

Das Angebot der nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz (WBG) anerkannten Weiterbildungseinrichtungen ist vielseitig:

- Bildungsangebote, Seminare und Workshops zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die rechtsextremistische Argumentationsmuster beleuchten und den Aufbau von Gegenargumentationen unterstützen;
- Interkulturelle und interreligiöse Bildungsangebote, die eine Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion fördern und Vorurteile abbauen helfen;
- Bildungsangebote, die das Ziel verfolgen, durch den Abbau von Ängsten und Vorurteilen eine demokratische und respektvolle Grundhaltung allen Menschen gegenüber einzunehmen;
- Bildungsangebote, die sich mit Fragen der Bedeutung von ökonomischer Grundsicherung beschäftigen, um Verunsicherungen als Basis für Abwertungen anderer sozialer Gruppen entgegenzuwirken;
- Interkulturelle Trainings von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen;
- Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die durch den Aufbau interkultureller Kompetenzen eine wertschätzende Haltung gegenüber Menschen jeder Herkunft vermitteln und den Abbau fremdenfeindlicher Ansichten unterstützen;
- Bildungsangebote, die den Austausch zwischen neuzugewanderten und geflüchteten Menschen mit der hiesigen Bevölkerung fördern (z. B. Gesprächskreise);
- Beratungsangebote für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind und sich rechtsextremistischen Anfeindungen ausgesetzt sehen.

Beispiele aus den Angeboten der Weiterbildungseinrichtungen

Im Folgenden werden stellvertretend einige Beispiele für einschlägige Bildungsangebote bremischer Weiterbildungseinrichtungen genannt:

Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (DGB/VHS) e. V. Bremen

In Kooperation mit „pro aktiv gegen rechts – mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“ führte „Arbeit und Leben Bremen“ die Bildungszeit-Reihe „Man wird ja wohl noch sagen dürfen, dass´ – Was tun gegen rechten Populismus in den Köpfen, auf der Straße und in den Parlamenten?“ durch. Im Rahmen der drei eintägigen, aufeinander aufbauenden Bildungszeit-Veranstaltungen wurde den Teilnehmenden ermöglicht, sich intensiv mit verschiedenen Aspekten des Themas Rechtspopulismus auseinanderzusetzen, von der Klärung des Begriffs Rechtspopulismus über die Auseinandersetzung mit der Verbreitung rechtspopulistischer Positionen im Internet bis zur Stärkung der eigenen Handlungs- und Umgangsweisen mit rechtspopulistischen Erscheinungsformen.

Volkshochschule Bremerhaven

Die Reihe „November Veranstaltungen“ des Bündnisses „Mut gegen Gewalt“, das die Volkshochschule Bremerhaven gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung – Außenstelle Bremerhaven initiiert hat, hat sich in Bremerhaven etabliert. Dabei verbinden die Angebote das Gedenken mit dem Lernen für Gegenwart und Zukunft. Die Angebote reichen von Zeitzeugengesprächen aus dem Leben in der DDR über Konzertveranstaltungen, die Begegnungen zwischen den Kulturen ermöglichen, bis zu Trainings für Zivilcourage.

Als neues Format hat die Volkshochschule Bremerhaven 2017 ein Gesamtkonzept zum Thema „Haltung zeigen – Werte reflektieren“ entwickelt. Ziel der Maßnahmen ist, die Wertekompetenz von Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu stärken.

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer

Im Fokus des Seminars „Europa rückt nach rechts“ der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH steht die Frage nach der Zukunft eines geeinten, demokratischen Europas. Ausgehend von den Werten westlich-europäischer Denk- und Kulturtraditionen wie Demokratie, Menschenrechte, Chancengleichheit, Trennung von Religion und Staat, Presse- und Meinungsfreiheit behandelt das Seminar den Zuwachs an autoritären und antidemokratischen Regierungsformen und den großen Zulauf, den rechtsnationale und populistische Parteien bei Wahlen erhalten.

Bremer Volkshochschule

Vor dem Hintergrund zunehmender Bedeutung digitaler Medien für die politische Diskussion beteiligt sich die Bremer Volkshochschule an der Entwicklung und Umsetzung der Reihe „Smart Democracy“ des Deutschen VHS-Verbandes (dvv). Dabei werden moderierte Veranstaltungen mit Fachreferentinnen und -referenten wie z. B. „Politische Kommunikation und Wahlkampf im Netz“ (Bremen) oder „Hate Speech – Umgang mit Hasskommentaren im Netz“ (Chemnitz) live aus einer beteiligten Volkshochschule in ein Onlineportal gestreamt. Sowohl vor Ort als auch über das Netz besteht für die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich mit ihren Fragen direkt an der Diskussion zu beteiligen. Die einzelnen Veranstaltungen stehen anschließend für die spätere Verwendung im Onlineportal zum Abruf zur Verfügung.

Darüber hinaus sind die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und der kritische Umgang mit Ausgrenzung und Alltagsrassismus in der Regel ein grundsätzlicher Bestandteil der Bildungszeiten der Bremer Volkshochschule (nicht nur) im Themenfeld der politischen Bildung.

Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e. V.

In Kooperation mit verschiedenen Trägern in Bremerhaven war die „Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e. V.“ an der Überarbeitung der mobilen Ausstellung „Let’s talk about – gegen Rechtsextremismus“ beteiligt. Die Ausstellung informierte junge Erwachsene über Themen wie Rechtsextremismus, Musik aus der rechten Szene, Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Rechtspopulismus. Zudem führten die Kooperationspartner begleitende Workshops durch. Die mobile Ausstellung kann jederzeit von Schulen, Vereinen, Jugendeinrichtungen und anderen Institutionen beim Stadtjugendring Bremerhaven e. V. ausgeliehen werden.

3.3 Landesinstitut für Schule

In der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften bietet das Landesinstitut für Schule (LIS) Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer an, die deren Sensibilität für Formen der Benachteiligung und Unterdrückung schärfen, Toleranz fördern und ein Bewusstsein für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wecken. Der Umgang mit Heterogenität

ist ein zentrales Thema und der Erwerb interkultureller Kompetenzen eine Querschnittsaufgabe.

In den Arbeitsfeldern Politische Bildung, Kompetenzzentrum für Interkulturalität (Kom.In) und Soziales Lernen in der Abteilung 1 Schulentwicklung – Fortbildung und dem Zentrum für Medien werden für die oben genannten Themenfelder konkrete Angebote entwickelt und durchgeführt, die als zentrale oder schulinterne Fortbildungen von Lehrkräften und Schulleitungen genutzt werden. Themenbezogene Angebote sind u. a. Antisemitismus und Nahostkonflikt, Antisemitismus und Verschwörungstheorien, Gedenkstätten und Erinnerungskultur, Rassismus und Kolonialismus, Populismus, Rechtsextremismus, „Hate Speech“, Fortbildungsreihe „Mit anderen Augen sehen – Syrien, Afghanistan, Westafrika“ sowie Fortbildungen zum interreligiösen Bildungsplan und zu einzelnen Religionen wie dem Judentum und dem Islam. Auch werden regelmäßig Fortbildungen zum Erkennen und zum Umgang mit Radikalisierungen wie Salafismus, Rechtsextremismus und antidemokratischen Haltungen angeboten.

Darüber hinaus stärken zahlreiche Angebote für Schulen zum Sozialen Lernen die Ambiguitätstoleranz der Schülerinnen und Schüler und wirken grundlegend gewaltpräventiv. Hier sind z. B. Formate wie Klassenrat, Friedenstreppe, Streitschlichterfachtage, Anti-Mobbing-Angebote oder gewaltpräventive Programme wie „Lions-Quest“ zu nennen.

Ein weiterer Aspekt ist die Förderung einer Debattenkultur, wie sie z. B. das Methodentraining des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“ leistet, den die Senatorin für Kinder und Bildung auf der Basis einer Projektvereinbarung mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung durchführt und im Jahr 2017 durch ein Debattentraining auch für Vorkurs-Schülerinnen und -Schüler erweitert hat. Die Lehrkräfte werden dafür qualifiziert, eigene Unterrichtsreihen an ihren Schulen durchzuführen.

Ebenso gibt es in der Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren ein für alle Fächer frei wählbares Angebot, das sich mit dem Umgang mit Vorurteilen, Stammtischparolen und Verschwörungstheorien theoretisch und praktisch beschäftigt. Auch regen die Ausbildungsseminare, neben der Thematisierung von

fachlichen und pädagogischen Inhalten, zur Selbstreflexion an und fördern den kollegialen Austausch. Häufig geht es um die Entwicklung von Haltungen, um ein soziales Miteinander zu gestalten, in dem gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in all seinen Formen kein Raum gegeben wird.

Für den Bereich Schulentwicklung werden die oben angeführten Fortbildungen auf Nachfrage auch schulintern angeboten. Schulen können sich bei ihrer Entwicklung eines wertschätzenden Schulklimas oder zur Förderung demokratischer, partizipativer Strukturen vom LIS unterstützen lassen.

Das LIS ist Kooperations- und Netzwerkpartner bei „Stopp den Antisemitismus“, „Netzwerk Rex“, „Forum politische Bildung“, „Demokratie beginnt mit uns“, „OPENION“, „Zeitsprünge. Erinnerung in vielfältiger Perspektive“, „Bündnis für eine demokratische Gesellschaft“. Im regelmäßig erscheinenden Newsletter „Grundwerte“ werden Angebote zur Werte- und Demokratiebildung vom LIS sowie einschlägig Bremen- oder bundesweit bekannten Akteuren im schulischen Kontext veröffentlicht.

3.4 Landeszentrale für politische Bildung

Das Leitziel der Landeszentrale für politische Bildung Bremen (LzpB) ist die Förderung demokratischer Strukturen und Kulturen im Land Bremen und damit einhergehend die Unterstützung der politischen Teilhabe der Bremer Bürgerinnen und Bürger. Neben der Vermittlung demokratischer Strukturen und Prozesse versteht es die Landeszentrale für politische Bildung Bremen als ihren Auftrag, die Bürgerinnen und Bürger zur politischen Mündigkeit zu befähigen, d. h. eine eigenständige Wert- und Urteilsbildung zu ermöglichen. Neben diesen politisch-bildnerischen Zielen hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen zudem einen erinnerungspolitischen Schwerpunkt, der als Konsequenz aus der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu verstehen und der Idee der nachhaltigen Bildungsarbeit verpflichtet ist. Die Landeszentrale für politische Bildung hat in der Umsetzung ihres Bildungsauftrags eine Reihe unterschiedlicher Formate zur Auseinandersetzung mit der deutschen Politik und Geschichte entwickelt. Sie verfolgen alle das Ziel, demokratisches und pluralistisches Bewusstsein zu fördern und zu stärken, und damit extremistischen, verfassungsfeindlichen und fremdenfeindlichen Tendenzen proaktiv entgegenzuwirken.

Zu den regelmäßigen und jährlichen Angeboten und Projekten der Landeszentrale für politische Bildung gehören:

- Betrieb einer Publikationsausgabe in Bremen und Bremerhaven zur kostenlosen Weitergabe von Büchern und Zeitschriften, in denen für alle Bürgerinnen und Bürger Informationen über die demokratische Grundordnung, nationale und internationale politische Zusammenhänge sowie potentielle Gefährdungen der demokratischen Grundordnung bereit gestellt werden;
- das Programm zum „27. Januar – Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ als vernetztes Projekt in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und dem Bremer Verein „Erinnern für die Zukunft e. V.“;
- die Durchführung europapolitischer Seminare und Studienfahrten zur Information und Auseinandersetzung über den Stand der europäischen Integration als Konsequenz aus dem deutschen Sonderweg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts;
- die Durchführung des jährlichen Wettbewerbs um den Jugendpreis des Bremer Senats „Dem Hass keine Chance“;
- die Koordination des „Tag der Stadtgeschichte“ in Bremerhaven;
- Studienfahrten zu ausgewählten Gedenk- und Erinnerungsstätten;
- Demokratiefördernde und -werbende Veranstaltungen und Aktionen, u. a. gemeinsam mit der Initiative „Demokratie beginnt mit uns“;
- die Durchführung des Erinnerungsprojektes „Stolpersteine Bremen“ zur Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung Bremer Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus;
- die Landeskoordination und Betreuung der Bremer Aktivitäten des bundesweiten Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie

- der Aufbau und Betrieb der nationalen Erinnerungs- und Gedenkstätte „Denkort Bunker Valentin“ in Bremen-Farge, inklusive der dazugehörigen bildungspolitischen Aufgaben und Vernetzungen.

Darüber hinaus ist die Landeszentrale regelmäßig federführend bei der Durchführung von sogenannten „Juniorwahlen“ (vgl. 3.2.2.) im Vorfeld von Bürgerschafts-, Bundestags- oder Europawahlen in Bremen. Das Projekt fördert die demokratische Kultur und das Verständnis demokratischer Prozesse durch das praktische Erleben und Üben des Wahlaktes. Dem eigentlichen und von den Schülerinnen und Schülern selbstständig organisierten Wahlakt geht dabei eine intensive und angeleitete Behandlung des Themas im Unterricht voraus. 14.500 Schülerinnen und Schüler nahmen in Bremen und Bremerhaven an diesem Projekt alleine im Jahr 2015 im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen teil. An der Juniorwahl, die die Bundestagswahlen 2017 begleitete, beteiligten sich im Bundesland Bremen sogar 24.000 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 71 Schulen.

Dabei kam auch der regelmäßig von der Landeszentrale in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeitete „Wahl-O-Mat“ zum Einsatz. Der „Wahl-O-Mat“ ist ein Internet-Tool zur Auseinandersetzung mit den Forderungen und Wahlkampfprogrammen der politischen Parteien in Deutschland. Beide Projekte, Juniorwahl und „Wahl-O-Mat“, setzen sich als Maßnahme der politischen Bildung gezielt auch mit real existierenden Gruppierungen des rechtsextremen Politikspektrums auseinander. Die Erfahrung anhand der tatsächlichen Stimmabgabe der Erstwähler zeigt, dass diese Instrumente zu einem messbaren demokratischen Erfolg hinsichtlich der politischen Orientierung junger Menschen führen.

Als Reaktion auf die zunehmend demokratiekritischen Tendenzen hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen 2018 zudem das Projekt „Mein Herz für Grundrechte“ ins Leben gerufen. Das Projekt soll auf niedrigschwellige Art und Weise die Auseinandersetzung mit unserem Grundgesetz ermöglichen und positive Assoziationen zu seinen wichtigsten Artikeln (Grundrechte, Art. 1-19) und damit auch unserer Demokratie stärken. Dabei steht die Visualisierung und Verdeutlichung der im Grundgesetz festgelegten Werte und Grundpfeiler unserer Gesellschaft im Mittelpunkt. Durch eine individuelle Positionierungsoption zu den Grundrechten mithilfe der Fragestellung „Welche fünf Grundrechte liegen Ihnen besonders am

Herzen?“ soll eine vertiefende Wahrnehmung des Charakters des Grundgesetzes und damit unser demokratisch-freiheitlichen Werteordnung ermöglicht werden. Die Zahl fünf ist dabei nicht zufällig gewählt; sie entspricht der Anzahl der Stimmen bei der Landtagswahl in Bremen. Wie bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft auch, können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre fünf Stimmen bei einem der Grundgesetzartikel kumulieren oder panaschieren und auf mehrere Grundgesetzartikel verteilen. Diese bewusste Anlehnung an das Bremer Wahlrecht soll einen lokalen Bezug herstellen und mit Blick auf die anstehende Bürgerschaftswahl 2019 den Umgang mit fünf Stimmen einüben.

Ziel ist es, auf die aktuelle Gefährdungslage der demokratischen Grundordnung durch antidemokratische Kräfte in Deutschland und Europa hinzuweisen und für eine positive, eigenverantwortliche und aktive Grundhaltung zur Erhaltung der Demokratie zu werben. Das Projekt „Mein Herz für Grundrechte“ ist eingebunden in unterschiedliche Stadtteilstellen bzw. quartierspezifische Festivitäten in Bremen. Der aufsuchende Charakter soll eine niederschwellige und diskussionsorientierte Annäherung in von sozialer Spaltung betroffenen und in gewissem Umfang auch demokratiegefährdeten Stadtteilen und Quartieren ermöglichen.

Als staatliche Institution, die der Überparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet ist, hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen zudem eine tragende Funktion bei der Netzwerkbildung aller politisch bildenden Akteure im Land Bremen inne. Insbesondere übernimmt sie bei großen Projekten, wie z. B. bei Ausstellungen mit umfangreichen Begleitprogrammen, die inhaltliche und organisatorische Koordinierung in der Konzeptphase, die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung, die zentrale Öffentlichkeitsarbeit, die Steuerung der Durchführung und die Abwicklung der verschiedenen Projektteile. Die Landeszentrale kann überdies ergänzende Programmangebote leisten, die auch Bezüge zur Lokal- und Regionalgeschichte Bremens herstellen. Mit diesem integrierten Ansatz werden immer wieder milieuübergreifende Begegnungen ermöglicht und für die teilnehmenden Einrichtungen neue Zielgruppen erschlossen.

4. Maßnahmen im Bereich des Senators für Kultur

Ein verändertes, modernes Bild von Diversität als Beitrag zur Kommunikation und Verständigung zwischen Menschen entstehen zu lassen, die einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben, ist Anliegen der vielen interkulturellen Projekte des Senators für Kultur. Kulturelle Vielfalt soll als kultureller Reichtum, auch des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, erfahrbar und öffentlich gemacht werden.

Erklärtes strategisches Ziel des Senators für Kultur ist es, möglichst vielen Menschen – unabhängig von ihren kulturellen oder sozialen Hintergründen – den Zugang zu Kulturangeboten und zur aktiven Entfaltung der eigenen schöpferischen Kraft zu ermöglichen. Kulturelle Teilhabe realisiert sich sowohl als kulturelle Bildung oder Beteiligung als auch in der Form der eigenen kulturellen bzw. künstlerischen Betätigung. Um dieses zu erreichen, werden zum einen günstige und niederschwellige Angebote von vielen Kultureinrichtungen angeboten. Außerdem werden in vielfältiger Form moderne Vermittlungsansätze verfolgt, die nach Form und Inhalt auch ein breites und zunehmend von unterschiedlichster kultureller Herkunft geprägtes Publikum erreichen sollen.

Neben Projekten zur sozialen Teilhabe unterstützt der Senator für Kultur Projekte zur Förderung von Austausch und gesellschaftlichem Zusammenhalt. In den letzten Jahren hat sich der Blickwinkel der Kulturförderung weg von „Multikulturalität“ im Sinne von nebeneinander bestehenden Gruppen mit dem Blickwinkel auf das jeweils Andere, Fremde hin zu einer Förderung einer echten Zusammenarbeit zwischen Partnern im Sinne von ‚Interkulturalität‘ oder sogar ‚Transkulturalität‘ verschoben: In gemeinsamen Projekten erarbeiten unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Schwerpunkten und Know How gemeinsam etwas völlig Neues. Ziel der Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist die Förderung der Wertschätzung von Vielfalt als Quelle von Kreativität, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Abbau von Vorurteilen.

Interkulturelle Projekte sind heute nicht mehr beschränkt auf den Bereich der Stadtkultur, sondern eine Querschnittsaufgabe aller Kultureinrichtungen in Bremen. Viele große und kleine Einrichtungen führen, häufig auch in Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen, interkulturelle Projekte durch. Dabei geht es auch um die Öffnung der Kultureinrichtungen für neue Zielgruppen.

Zum Abbau von strukturellem Rassismus hat der Senator für Kultur eine Reihe von Gesprächsrunden zum Postkolonialismus und kolonialem Erbe durchgeführt, um postkoloniale Strukturen zu identifizieren und abzubauen.⁷³

Daneben fördert der Senator für Kultur Kooperationen und Netzwerke zwischen Bremer Kultureinrichtungen und Communitys zur Förderung der Wahrnehmbarkeit eines vielfältigen Kulturangebotes.

Dabei werden in der Regel keine expliziten Programmatiken gegen rechts, sondern für eine weltoffene, tolerante Gesellschaft formuliert, bei denen die kulturelle Freiheit des Andersdenkenden und der Respekt und die Achtung anderer Lebens- und Gesellschaftsformen im Mittelpunkt stehen.

In der kulturellen Praxis wird ein Gesellschaftsmodell ohne Ausgrenzung gelebt, welches Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit den Nährboden entzieht. Als zentraler Punkt kann die konkrete Begegnung zwischen vielfältigen Menschen in der gemeinsamen künstlerischen Produktion gesehen werden, der in diesem präventiven Sinne eine besondere Bedeutung zum Anstoß gesellschaftlicher Veränderung zukommen soll.

4.1 Exemplarische Projekte

Die Vielfalt der interkulturellen Projekte kann hier nur in Auszügen dargestellt werden. Interkulturelle Projekte finden in der Mehrzahl der großen und kleinen Einrichtungen statt. Im Folgenden sind einige exemplarische Projekte aufgelistet:

- **Focke Museum, Kunsthalle Bremen, Theater Bremen, Stadtbibliothek Bremen: 360 Grad**

Dass die Bremer Kulturszene mit ihrem Engagement für die Stadtentwicklung Vorbildcharakter hat, zeigte sich beispielsweise darin, dass unter den im Jahr 2017 genehmigten 17 Projekten im Förderprogramm 360° – Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft der Kulturstiftung des Bundes vier in Bremen realisiert werden.

⁷³ Die Ergebnisse sind veröffentlicht unter <https://www.kultur.bremen.de/service/kolonialismus-13508>

Für das mehrjährige Projekt haben die beteiligten Einrichtungen Stadtagenten eingestellt, die ihre Häuser 360 Grad in die Stadt und in neue Zielgruppen hinein ausrichten sollen.

- **Stadtkultur Bremen e. V.: Sehnsucht Europa - Ein Projekt der Künste und des Dialogs**

Sehnsucht Europa ist ein transkulturelles Projekt, bei dem aus dem Zusammenschluss von vielfältigen Projekten kultureller Akteure in Bremen, Delmenhorst, Lohne, Oldenburg und Syke gemeinsam in einem Laborcharakter Neues entstehen soll. Mit der „Weltsprache Kunst“ und einem offenen Blick auf die historischen und lokalen Perspektiven sollen Fragen von Herkunft und Zugehörigkeit, von Eigenem und Fremden neu verhandelt werden. Was ist die gemeinsame „Sehnsucht Europa“ derer, die hier schon lange leben und derer, die neu hinzukommen? Der Fokus liegt auf dialogorientierten und interkulturellen Ansätzen. Gastspiele, Werkstätten und Produktionen der einzelnen Einrichtung (vor allem „bremer shakespeare company“, „steptext dance project“, „Kulturhaus Walle“, „Quartier gGmbH“) bilden die Grundlage der Arbeit in dem Projekt. Im Kern geht es um die Vernetzung aller Akteure und das gemeinsame Handeln als Basis für Integration. Kern-Bestandteile des Projektes sind der Aufbau eines Ensembles aus geflüchteten und zugereisten Künstlerinnen und Künstlern, Workshops mit Gästen aus der Kunst, ein öffentlicher Dialog im „Sehnsuchts-Mobil, eine Wanderausstellung zum Thema Europa, Flucht und Migration, „Sounds of Europe“ (Bandcontest) und ein Programm an der Volkshochschule Bremen, in dem Zugereiste ihre Kompetenzen vermitteln. Im September 2018 findet ein mehrtägiges Festival zum Abschluss statt.

- **Die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen: Stadtteil-Oper „Du hast immer eine Wahl!“**

Die Stadtteil-Oper bringt unterschiedlichste Menschen allen Alters zusammen und lässt sie aktiv und bewusst ihre Lebenswelt mitgestalten: die Menschen des Stadtteils Osterholz-Tenever bestimmen, was ihn bewegt, sie geben ihm ein Gesicht und sich selbst eine Stimme. Dies geschieht in Bremens Stadtteil

mit den größten sozialen Herausforderungen, der größten Kinderarmut und vielen Menschen mit Einwanderungsgeschichte: hier musizieren Schüler unterschiedlichster Herkunft gemeinsam mit den Profis der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, Jugendliche aus dem Sportverein trainieren eine Choreografie, Frauen aus dem Mütterzentrum betreuen die Sommerwerkstatt für die Kostüme. Das Motto, das alle verbindet und seit der ersten Stadtteil-Oper 2009 sinnstiftend ist, ist: „Du hast immer eine Wahl!“

- **„DE LooPERS“: „Five days to dance“ – „dance2gether“**

„Dance2gether“ ist eine Haltung von Menschen, die erleben, dass der Tanz zu einem besseren Verständnis, mehr Toleranz und zu respektvollem Miteinander beitragen kann. Seit 2010 begann „DE LooPERS“ mit „dance2gether“, mit kleineren und größeren Gruppen von nicht oder nur wenig tanzerfahrenen Kindern und Jugendlichen aufwändige Tanztheater-Produktionen auf die Bühne zu bringen. In den letzten Jahren bringt „DE LooPERS“ diese Erfahrungen auch ein in ein- oder mehrwöchige Schulprojekte: „Five days to dance“ bietet verschiedenen Gemeinschaften die Möglichkeit, in kurzer und intensiver Zeit in Berührung mit Tanz und Tanztheater zu kommen. Eine Gruppe von 30 bis zum 180 Teilnehmern probt in 5 Tagen eine Choreografie und bringt sie auf die Bühne. Die Gruppen sind klassen- und altersübergreifend und zugänglich für alle Menschen, unabhängig von der Herkunft. Das Projekt wird geleitet von professionellen Tänzern und Choreographen. Die Workshops vermitteln neben kreativen Inhalten auch soziale und pädagogische Aspekte. Neben der Entwicklung von Bewegungsfähigkeiten und -techniken fördern sie die kreative Entwicklung der Teilnehmer, Selbstwahrnehmung und Selbstaussdruck und geben ihnen Ideen für die eigene Weiterentwicklung.

- **Afrika Netzwerk Bremen, Shaktya e. V., Diaspora Indonesia e. V., Kultbrücke e. V.: Tag der Kulturen**

Im Juni 2018 haben sich Elf Communitys zusammengeschlossen und in der Stadtbibliothek Bremen den ersten Tag der Kulturen mit Musik, Tanz, Poetry Slam und einem Markt der Kulturen durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war

es, den Austausch unter den Kulturen zu befördern und den kulturellen Reichtum Bremens aufzuzeigen. Die erfolgreiche Veranstaltung soll weitergeführt werden.

- **Steptext Dance Company in Kooperation mit Theater Bremen und Afrika Netzwerk Bremen e. V.: Tanzfestival „Africtions – captured by dance“ und „DABALI – Internationales Fest der Begegnung“**

Das Festival für zeitgenössischen Tanz von „Steptext Dance Project“ in Kooperation mit dem Theater Bremen wurde in diesem Jahr von einem umfangreichen Rahmenprogramm organisiert von Afrika Netzwerk Bremen e. V. begleitet: „DABALI - Internationales Fest der Begegnung“. Auf dem Bremer Marktplatz lud eine lange Tafel der Begegnung dazu ein, gemeinsam DABALI, Kulinarik aus afrikanischen Ländern, zu probieren. Dabei boten afro-deutsche Gastgeberinnen und Gastgeber nach dem Prinzip des World-Cafés Gespräche zu ausgewählten Themen an. Präsentiert wurden Aufführungen zeitgenössischen Tanzes der „young artists“ und AFRICTIONS-Künstlerinnen und Künstlern, Tanz- und Trommelkunst von „Ensemble Artistique“, ein Dokumentarfilm sowie ein Programm mit afrikanischen Spielen und Tänzen für Kinder. Daneben fand eine Fotoausstellung im Airport Bremen statt.

4.2 Kulturprojekte gegen Rechts

Konfrontationen mit rechtsradikalen Inhalten sind in den Kultureinrichtungen der Ausnahmefall. Erfahrungen mit den genannten rechtsextremen Gruppierungen wurden nicht gemacht. Einige Kulturprojekte und künstlerische Aktivitäten beziehen aber klar Stellung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalsozialismus.

- Im Zusammenhang mit den anonymen Wand-Sprayereien auf die Fathi Moschee in Gröpelingen hat sich „Kultur Vor Ort e. V.“ mit einem Offenen Brief gegen den rassistischen Übergriff positioniert und Mahnwachen veranstaltet. Zum Umgang mit Vorurteilen in multinationalen Gruppen hat „Kultur Vor Ort e. V.“ stadtteilübergreifend in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bremen eine Fortbildung zum Thema Antirassismustraining angeboten.

- Das Bürgerhaus Obervieland berichtet, dass die Besucherinnen und Besucher des offenen Jugendtreffs vermehrt Rapmusik mit menschenfeindlichen, v. a. homophoben und antisemitischen Inhalten hören. Die Inhalte der Texte werden im Rahmen des offenen Treffs situativ problematisiert und die Musik unterbunden.

Das Bürgerhaus veranstaltete in den letzten Monaten mehrere kleinere Projekte und Veranstaltungen zum Thema.

Zu Beginn eines jeden Jahres beteiligt sich das Bürgerhaus Obervieland an der „Veranstaltungsreihe zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, organisiert vom Verein „Erinnern für die Zukunft e. V.“. In Kooperation mit dem Gymnasium Links der Weser und Amnesty International Bremen-Weser-Ems gab es verschiedene Vorträge und Workshops zu den Themen „Menschenrechte“ und „Aktuelle Entwicklungen in extrem rechten Jugendkulturen“.

Daneben veranstaltet das Bürgerhaus Obervieland den jährlichen Konzertabend „Never again – Rock gegen Rechts“. Hier referierte zudem ein Mitarbeiter aus dem „LidiceHaus“ zu aktuellen Entwicklungen in der extrem rechten Szenen in Bremen.

Im Rahmen des Gartenkultur Musikfestivals haben sich Jugendliche in den sozialen Gruppen des Bürgerhauses sowie die Besucherinnen und Besucher im Rahmen eines Kunstprojekts mit der Biographie von Cato Bontjes van Beek, einer Widerstandskämpferin während der Zeit des Nationalsozialismus, auseinandergesetzt. Am 05.08.2018 wurde mit dem Gartenkultur Musikfestival an die Hinrichtung von Cato Bontjes van Beek vor 75 Jahren erinnert.

- Das „Nachbarschaftshaus Bremen e. V.“ präsentierte in diesem Jahr die Ausstellung „Demokratie leben- Rechtsextremismus bekämpfen“. Flankiert wurde die Ausstellung von einer Multiplikatorinnen- und Multiplikatoren-schulung und einem Vortrag zum Thema „Rechte Strukturen in Bremen“.
- Das „Netzwerk Zukunftsgestaltung und seelische Gesundheit e. V.“ hat mit dem szenischen Oratorium „Nuta, Feigi und all die anderen – vom Schlachthof Bremen nach Auschwitz“ im März 2018 an den 75. Jahrestag der Deportation

von mindestens 275 Sinti und Roma vom Bremer Schlachthof ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau erinnert. Im Mittelpunkt des eigens komponierten Stückes standen der Ort der Deportation, der mit dem heutigen Kulturzentrum Schlachthaus gleichzeitig der Aufführungsort war, sowie beispielhafte Geschichten von Familien aus dem Raum Bremen.

- Die „QUARTIER gmbH“ führt in Kooperation mit dem Quartiersmanagement und BürgerInnen aus dem Stadtteil Blumenthal das Projekt „NUNATAK“ durch.

Das „NUNATAK“, installiert in einem zuvor leerstehenden Ladenlokal direkt am Marktplatz in Blumenthal, soll als „Kultur.Ideen.Raum.“ die unterschiedlichen Menschen des Stadtteils niederschwellig zusammenführen. Insbesondere sollen Begegnungen zwischen jenen Gruppen gefördert werden, die aufgrund von Abgrenzung nur wenig Kontakt miteinander haben. Hierfür wird zum einen mit Hilfe Ehrenamtlicher vor Ort ein regelmäßiger Café-Betrieb organisiert, in dessen Rahmen Besucherinnen und Besucher ungeachtet ihrer Herkunft miteinander in Austausch kommen können. Zum anderen begünstigt ein regelmäßiges, wechselndes Kultur- und Veranstaltungsprogramm solche Begegnungen und erhöht überdies den künstlerisch-kulturellen Output im Stadtteil. Das Konzept sieht auch die Vergabe der Räumlichkeiten an gemeinwohlorientierte Drittnutzerinnen und -Nutzer vor, sei es für kreative Workshops, Gesprächskreise, oder eigens organisierte Veranstaltungen. Die Nachfrage potentieller Nutzerinnen wächst stetig und zeigt den Bedarf nach derart nutzbaren Räumen im Stadtteil.

Die Begegnungen sollen den Austausch zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern fördern und zum Abbau von Ressentiments und Berührungsängsten beitragen. Besonders die Jugendlichen im Stadtteil sollen so für ein gemeinschaftliches Zusammenleben sensibilisiert werden, indem sie ihren Lebensraum selbstwirksam mitgestalten. Das „NUNATAK“ setzt also als „Kultur.Ideen.Raum.“ Impulse für mehr Miteinander im Stadtteil. Gemeinsam Kunst zu schaffen, zu teilen und zu erleben soll Begegnung fördern und kulturelle Wertschätzung begünstigen.

Im März 2018 fand im „NUNATAK“ das Begegnungsprojekts „Romano Drom – Herkunft und Geschichte der Sinti und Roma“ statt, das sich über mehrere Monate

dem „Weg der Roma“ mit seinen vielen Facetten widmet. „Romano Drom“ war ein Kooperationsprojekt von „Quartier gGmbH“, dem „Landesverband Deutscher Sinti und Roma Bremen-Bremerhaven“, „Partnerschaft für Demokratie Bremen Nord“ und weiteren Partnern und Beteiligten aus dem Stadtteil und darüber hinaus. In einer Ausstellung, die sich mit der Herkunft und Geschichte der Sinti und Roma befasste, wurde ein Bogen geschlagen von der Vergangenheit über Schicksale von Bremer und Bremerhavener Sinti-Familien bis hin zur aktuellen Situation von Sinti und Roma und dem noch immer vorhandenen Antiziganismus in Alltag und Medien.

4.3 Referat 10 „Tanz, Theater und Musik“

Förderziele und Formate

Entscheidungen über Förderungen kultureller Vorhaben werden im demokratisch legitimierten Organ der Deputation für Kultur getroffen. Die vorab durch das Referat nach Befassung mit einer Jury vorgebrachten Förderempfehlungen haben zum Ziel, künstlerische Produktivität zu fördern, neuen Entwicklungen Raum zu geben, kulturelles Erbe zu pflegen und der gesamten Bevölkerung ein möglichst breites Abbild der kulturellen Vergangenheit und Gegenwart zu präsentieren. In diesem Zusammenhang werden gleichsam Toleranz und interkulturelle Begegnung gefördert.

Die Empfehlung von Zuwendungsempfängern steht in keinem Zusammenhang zu deren Herkunft, Geschlecht, Religion, Hautfarbe, sexueller Ausrichtung oder anderen diskriminierenden Faktoren.

Stattdessen ist der geübten Vergabepaxis Toleranz und kulturelle Vielfalt immanent. Der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerstrebende Projekte und Institutionen sind allerdings von Zuwendungsempfehlungen ausgeschlossen.

Exemplarische Nennungen

- Deutsche Kammerphilharmonie Bremen: „Stadtteil-Oper“ und „Melodie des Lebens“. Produktionen mit Kindern und Jugendlichen in einem sozial belasteten Stadtteil mit Menschen aus über 60 Herkunftsnationen;

- Theater Bremen: Tanz- und Theaterproduktionen mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunftsländer, Geflüchteten, Exilmusikerinnen und -Musikern; Kinderchor-Projekt mit geflüchteten Kindern;
- Bremer Shakespeare Company: Ensemble New Bremen/Workshop/Produktion mit lokalen und internationalen Künstlern; Gastspiel Sehnsucht Europa;
- Bremer Philharmoniker: Begegnung der Kulturen/Geflüchtete und Ansässige im musikkulturellen Austausch;
- Musikszene Bremen e. V.: Percussion-workshop mit geflüchteten Jugendlichen;
- Musiker Initiative Bremen e. V.: Betreuung der inklusiven Band des Martins-Club e. V.;
- „steptext dance project“: Tanz-Produktion und Austausch mit Afrika.
- Der Senator für Kultur fördert kontinuierlich das bedeutendste Bremer Ensemble für Neue Musik, das „Ensemble New Babylon“. Es trägt seinen Namen aus der Idee heraus, mit Musik Menschen verschiedensten Hintergrunds zusammenzuführen und gemeinsam das Schöne im Ungewohnten und Neuen zu entdecken. Es ist ein festes Anliegen des international besetzten Ensembles, durch die emotionale Kraft der Musik für mehr Toleranz und Verständnis gegenüber dem „Anderen“ zu sorgen. Es soll ein Beispiel für das friedliche, freundschaftliche und gleichzeitig erfolgreiche Zusammenwirken von völlig unterschiedlichen Menschen sein, egal welcher politischer und kultureller Hintergrund vorherrscht.

4.4 Bürgerdialog „Kolonialismus und seine Folgen“

Im Februar 2016 beschloss die Bremische Bürgerschaft den Antrag „Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus“ der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Ziel des Antrages ist es, Bremens Rolle im Kolonialismus und das bis heute wirkende koloniale Erbe erneut in das öffentliche Bewusstsein zu bringen und dieses Wissen in die Bremische Bildungs- und Kulturpolitik zu integrieren. Der Senator für

Kultur führte in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung 2016/17 einen Bürgerdialog „Kolonialismus und seine Folgen“ durch. Trotz sehr unterschiedlicher Perspektiven auf und Erwartungen an das Thema waren sich die Diskutantinnen und Diskutanten in einem Punkt einig: An die Beteiligung Bremens am deutschen Kolonialismus soll nicht als hermetisch abgeschlossene Geschichteepisode erinnert werden. Es geht um einen kontinuierlichen Prozess in der Gegenwart mit dem Ziel, Rassismus abzubauen und ökonomische Abhängigkeit zu vermeiden. Der Senator für Kultur hat aus dem Bürgerdialog für sich das Thema „Abbau von strukturellem Rassismus“ als besonders wichtig herauskristallisiert und in sein Förderkonzept interkulturelle Kulturarbeit aufgenommen. Ziel der in einer langen Tradition stehenden Beschäftigung mit dem Kolonialismus und seinen Folgen ist das andauernde Erinnern und multiperspektivisches, aktives Arbeiten vieler Menschen am Thema. Es handelt sich um eine generationenübergreifende Aufgabe der Bewusstseins-schärfung und des gesellschaftlichen, globalen Dialogs.

TEIL D BEWERTUNG UND AUSBLICK

Der vorliegende „Sechste Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen“ hat aufgezeigt, wie komplex sich die Entwicklungen in diesem Phänomenbereich gestalten, und wie vielfältig die Mittel und Maßnahmen sein müssen, um wirksam hiergegen vorgehen zu können.

Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass zumindest latente und diffuse rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen und Haltungen auch während dieses Berichtszeitraums in weiten Teilen der Gesellschaft Verbreitung finden. Gleichzeitig sind ein Rückgang des formellen Organisationsgrads und eine Veränderung in der Außenwirkung der rechtsextremistischen Szene zu beobachten. Ehemals personell umfangreiche und offen rechtsextremistisch agierende Komplexe, wie beispielsweise die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, lösen sich zunehmend auf. Einstige Anhänger solcher Organisationen vertreten dennoch rechtsextreme Haltungen und verfolgen weiterhin rechtsextremistische Ziele. Rechtsextremisten vernetzen sich informell in heterogenen Communities und vermeiden häufig aus strategischem Kalkül heraus offen rechtsextreme, antisemitische oder fremdenfeindliche Äußerungen oder Parolen. Um die Anschlussfähigkeit ihrer Programmatiken in der „Mitte“ der Gesellschaft zu steigern, bedienen sich Rechtsextremisten den taktischen Möglichkeiten des Populismus. Dadurch erhöhen sie den Verbreitungsgrad ihrer Propaganda und erschließen neue Zielgruppen. Mit scheinbar „unverfänglichen“ Statements oder Beiträgen, die ein hohes Zustimmungspotential erwarten lassen und dabei empfundene oder reale Sorgen der Bevölkerung aufzugreifen vorgeben, sollen Menschen erreicht werden, die sich klassischen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus gegenüber verschlossen zeigen.

Mit Sorge betrachtet der Senat insofern, die in jüngerer Zeit feststellbare Erosion der klaren Grenzlinie zwischen rechtsextremistischen Bestrebungen und populistischer Agitation. Auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat dazu festgestellt: „Die Grenzen zwischen rechtsextremistischen Kreisen und dem Protestbürgertum verschwimmen zunehmend“ und bestätigte damit die Position, die Bremen u. a. bei der Innenministerkonferenz im November 2018 in Magdeburg vertrat. Die eindeutige Abgrenzung des demokratischen Spektrums zu

verfassungsfeindlichen Bestrebungen ist aber ein Wesenskern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Gefährlich wird Extremismus vor allem da, wo es ihm gelingt den Anschein von Normalität zu erwecken und in bürgerliche Strukturen einzusickern. Die Betrachtung und Bewertung dieses Phänomens und der Akteure bedarf zukünftig einer besonderen Aufmerksamkeit.

Neue Medien, das Internet und Soziale Netzwerke spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Sie ermöglichen es Rechtsextremisten, hohe Kosten und den erheblichen Aufwand klassischer Propagandaverteilung zu vermeiden. Die Effekte Sozialer Netzwerke können dazu beitragen, dass einseitige Sichtweisen befördert und übersteigerte Bedrohungsszenarien noch weiter angereichert werden. Die angemessene und wirksame Beantwortung dieser neuen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wird in der Zukunft eine der wesentlichen Herausforderungen an die Gesellschaft und die mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassten Behörden darstellen.

Die Zahl der in Bremen erfassten rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten stellt sich in bundesweiter und internationaler Umschau vergleichsweise überschaubar dar. Einzeltäter dominieren das Bild. Dabei ist sich der Senat jedoch der Bedeutung jeder einzelnen Straftat deutlich bewusst. Es zeigt sich, wie latent vorhandene, diffuse rechtsextremistische Einstellungen gerade in Verbindung mit den neuen Medien dazu führen können, dass sich einzelne Personen rasch und ohne im Vorfeld erkennbare Vorbereitungen radikalisieren oder auch spontan Straftaten verüben können. Die Verhütung und die Ahndung derartiger Straftaten werden auch zukünftig einen Schwerpunkt in der sicherheitsbehördlichen Aufgabenwahrnehmung bilden.

Dabei setzt der Senat auf das effektive Zusammenspiel von wissenschaftlichen Analysemethoden, repressiven und präventiven Maßnahmen. Erfahrungen haben gezeigt wie schwer es ist, eine einmal verfestigte rechtsextremistische Gesinnung zu durchbrechen. Es ist das Bestreben des Senats, die Entstehung solcher Gesinnungen zu verhüten und gleichzeitig Ausstiegswillige bei ihrem Vorhaben zu unterstützen. Ebenso gilt es, den Opfern rechtsextremistischer Übergriffe, aber auch Angehörigen und dem sozialen Umfeld, größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Um den diffusen, aber weit verbreiteten Erscheinungsformen

rechtsextremistischer Einstellungen zu begegnen, verfolgt der Senat ein breit aufgestelltes Spektrum präventiver Maßnahmen, deren Vielfalt der vorliegende Bericht aufgezeigt hat. Umfangreiche und vielseitige Aufklärung, die sich an alle Bereiche der Gesellschaft richtet, stellt ein wesentliches Instrument dar, um der Verbreitung rechtsextremistischer Ideologie entgegenzuwirken. Es ist das Ziel des Senats, die hier geschilderten erfolgreichen Maßnahmen auch in Zeiten begrenzter finanzieller Ressourcen aufrechtzuerhalten und auszubauen, sowie das enorme zivilgesellschaftliche Engagement, das Bremen und Bremerhaven auszeichnet, zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Ressorts soll sicherstellen, dass sich diese Maßnahmen wirksam ergänzen und in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zusammenwirken.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Zusammenarbeit und Engagement von Senat, Bürgerschaft, Behörden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erfordert. Bremen und Bremerhaven sind weltoffene und tolerante Städte mit Verbindungen in alle Teile der Erde. Eine vielfältige, pluralistische Gesellschaft ist dafür sowohl ihre Voraussetzung als auch ihr kultureller Wesenskern.